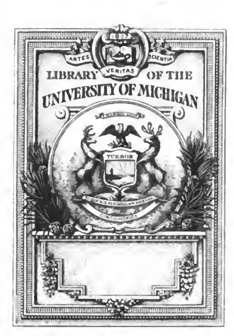
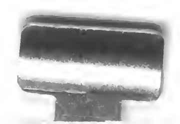
Hermann Oncken

Das alte und das neue Mitteleuropa

Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha


ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR



Das alte und das neue Mitteleuropa

Perthes' Schriften zum Weltkrieg

Fünfzehntes Heft



Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha 1917

Das alte und das neue Mitteleuropa

Historisch-politische Betrachtungen über deutsche Bündnispolitik im Zeitalter Bismarcks und im Zeitalter des Weltkrieges

Von

Hermann Oncken
Professor an der Universität Heidelberg

Erstes bis fünftes Tausend



Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha 1917

Max Lenz
zugeeignet

Mitteleuropa ist in unseren Tagen zu einem verheißungsvollen Schlagwort geworden, das weit über den Kreis der politisch Denkenden hinaus eine eigentümliche Anziehungskraft ausübt. Wie manches der großen Schlagworte des Weltkrieges deckt auch dieses neben einem Kern höchst realer Dinge zugleich einen kaum abgrenzbaren Kreis unbestimmter Möglichkeiten, die unendlich viel in uns in Bewegung setzen, weil sie jedem etwas zu bieten scheinen. Es kommt aber darauf an, und niemals mehr als in diesem Kriege, der so unbarmherzig die Scheinwerte von den wahren Werten scheidet, den lebendigen Sinn und die politische Wirksamkeit eines solchen Begriffes mit den Mitteln zu bestimmen, die uns die historisch-politischen Erfahrungen des letzten Menschenalters an die Hand geben.

Es ist durch eine klare politische Terminologie geboten, für diese Betrachtungen einen festen Ausgangspunkt zu wählen und dementsprechend auch ihre Zielsetzungen deutlich zu umgrenzen. Es darf zunächst als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß wir uns in einer solchen Lebensfrage deutscher Nation von keinem anderen Gesichtspunkt als dem des deutschen Interesses leiten lassen dürfen, wobei wir dieses Wort allerdings nicht in dem engen und massiven Sinne nehmen, der sich leicht mit ihm verbindet, sondern es so weit und innerlich fassen, wie es die Aufgabe verlangt. Wir wollen also von den bleibenden Realitäten deutscher Lebensnotdurft ausgehen und nicht die vage Idealität eines Begriffes an die Spitze stellen. Das aber, was sich sowohl für das Deutsche Reich als für unsere Bundesgenossen als eine gemeinsame Notwendigkeit erweist, das wer-

den wir auch als ein gemeinsames Ideal bekennen dürfen, in dem wir einen Polarstern künftiger Entwicklung sehen. Auch ihm zuliebe wollen wir uns als Deutsche nicht aufgeben, sondern uns steigern — sowie wir auch unseren Bundesgenossen nicht Selbstentäußerung, sondern Selbstbehauptung in den Gruppenbildungen der Zukunft wünschen. Das ist für uns alle das höchste Ziel dieses Ringens.

Das Verständnis eines also politisch gefaßten Problems Mitteleuropa wird nicht besser vorbereitet werden können, als wenn wir von den Bündnisbildungen ausgehen, die von der praktischen Politik Bismarcks erstrebt worden sind. Von diesem „alten Mitteleuropa" wird uns der Weg, durch eine Schule der Realpolitik hindurch — die einzige, aber unvergleichliche Tradition, die wir in auswärtigen Fragen besitzen — zu dem „neuen Mitteleuropa" des Weltkrieges und der Zukunft, das uns der Friede bringen soll, zu all den Problemen führen, die heute unsere Herzen und Köpfe bewegen. Am Ende dieses Wegs werden wir manche Fortbildung und Umgestaltung zu verzeichnen haben, zugleich aber Kontinuität und Wesensgleichheit in der Hauptrichtung feststellen können; denn in allem Wechsel der Zeiten und Umstände bleibt der Kern des Problems, um das es sich handelt, unverändert.

Es wird die Aufgabe sein, in der Politik Bismarcks die durchgreifenden und bleibenden Zielsetzungen zu sondern von den wechselnden Einstellungen auf einen wechselnden Stand der Gestirne. Dabei wird sich herausstellen, daß es nicht immer leicht ist, den lebendigen Bismarck zu erkennen. Denn seine Worte, von denen so viele umlaufen und so viele außer allem Zusammenhang zitiert werden, sind manchmal allein auf den Moment und seine Wirkungen berechnet. Selbst das unvergleichliche Vermächtnis seiner „Gedanken und Erinnerungen" ist nicht nur eine Bibel, in der der treue Deutsche gläubig sich erbauen soll; wir wollen uns bewußt bleiben, daß in ihr manche Bücher und Kapitel gänzlich fehlen, und auch Apokryphen zu finden sind,

„so der Heiligen Schrift nicht gleich gehalten und doch nützlich und gut zu lesen sind"; ja es gibt sogar Abschnitte, die, mit bestimmter Adresse und zu bestimmtem Zweck geschrieben, völlig an ihre Zeit gebunden sind. Die meisten Deutschen, selbst die, welche vorne im politischen Leben stehen, sind sich keineswegs über das im klaren, was den Bismarck der neunziger Jahre von dem Reichskanzler der siebziger Jahre trennt, und was ihn von der Politik seiner Nachfolger unterscheidet.

Wir freuen uns heute des gewachsenen Interesses an der auswärtigen Politik, aber wir beobachten zugleich, daß gerade auf diesem Gebiete — mehr als irgendwo sonst — sich der Irrglaube breit macht, man könne ohne viel Voraussetzungen sich mühelos zurechtfinden. So tut sich ein Mangel an Sachkenntnis hervor, der zu kritisieren beginnt, bevor er begriffen hat — als wenn Geschäftigkeit und Gesinnung das Fehlende ersetzen könnten. Es wird darüber vergessen, daß alle äußere Politik eine außerordentlich komplexe Erscheinung ist: wer nur die Teile in der Hand hat und das geistige Band verschmäht, kann ihrer niemals Herr werden. Ihr Wesen bringt es mit sich, daß ihre eigentlichen Zielsetzungen häufig verdeckt sind durch vorübergehende Schritte, und daß als Zweck erscheint, was nur Mittel zum Zweck ist. Immer wieder wird sie aus den unendlich zerstreuten Einzelinteressen einige große und entscheidende Ziele herausholen und ihnen alles unterordnen. Sie muß auf weite Fristen hinaus ihre Gesichtspunkte einstellen und bleibt doch von der Stunde abhängig, von dem lebendigen Fluß der unaufhörlich bewegten Kräftemassen dieser Erde; sie muß das, was sie in verborgener Kleinarbeit am sausenden Webstuhl der Zeit schafft, bis zu einem gewissen Grade auch gefühlsmäßig dem eigenen Volke nahebringen, ohne dadurch die Gegenwirkungen anderer Staaten allzu lebhaft aufzureizen. Alle diese Schwierigkeiten gelten, das wird im folgenden noch klarer sich erkennen lassen, im besonderen für die deutsche Auslandspolitik und noch mehr für die publizistische Erörterung

ihrer innersten Probleme. Gewiß sind während des Weltkrieges manche der früher geltenden Rücksichten fortgefallen, und selbst über die delikateren Positionen läßt sich heute offener reden — doch immer nur mit einem lebendigen Verantwortungsgefühl. Nirgends ist es mehr vonnöten.

Man begreift, was in solchen Fragen der höchsten Bedeutung Tradition und Kontinuität für den leitenden Staatsmann und für die Massen bedeuten, die ihm folgen. Sie stellen ein Kapital von Erfahrung dar, das nicht mit einem Schlage geschaffen werden kann, sondern sich auf der Arbeit von Generationen aufbaut, das darum auch niemals zur einfachen Nutznießung tot daliegt, sondern nur in beständiger Umbildung sich erhält und vermehrt: so setzt es in natürlichem Wachstum Ring auf Ringe an, bis es zur lebendigen Natur des Volkes selber wird, das sich von ihm durchdringen läßt. Die äußerpolitischen Traditionen der Deutschen sind jungen Datums, wie auch unser Reich. Wir stehen noch mitten in der Arbeit, sie aufzubauen, und schreiten heute durch die härteste Schule, die die Welt gesehen hat. Wie vor einem halben Jahrhundert, nur in gewaltig vergrößerten Dimensionen, wird es darauf ankommen, ob wir die im Felde und daheim bewiesene Kraft der Nation nach innen und nach außen, und nach außen zuerst, in geordnete politische Macht umzusetzen vermögen. Daraufhin zielt alle politische Arbeit, über der der Glanz und die Verheißung eines künftigen Mitteleuropas liegt.

Das alte Mitteleuropa

Die mitteleuropäische Bündnispolitik Bismarcks und seiner Nachfolger

1. Das Problem der deutschen Auslandspolitik nach 1871

Es ist das weltgeschichtliche Ereignis des 19. Jahrhunderts, daß die Mitte Europas sich noch einmal wieder nach Jahrhunderten aus eigener Kraft staatlich und national befestigt hat. Das Einzigartige der Leistung Bismarcks gipfelt in dieser Tat: daß er in vielleicht letzter Stunde, bevor die alten Weltmächte überstark geworden waren, in ihrer eigenen Mitte, aber unter verwegener Ausnutzung ihrer Gegensätze, einen deutschen Staat aufzurichten vermochte. In dem Umkreis des Gebiets, für das noch Metternich, aus der Not eine Tugend machend, nicht die Einheit, sondern die Fülle politischen Lebens, also das Nebeneinander und die Ohnmacht, als gegebene Ordnung ansah, wurde das starke Mitteleuropa längst verschollener Zeiten, als Machtbereich deutscher Nation, wiederhergestellt. Um diesen unsterblichen Teil von Bismarcks Werk ist der Weltkrieg recht eigentlich entbrannt.

Niemals aber verließ den Reichsgründer der Gedanke, daß sein Werk nur durch das höchste Maß politischer Anspannung der Nation erhalten werden könne. Ein Staatsmann wie er, der sich allein von der unbeirrbaren Einschätzung der realen Machtverhältnisse leiten ließ, verlor auch auf der Höhe des Triumphes die eine unserem Reiche eingeborene Schwierigkeit nicht aus den Augen, die unser unabänderliches Schicksal ist und bleibt. Wir sind das Land der Mitte, mit ungesichert verfließenden Landgrenzen und allzu schmalen Seeausgängen, von den stärksten selber rückenfreien Nachbarn, gleichsam wie von Wächtern unserer Stärke, auf allen Seiten umringt: wir sind

das Herz Europas, auf das alle Pfeile gerichtet sind. Daß die Gefahren solcher Schicksalslage uns zum Verhängnis werden konnten, lehrt die Geschichte unserer Vergangenheit in Staat und Nation. Sobald seine Widerstandskraft nach allen Seiten nicht mehr ausreichte, wurde Deutschland zum Schlachtfeld der Völker der Erde; unter übermächtigem Druck bröckelten seine Randländer ab, vertrockneten seine inneren Organe, versiegte die kulturelle und wirtschaftliche Kraft, bis die weit vorgeschrittene Auflösung an den Lebensnerv der Nation selber zu rühren drohte. Auf einem ungeheuren Umwege erst, auf dem geistige und politische Arbeit aus dem Kleinsten heraus ineinandergriffen, wurde die Kraft zu einem staatlichen Neubau zurückgewonnen. So erwuchs mit einer gewissen Naturnotwendigkeit auf deutschem Boden die Überzeugung, daß allein die Geschlossenheit staatlicher Macht den besonderen Lebensgefahren unserer Lage begegnen könne. Das Schicksal, das gegen uns stand, wurde zum Lehrmeister, es zu überwinden und den Vorsprung, der anderen Völkern durch eine insulare oder sonst unangreifbare Lage verliehen ist, durch die Energie und Ordnung unserer Kräfte einzuholen.

Diese Notwendigkeit starb mit der Neugründung des Reichs nicht aus, sie blieb ihm auferlegt, wenn es nicht noch einmal wieder in alte Ohnmacht zurücksinken wollte, und stand verstärkt sogar vor dem Staatsmann, der die Zukunft seiner Schöpfung sorgend erwog. Seine Sorge rechnete nicht nur mit der französischen Revanche, die wohl unvermeidlich war, aber für sich allein nicht lebensgefährlich werden konnte: gegen sie reichte die Sicherung durch den Wiedergewinn von Elsaß-Lothringen aus, um die verwundbarste Stelle des neuen Reiches am Oberrhein für immer zu schließen. Denn allein aus diesem Grunde, nicht etwa nationaler Romantik zuliebe, entschloß sich Bismarck, wie er zu Thiers sagte, die corvée, die Fron der Annexionen, auf sich zu nehmen und die einst aus dem alten deutschen Reichskörper herausgebrochenen Landschaften seiner Schöpfung

wieder einzufügen. Aber er blickte noch weiter, in die gesamteuropäischen Rückwirkungen der 1870/71 geschaffenen Lage hinaus. Da jeder Staat nach einem Höchstmaß von Bewegungsfreiheit für sich trachtet, wird er jede Hemmung begrüßen, die etwa die Bewegungsfreiheit seines Nachbarn zu seinen eigenen Gunsten einschränken könnte; und Bismarck kannte die Mächte dieser Welt zu gut, um nicht zu wissen, daß eine jede von ihnen sich fortan die französische Vorwegbelastung aller deutschen Politik gegebenenfalls zunutze machen würde. Von einer Macht sah er voraus, daß sie einer in der Natur der Dinge liegenden Versuchung, die nunmehrige Zwangslage des deutschen Nachbarn im eigenen Interesse auszubeuten, allzu leicht unterliegen würde. Das war Rußland. Schon beim Kriegsausbruch von 1870 hätte Karl Marx mit der hellseherischen Überschärfe seines Auges die Prophezeiung gewagt, die Dinge würden eines Tages mit Krieg zwischen den Hohenzollern und den Romanows enden; mitten aus der Verzweiflung der Niederlage heraus aber hatte Erneste Renan den Deutschen zugerufen, es werde nun den Franzosen nichts übrigbleiben, als hinfort den wachsenden Slawenhaß gegen die Deutschen zu nähren und bedingungslos alle russischen Begehrlichkeiten zu unterstützen. Diese neue Karte im europäischen Spiel hat der russische Machtinstinkt von der ersten Stunde an begriffen.

Am schärfsten hat Dostojewski in einem Aufsatz vom Mai 1877 die vermeintliche Unentrinnbarkeit der Gründe entwickelt, um derentwillen die deutsche Politik in der neuen Weltlage bedingungslos zu Rußland stehen müsse:

„Dazu kommt das Naturgesetz selber hinzu: Deutschland ist doch in Europa immerhin das Land, das in der Mitte liegt; wie stark es also auch sein mag — auf der einen Seite bleibt Frankreich, auf der anderen Rußland. Es ist ja wahr, die Russen sind vorläufig noch höflich. Wie aber, wenn sie plötzlich erraten, daß nicht sie das Bündnis mit Deutschland brauchen, wohl aber Deutschland das Bündnis mit Rußland;

und überdies noch: daß die Abhängigkeit von dem Bündnis mit Rußland allem Anschein nach die verhängnisvolle Bestimmung Deutschlands ist, und besonders seit dem Deutsch-Französischen Kriege" (Polit. Schriften S. 77).

In dieser Schicksalsbestimmung, auf die er immer wieder zurückkommt, erblickt Dostojewski das „Geheimnis der deutschen Politik". Man darf dabei nicht übersehen, daß das geistige Haupt der Panslawisten dieser Generation sich in solchen Gedankengängen immerhin als Deutschenfreund gibt; wohl weiß er um die Druckmöglichkeit eines russisch-französischen Bündnisses, das schon vor dem Kriege Victor Hugo als den „Schrei der Natur" gepriesen hatte, aber er will dieses Naturgesetz doch nur um des entgegengesetzten Endzwecks willen angewandt wissen: um mit seiner Hilfe Deutschland an die Seite Rußlands herüberzuholen, als eine Macht, der eben nichts anderes übrigbleibt, als in dieser einen Orientierung ihr Heil zu erblicken. Aber von einem Liebeswerben, das „vorläufig noch höflich" mit zwingenden Gründen zuredet, ist zu erwarten, daß es dem Nichtwilligen auch mit gewaltsameren Mitteln nachzuhelfen versuchen wird.

Schon während des Krieges von 1870 hatte die russische Presse fast ausnahmslos für Frankreich und die „Sache der Zivilisation" leidenschaftlich Partei ergriffen, viel einmütiger, als es der deutschen öffentlichen Meinung damals zum Bewußtsein kam[1]). Mochte der Zar auch die deutschen Siege gleich eigenen feiern, die Wortführer der öffentlichen Meinung waren schon damals instinktmäßig überzeugt, daß die wahre Zukunft Rußlands nicht an die „turmhohe Freundschaft der Dynastien" geknüpft, sondern nur in einem Bündnis mit Frankreich zu suchen sein werde. Ebendarum hatten die Heißsporne noch während des Krieges die russische Intervention zugunsten des Unterlegenen

[1]) Man lese einmal die Zusammenstellungen, die J. v. Eckardt in seinem anonym herausgegebenen Buche: „Berlin und Petersburg. Preußische Beiträge zur Geschichte der russisch-deutschen Beziehungen" (Leipzig 1880) gegeben hat.

mit den schärfsten Worten gefordert; nur der klügere Wortführer der Panslawisten, N. J. Danilewskij, der eben damals das erste Programm einer künftigen Zerstörung der Türkei und Österreich-Ungarns aufstellte, wollte sich auch einem harten Frieden mit Frankreich nicht widersetzen, weil er von ihm eine dauernde Kluft zwischen Deutschland und Frankreich — gerade das, was er für seine Zukunftspläne brauchte — mit Sicherheit erwartete. Alle russischen Erörterungen aber, von wo sie immer ausgingen, mündeten an dem gleichen Punkte: den Gegensatz von 1870/71 und die Gunst der Landkarte für das eigene Interesse auszubeuten.

Nichts war natürlicher, als daß man in dem Mittellande selbst diese veränderte Lage beizeiten erkannte. Aber es ist merkwürdig zu beobachten, wie frühzeitig schon Bismarcks Augen für das Prinzipielle des hier schlummernden Problems geschärft waren. Lange bevor er die preußische Staatsleitung übernahm, hatte er einmal auf einer Reise in Schweden zu dortigen Freunden gesagt:

„Ich habe zwei politische Ideen. Die erste besteht darin: unser Deutschland zu einem großen Reiche zu sammeln; während dieser Zeit schafft ihr auch ein einiges Skandinavien. Damit käme dann meine andere Idee zur Geltung: eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen Deutschland und dem stammverwandten Norden mit einer doppelten Front nach jeder Seite, gegen Slawen und Gallier."

Es war gewiß nur der Einfall eines Augenblicks, so rasch verfliegend wie aufblitzend, aus Stimmung geboren und auf Stimmung berechnet, den Zeiten weit voraufeilend. Bismarck stand noch vor dem Beginn seiner schweren Aufgabe, der Auseinandersetzung mit Österreich, die er nur unter ständigem Lavieren zwischen „Slawen und Galliern" durchführen konnte; es gab Jahre, in denen er bei guten Patrioten in den Ruf eines Anhängers eines russisch-französisch-preußischen Bündnisses kam. Und doch hat er die Gefahren, die erst nach der Vollendung

seines Werkes auftauchen mußten, frühzeitig in Rechnung gestellt. Der Grundgedanke von damals fügt sich schon in den Rahmen seiner späteren Denkweise: die Arme frei und zusammenhalten gegen einen Druck von rechts und links. Je länger er nach 1870/71 die Entwicklung der russischen Dinge beobachtete, um so mehr ordneten sich seine politischen Ideen um dieses Zentrum.

Bismarck kannte seinen alten Gönner Gortschakoff zu lange, um nicht genau vorauszusehen, wie gefährlich jene Lockungen eines Tages für ihn werden konnten, wenn sein seit dem Deutsch-Französischen Kriege gewachsener Tatendrang für die Beweisführungen des Panslawismus zugänglicher wurde. Schon als Botschafter in Petersburg hatte er die Erfahrung gemacht, daß der sonst so Mitteilsame ihn die französische Karte in seinem Spiel niemals sehen ließ[1]): um wieviel aber war seit 1870/71 der Wert dieses Trumpfes für die russische Politik gestiegen! Wollte man in Petersburg seinen Nutzen aus der neuen Lage ziehen, so stellte sich Bismarck dem nicht in den Weg, wie er noch während des Krieges in der Frage des Schwarzen Meeres bewiesen hatte. Aber er war grundsätzlich gewillt, die großmächtliche Selbständigkeit der deutschen Politik über alle naturgesetzlichen oder schicksalsmäßigen Abhängigkeiten der Zukunft hinauszuheben. Nach einem Worte Rankes gibt das Maß seiner Unabhängigkeit einem Staate seine Stellung in der Welt, und nur wenn er sie nach außen besitzt, kann er seine Aufgaben im Innern voll erfüllen. Keine Staatsbildung aber

[1]) Bismarck an Schleinitz am 17. April 1861 über den Fürsten Gortschakoff: „Er ist von Natur geneigt, sehr mitteilend zu sein, über das ganze Gebiet seiner Beziehungen zu Frankreich aber hüllt er sich in dichte Schleier; das steht so grundsätzlich fest bei ihm“ usw. Diese Beobachtung wird überraschend dadurch bestätigt, daß Herr v. Radowitz im Jahre 1875 dem Reichskanzler berichtete, Gortschakoff lasse sich nur wider Willen in Erörterungen über französische Zustände ein und lehne es im Grunde ab, sich zum Reden über seine Frankreich gegenüber zu beobachtende Politik bringen zu lassen.

muß dieses Gesetz mehr achten als ein Reich, das durch seine natürliche Lage den verschiedensten feindlichen Kombinationen, die seine Bewegungsfreiheit einengen könnten, ausgesetzt ist. Bismarck mußte also zu verhindern suchen, daß das unabänderliche Schicksal der Mittellage nicht von der ersten Stunde an sich wie eine Hemmung nach außen und innen gegen das neue Reich wandte. Dieser Staat, der auf keine Tradition seiner auswärtigen Politik zurückblickte und sie aus guten Gründen schwerer als die anderen erringen konnte, mußte mit besonderer Vorsicht seine ersten Schritte in unbetretene Gefilde lenken; er war darauf angewiesen, auch im Innern seinen Bürgern, die noch keineswegs geschlossen auf dem Boden der neuen Ordnung standen, das beruhigte Gefühl der Eigenkraft nnd Sicherheit einzuflößen, das zum Ausbau des Reiches nötig war. Hier stand Bismarck vor seiner wesentlichsten Aufgabe. Er wollte daher nur europäische Kombinationen aufkommen lassen, in denen diese Grundvoraussetzung, für die er ein besonders feines Empfinden besaß, sichergestellt war. Wenn ein Bündnis mit Rußland allein die Gefahr einer Einkreisung von mehreren anderen Seiten nach sich zog, so mußte er trachten, es auf jeden Fall zu vermeiden; sicherer war es unbedingt, wenn es gelang, Rußland freundschaftlich auf die Seite von Deutschland und Österreich-Ungarn herüberzuholen und durch seine Einfügung in einen Kreis zu Dreien alle lebensgefährlichen Kombinationen unmöglich zu machen. Wenn es aber für eine solche friedenverbürgende Politik nicht zu haben war und den Versuchungen, die wir kennengelernt haben, stärker nachgeben sollte, so blieb nichts anderes übrig, als einem geplanten Druck auf die Mitte eine verstärkte Mitte entgegenzustellen. Alle diese Möglichkeiten faßte der Kanzler mit nüchterner Berechung ins Auge.

Es ist neuerdings die Meinung ausgesprochen worden — und sie kommt gewissen parteipolitischen Stimmungen bei uns daheim, vor allem aber im Auslande, entgegen —, daß Bismarck

in seiner äußeren Politik, und zumal in seinen Versuchen, mit Rußland zusammenzugehen, von einer gewissen Vorliebe für die monarchisch-konservative Struktur der Staaten geleitet worden sei[1]). Man kann aber seine Politik vor wie nach 1870/71 nicht gröblicher mißverstehen, als wenn man annähme, daß solche „Dogmen“ jemals seine Einschätzung der realpolitischen Kräfte auf das leiseste mitbestimmt hätten. Das war ja der Punkt, an dem er sich schon in den fünfziger Jahren von seinen alten Freunden, den Gerlachs, und von dem alten preußischen Konservatismus getrennt hatte; wenn er auch seinem eigenen Könige treu bis in die Vendée sein wollte, so gedachte er für fremde Legitimitäten keinen Finger mehr zu rühren[2]). Er betrachtete die Zustände fremder Länder lediglich nach Maßgabe ihrer Nützlichkeit für die Zwecke seines Vaterlandes; ausdrücklich wandte er sich, mehr als einmal, „gegen die Gelehrten der Kreuzzeitung, welche ... von dogmatischen Grundlagen aus zu politischen Konsequenzen gelangen, welche ich für Fehlschlüsse halte“. Es ist damit natürlich nicht gesagt, daß er das mon-

---

[1]) Hngo Prenß, Das dentsche Volk und die Politik (Jena 1916), S. 43. „Es läßt sich nicht weglengnen, daß solcher Gedankengang dem Geiste der heiligen Allianz mit ihrer Solidarität der konservativ-monarchischen Interessen entstammt.“ (!) Ob dem scharfsinnigen Verfasser niemals der Gedanke gekommen ist, weshalb wohl Bismarck auch in die „Gedanken und Erinnerungen“ seine Empfehlungen des monarchisch-konservativen Prinzips eingestreut hat?

[2]) Zu den bekannten Belegstellen aus dem Briefwechsel Bismarcks mit Leopold von Gerlach nnd Roon setze ich hier noch folgende Worte aus einem Briefe an Schleinitz vom 10. Dezember 1860:

„Nach meiner Ansicht beschränkt sich die Pflicht eines preußischen Monarchen, Rechtsschutz zu üben, auf die ihm von Gott gezogenen Grenzen des prenßischen Reichs; die auswärtige Politik ist nur Mittel, der preußischen Krone die Kraft, den eigenen Untertanen Rechtsschntz gewähren zn können, zn erhalten, zn sichern, zu vermehren, nnd ich halte dafür, daß wir uns bei Umwälznngen im Auslande nicht zu fragen haben, was in der Sache nach neapolitanischem, französischem, österreichischem Rechte Rechtens sei, sondern daß wir unsere Parteinahme danach einrichten, welche Gestaltung des Auslandes die günstigste sei für die Machtstellung und Sicherheit der Krone Preußen.“

archische Argument, das für die Überzeugung seines kaiserlichen Herrn eine Realität war, nicht in der Behandlung Dritter, z. B. des dafür höchst empfänglichen Zaren[1]), nach Bedarf verwandt hätte. Wenn er in den ersten Jahren nach dem Kriege den Gedanken der monarchischen Solidarität in Wien und Petersburg geflissentlich betonte und gleichzeitig in Frankreich auf die Befestigung der Republik gegen das Königtum hinarbeitete, so geschah es natürlich, um den westlichen Gegner für (das damalige) Rußland bündnisunfähiger zu machen und damit den Eintritt einer Druckmöglichkeit von zwei Seiten sozusagen von innen heraus noch weiter hinauszuschieben. Seine eigene Staatskunst war ganz und gar undoktrinär. Es war für ihn eine Selbstverständlichkeit, daß gerade das Land der Mitte nur eine realistische auswärtige Politik treiben und sich weniger als irgendein anderer Staat den Luxus von Sympathien oder Antipathien leisten konnte: er wäre der letzte gewesen, die festen Linien seines Handelns von unsachlichen Zwecken irgendwelcher Art umbiegen zu lassen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Begründung des sogenannten Dreikaiserverhältnisses von 1872 zu beurteilen, das den Fernstehenden als eine wirklich zweckvolle und dauerhafte Ordnung erschien (und auch erscheinen sollte) und selbst in Geschichtsbüchern der Gegenwart in dem unechten Glanze künstlicher Beleuchtung fortlebt. Es war ein Versuch des Reichskanzlers, die Auseinandersetzung mit Rußland zu vertagen und die einem friedlichen Nebeneinanderleben dort abgeneigten Kräfte zu neutralisieren: aber es sollte — und zwar nicht durch deutsche Schuld — eine rein provisorische Augenblickslösung bleiben. Daß Fürst Gortschakoff selber sie von Anfang an nicht höher

[1]) Warnte doch Alexander II. im Oktober 1872, aus naheliegenden Gründen, die Hohenzollern „vor jeder Nachahmung des verderblichen Beispiels, das der wachsende Republikanismus und Sozialismus in England gebe", um ein Zusammengehen der drei Kaiserreiche zur Aufrechterhaltung der Autorität in Europa vorzuschlagen. Lord Odo Russell an Lord Granville, 9. Oktober 1872 (Lord Fitzmaurice, Life of Lord Granville 2, 110f.).

einschätzte, brachte er zum Ausdruck, als er unmittelbar nach der Dreikaiserzusammenkunft von 1872 den besorgten französischen Botschafter mit den vielsagenden Worten beruhigte: „Frankreich muß stark sein, um eines Tages die ihm vorbehaltene Rolle in Europa zu spielen." So fuhr er fort, jede Gelegenheit zu ergreifen, um ähnliche in die Zukunft zielende Ermunterungen an den Mann zu bringen; es konnte nicht anders sein, als daß Bismarck trotz seines Vertrauens in die Person des russischen Monarchen mit gespannter Aufmerksamkeit seinen Gegenspieler verfolgte [1]). Die Krisis des Jahres 1875, die vielleicht von Bismarck zum Zwecke einer Sondierung aller europäischen Großmächte auf ihre letzten Absichten herbeigeführt war, brachte ihm endgültige Klarheit. Die russischen Staatsmänner gaben in einer Form, die alle heimlichen Hoffnungen der Franzosen ermutigen mußte, in Berlin zu verstehen, daß sie sich auch dem leisesten deutschen Druck auf die erwachende französische Revancheneigung aus aller Kraft widersetzen würden. In diesem Vorgange, der durch die Mitwirkung der Person des Zaren noch eindrucksvoller wurde, lief die Episode des Dreikaiserverhältnisses aus. Rußland hatte vor aller Welt sich dazu bekannt, daß es — zur Dämpfung deutscher Bewegungsfreiheit — ein starkes Frankreich brauche. Europa wußte fortan, daß man in Petersburg die eigene Machtsteigerung am sichersten in der Fortdauer des deutsch-französischen Gegensatzes gewährleistet sah. In diesem Augenblicke schon sah sich die ursprünglich auf ein Zusammengehen mit Österreich-Ungarn und Rußland angelegte Politik Bismarcks am Scheidewege. Sie mußte damit rechnen, daß der symptomatische Vorgang von 1875 sich in

[1]) Vicomte de Gontaut-Biron, Mon ambassade en Allemagne I, 174, 168, 178. Ähnlich: Dreux, L'ambassade de Gontaut-Biron, S. 49, 51. Vgl. Wertheimer, Graf J. Andrassy 2, 226. Bismarck hielt es nach seiner Rückkehr von Petersburg im Jahre 1873 für angezeigt, dem englischen Botschafter zu sagen, seine Reise habe den Zweck gehabt, die Illusionen von Monsieur Thiers hinsichtlich einer russisch-französischen Allianz zu zerstören. Lord Fitzmaurice a. a. O. 2, 113.

ernsterer Weise — als Lockung und Drohung zugleich — eines Tages wiederholen würde, sobald erst Frankreich wieder zu Kräften kam, und sobald sich die Russen einen unmittelbaren Gewinn von der Anwendung ihres in der Hinterhand gehaltenen Druckmittels versprachen.

Dieser Augenblick kam, als der russische Koloß sich zur Eroberung des Orients in Bewegung setzte und sich im voraus nach europäischer Rückendeckung umsah. Wie in den zwanziger und fünfziger Jahren des Jahrhunderts suchte er seinem großen Vormarsch auf Konstantinopel, den er gegen den Willen Europas unter keinen Umständen durchsetzen konnte, wenigstens an einer Stelle eine diplomatische Sicherung voraufzuschicken. So ließen die russischen Staatsmänner im Herbste 1876 dem Deutschen Reichskanzler in ungewöhnlicher Form die Gewissensfrage vorlegen: Wollt ihr neutral bleiben, wenn wir mit Österreich-Ungarn über die orientalische Frage in Krieg geraten oder nicht? Bismarck hat selbst in den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt, daß er die diplomatische, aber unzweideutige Antwort erteilte: Wir könnten es zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten gewönnen oder verlören; aber nicht, daß einer von ihnen so schwer verwundet oder geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde (Oktober 1876)[1]. Zugleich aber stellte er seinerseits — und das wird nicht in den „Gedanken und Erinnerungen" berichtet, sondern ist erst neuerdings bekannt geworden — eine Gegenfrage, die dem anderen nicht weniger ans Gewissen griff. Er ließ nämlich den Fürsten Gortschakoff durch den Botschafter sondieren, ob er gegen eine Unterstützung

[1]) In ganz eindeutiger Form geben die Mitteilungen Bismarcks an die Reichstagsabgeordneten vom 1. Dezember 1876 diese Stellungnahme wieder: „Wenn jedoch die Integrität Österreich-Ungarns gefährdet sein würde, ergebe sich für Deutschland die Zwangslage, für die Monarchie einzutreten, deren lebensgefährliche Verwundung es nicht dulden könne." Genau die letztere Wendung kehrt auch in einer Weisung an den Botschafter Graf Stolberg vom 12. Dezember 1876 wieder. (Wertheimer, Andrassy 2, 367.)

im Orient auf einen Garantievertrag für Elsaß-Lothringen eingehen würde. Der russische Staatskanzler wies dieses Ansinnen rundweg ab (November 1876)[1]). Schärfer ließ sich das Verhältnis der beiden Staaten kaum bestimmen. Wenn Deutschland in seiner Mittellage nach Bewegungsfreiheit strebte, so geschah es um der eigenen Sicherheit und der Erhaltung des Friedens und des Status quo willen, ohne feindliche Absichten gegen einen seiner Nachbarn. Rußland aber verlangte die freie Hand, um ungestört den Weg der Eroberungen im Orient und, wenn nötig, darüber hinaus zu beschreiten; es forderte von Deutschland diese freie Hand, ohne sich selbst zu binden, weil es gerade die eine Fesselung Deutschlands nach Westen hin in seinem europäischen Spiel nicht entbehren konnte. Gewiß hätte es für sein großes Unternehmen nichts lieber gesehen, als eine Rückendeckung durch das Deutsche Reich; das war der Sinn der Angebote, die Graf Schuwalow zu mehreren Malen dem Kanzler machte; ihre Annahme aber würde den Zusammenschluß aller anderen Mächte gegen Deutschland herbeigeführt und damit unsere eigene Gebundenheit im russischen Interesse vervielfältigt haben. Wohl bot in einem späteren Stadium Dostojewski, als Wortführer eines „ewigen" Bündnisses mit Deutschland, gleich dem Versucher auf dem Berge, der die Schätze dieser Welt zeigt, uns nichts Geringeres als die Teilung Europas dafür an — den ganzen Westen wollten seine gigantischen Phantasien dem germanischen Schwert und der „germanischen Idee" überlassen wissen[2]). Man sieht: der russische Minister, der mit einer französischen Bündnisdrohung

[1]) J. v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy 3, 249.

[2]) Polit. Schriften S. 488. „Die ganze westliche Menschheit ist sein (Deutschlands) Objekt, für sich hat es die ganze westliche Welt bestimmt; statt der römischen und romanischen Idee soll die germanische Idee die Führung übernehmen. Uns aber, Rußland, überläßt es den Osten. Zwei großen Völkern ist es bestimmt, das Angesicht der ganzen Welt zu verändern. Das ist kein menschliches Hirngespinst, das ist kein menschlicher Ehrgeiz, der sich das erdacht: so setzt sich die Welt auseinander."

Deutschland gefügig machen will, und der russische Denker, der Frankreich kalten Herzens einem westwärts gerichteten deutschen Eroererwillen preisgibt, sie wandeln beide in den Spuren der Zarin Katharina während der Französischen Revolution: die Mitte und den Westen verhetzen, um inzwischen im Orient die Hegemonie an sich zu reißen. Bismarck aber war sich klar darüber, daß ein Eingehen auf das russische Bündnis, von Verführungen napoleonischen Stils ganz abgesehen, sofort eine westmächtlich-österreichische Koalition gegen uns aufrufen und uns selber mit ehernen Banden an Rußland ketten würde — was das bedeutete, wußte er nach den korrespondierenden Vorgängen von 1875 und 1876 zu Genüge. Er mochte sich des Wortes von Talleyrand erinnern, daß jedes Bündnis den Beziehungen zwischen Reiter und Pferd gleiche: „Quant à moi, je préfère faire le cavalier" — oder in seiner eigenen Sprache, er wollte sich von niemandem in der Welt das Leitseil überwerfen lassen.

Also begann sich sein Entschluß zu befestigen, wenngleich der Weg noch weit war, an dessen Ende die Tat stand. In den Jahren seit 1875, vor denen in manchen Geschichtsbüchern noch der pomphafte Vorhang des Dreikaiserverhältnisses wallt, bot die Bühne das bewegte Bild ständigen Stellungwechsels und tastender Orientierungen der großen Mächte, aber die Lockerung des alten deutsch-russischen Verhältnisses arbeitet sich aus ihnen immer deutlicher heraus. Wohl suchte der Reichskanzler dem schweren Zwang zu dauernder Option auszuweichen, zumal solange die Frage offenblieb, ob der Zar sich unbedingt dem panslawistischen Drängen unterwerfen würde; immer wieder bemühte er sich, dilatorische Lösungen zu finden oder europäische Gegengewichte aufzuhängen; aber wenn er auch den Engländern einmal auseinandersetzte, sein Ideal wäre immer gewesen, die Krisis zu überstehen, ohne zu den Freunden in ein weniger gutes Verhältnis zu geraten als bisher, so wurde sein Glaube daran immer geringer. Fürst Gortschakoff hielt es für richtig, alle Schuld an seinen diplomatischen Fehlschlägen im Türkenkriege

auf die Unzuverlässigkeit des Fürsten Bismarck abzuschieben; nach der von ihm ausgegebenen Losung, die der Zar sofort aufnahm[1]), begann die panslawistische Presse von dem Berliner Kongreß offen das Ende des Dreikaiserverhältnisses zu datieren, und die Nachwirkungen des Kongresses brachten die Entwicklung zum Abschluß. Schließlich sah Bismarck sich doch der Alternative gegenüber, entweder sich dem „Naturgesetz" der geographischen Lage zu beugen und, wie es ein Zentrumsabgeordneter einmal schnöde formulierte, der „Kettenhund" des Panslawismus zu werden, — oder aber die großmächtliche Selbständigkeit der Reichspolitik entschlossen zu wahren und zur Erhaltung des Friedens eine dauerhafte mitteleuropäische Gegenkonstruktion aufzurichten[2]).

Man kennt die letzten Erfahrungen, die Bismarck im Herbste 1879 zu der lange vermiedenen Option zwischen den Ostmächten veranlaßten. Es war auf der einen Seite der drohende Brief des Zaren an Kaiser Wilhelm I., der im Tone des Anklägers dem Reichskanzler Undankbarkeit vorwarf und die „verhängnisvollen" Folgen einer solchen Politik ausmalte. Auf der anderen Seite waren es heimliche russische Bündnissondierungen in Paris, die zwar nicht so amtlich geschahen, daß man sie nicht hätte

[1]) Schon am 2. Juli 1878 meldete Gortschakoff dem Zaren aus Berlin: „l'impression générale que j'emporterai du congrès est que compter davantage sur l'entente des trois empereurs sera une illusion." Der Zar fügte die Randbemerkung bei: „C'est aussi mon opinion." Goriainow, Le Bosphore et les Dardanelles S. 380.

[2]) Eine ausführliche Darstellung dieser Jahre findet sich in dem Buche des ungarischen Historikers J. v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy (3 Bände, Stuttgart und Berlin 1910), das nicht nur die Papiere Andrassys benutzt hat, sondern auch — für die Zeit nach 1871 ein einzig dastehender Vorgang — die deutschen Reichsakten in weitgehendem Maße hat benutzen können. Leider ist diese Benutzung durch einen Nichtdeutschen weder im einzelnen noch im ganzen zureichend ausgefallen, die Verarbeitung ist häufig salopp und einseitig. Um so dringlicher erscheint es nunmehr — da die Ära allzu ängstlicher Rücksichtnahme auf diesem Gebiete wohl abgelaufen ist — die Vorgeschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses authentisch aus den Akten darzustellen.

ableugnen können, aber unterderhand in aller Form erfolgten. Wenn auch der französische Minister Waddington selbst „mit der Miene der beleidigten Ehefrau" das Anerbieten zur Kenntnis des deutschen Botschafters brachte, so blieb es Bismarck nicht verborgen, wie es um diese Tugendhaftigkeit bestellt war. Ein Bericht des russischen Botschafters Fürsten Orlow aus Paris besagte, daß Frankreich den Frieden brauche und sich zum Angriff zu schwach fühle, wenn außer Rußland nicht noch eine dritte Macht im Bunde sei. Im Zusammenhang mit dieser Bedingung mochte ein russischer Versuch stehen, in Italien anzuklopfen; aber auch er hatte ein negatives Ergebnis. Immerhin hielt Gortschakoff auch nach diesem Fehlschlag es noch für angezeigt, sich während eines Aufenthalts in Baden-Baden zu einem französischen Ausfrager für ein russisch-französisches Bündnis gegen Deutschland auszusprechen — um auch der Öffentlichkeit diese Karte der Zukunft nicht vorzuenthalten[1]).

So folgerichtig hatte sich das von Bismarck seit Jahren mit Sorgen beobachtete Verhalten der russischen Politik weiterentwickelt. Vor dieser mit epigrammatischer Schärfe erfolgenden Bestätigung mußten seine letzten Zweifel schwinden. Jetzt war Gefahr im Verzug. Gegen die nahegerückte Möglichkeit kombinierten Flankendrucks von Ost und West konnte allein die vertragsmäßige Befestigung des mitteleuropäischen Kerns einen durchgreifenden Schutz gewähren.

[1]) Über die russischen Sondierungen in Paris: Bismarcks Bericht an den Kaiser vom 7. September 1879 (Wertheimer, Andrassy 3, 258); Fürst Chl. Hohenlohe, Erinnerungen 2, 275 (sein Telegramm ist vom 10. September 1879); Marcks, Erinnerungen an Bismarck 312. J. v. Eckardt, Lebenserinnerungen 2, 38f. Aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien 4, 248. Offiziöser Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 7. April 1880. Die Darstellung in den „Gedanken und Erinnerungen", die diese Sondierungen nur indirekt streift, ist allzusehr auf Gortschakoffs Person und auf Nebendinge eingestellt. Der Reichskanzler von 1879 hatte sehr positiv den Zaren selbst und den ihm nahestehenden Kriegsminister Miljutin im Auge, während er in den neunziger Jahren aus naheliegenden Gründen vorzog, die Person Gortschakoffs als Schuldigen vorzuschieben.

Während der greise Kaiser die Gefahr persönlich zu beschwören trachtete und vom Zaren in Alexandrowo — schon infolge der vorläufigen Absage der Franzosen[1]) — wieder gute Worte vernahm, bereitete Bismarck mit raschem Handeln den Abschluß eines Bündnisses mit Österreich-Ungarn vor. Es war die schicksalsvollste Entschließung, die der Reichsgründer nach dem Jahre 1871 auf sich genommen hat. Ihre Folgen führen in die Gegenwart des Weltkrieges, ja in die Zukunft deutscher Nation und unseres Erdteils hinüber: es handelt sich um Weiterwirkungen von säkularer Natur.

2. Das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn von 1879

In einer der großen Denkschriften, die Fürst Bismarck vor dem Bündnisabschluß von 1879 an Kaiser Wilhelm I. gerichtet hat — und für deren Bekanntgabe an das deutsche Volk heute eigentlich die Stunde gekommen wäre[2]) —, wird der Gedanke entwickelt: „Das Deutsche Reich dürfe es nie darauf ankommen lassen, auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich neben dem niedergeworfenen und von Deutschland im Stich gelassenen Österreich-Ungarn isoliert zurückzubleiben. Deutschland müsse also auch ohne Gegenseitigkeit so handeln, als befinde es sich im Besitz eines Bündnisses.“ Auch ohne Gegenseitigkeit, auch ohne Bündnis! Schärfer ließ es sich nicht

[1]) Vgl. Wertheimer 3, 279. „Der Kaiser (Franz Joseph) und Andrassy wiesen darauf hin, daß es nicht Rußland, sondern nur der verständigen und friedliebenden Weigerung der jetzigen französischen Regierung zuzuschreiben sei, daß ein russisch-französisches Bündnis bisher unverwirklicht geblieben sei.“

[2]) Die ungenauen Auszüge bei J. v. Wertheimer geben schlechterdings kein zureichendes Bild. In die Darstellung der „Gedanken und Erinnerungen“ spielen, sowohl in dem, was sie sagt und was sie nicht sagt, schon die Argumentationen der großen Krisis von 1890 hinein; diese aber tragen, wie immer man zu ihnen stehen mag, in das historische Bild von 1879 jedenfalls fremde Züge hinein.

zum Ausdruck bringen, daß es sich bei dem Vertrage von 1879 nicht um einen Schachzug handelte, wie ihn eine vorübergehende Konstellation der Mächte wohl hervorruft, sondern um eine in der Natur der Dinge begründete und darum endgültige Orientierung. Bismarcks mächtiger Wille hatte erkannt, was diese Geburtsstunde Mitteleuropas für alle Zukunft zu bedeuten hatte; auf keinem anderen Wege glaubte er das Werk von 1866 und 1870/71 sichern und vollenden zu können. Mit dem Aufgebot seiner ganzen Autorität mußte er den in Jahren langsam gereiften Entschluß gegen den Widerstand seines an den alten Traditionen festhaltenden Monarchen durchsetzen, und er hätte sein Amt aufgegeben, wenn sein Rat nicht befolgt worden wäre. Die großen Krisen von 1866 und 1870, in denen die weltgeschichtliche Entschlußbildung zwischen König und Minister sich vollzogen hat, sind viel rascher abgelaufen (weil es um das sofortige Handeln nach außen hin ging), als dieser letzte ernste Kampf der beiden Männer, in dem es sich um die Aussaat für kommende Geschlechter handelte. Die Unabhängigkeit und die Sicherheit der Reichspolitik schien Bismarck auf dem Spiele zu stehen: für solchen Einsatz war ihm kein Preis zu hoch.

Auf der Gegenseite in Wien war dieselbe Einsicht in eine Notwendigkeit lebendig. Denn dieselbe Mittellage, die uns an die Seite Österreich-Ungarns führte, trieb den neuen Verbündeten zu uns herüber. Da der Zwang zur Entschließung hier noch unmittelbarer wirkte, so mußte sie dem Monarchen und seinem Ratgeber noch viel leichter fallen. Graf Andrassy war schon seit Jahren entschlossen, wie er es einmal ausdrückte, „die unnatürliche Allianz mit Rußland friedlich zu lösen und an ihrer Stelle ein Bündnis mit Deutschland allein abzuschließen". Und als er seinem Kaiser den Antrag Bismarcks empfahl, war Franz Joseph im ersten Augenblick „aus vollster Überzeugung" zur Annahme bereit: „Ich fand", so schrieb Andrassy am 1. September 1879, „den Kaiser so durchdrungen von der Nütz-

lichkeit, ja von der Notwendigkeit einer solchen Abmachung, daß jede weitere Motivierung sich als überflüssig herausstellte."

Auf den ersten Blick könnte es freilich überraschen, daß das Defensivbündnis von beiden Mächten nicht generell, d. h. gegen den Angriff einer jeden dritten Macht, sondern ausschließlich — wie es der Vorgeschichte des Vertrages entsprach — gegen einen Angriff des im Vertrage ausdrücklich genannten Rußlands eingegangen wurde. Es könnte immerhin so scheinen, als wenn dadurch in erster Linie Österreich-Ungarn, als der unmittelbarer Bedrohte (während Deutschland in diesem Falle mehr mittelbar in einen Konflikt hineingezogen worden wäre), eine Deckung gefunden und somit, äußerlich betrachtet, der eigentliche Gewinner gewesen wäre. Logisch geboten wäre somit eine Ergänzung gewesen, daß Österreich-Ungarn auch für einen Angriff Frankreichs seinerseits die entsprechende Hilfsverpflichtung eingegangen wäre, und man begreift, daß Kaiser Wilhelm I. an dieser formalen Ungleichheit Anstoß nahm und eine generelle Verpflichtung auch aus dem Grunde verlangte, daß der Ausbruch französischer Angriffsgelüste in Zukunft an sich eine größere Wahrscheinlichkeit haben würde als ein russischer Angriff. Trotzdem gewann es Bismarck über sich, den österreichischen Bedenken gegen eine generelle Fassung Gehör zu geben. Entscheidend war für ihn die Einsicht, daß ohne Bundesgenossen ein französischer Angriff auf das Deutsche Reich außer aller Wahrscheinlichkeit läge und nur in Verbindung mit einem russischen Angriff zur Tat werden könnte: für diesen Fall aber wären dann die Hilfsverpflichtungen des Partners nach den Vertragsbestimmungen sofort automatisch in Kraft getreten. Zugleich sagte er sich — das war vor allem auch das Wiener Argument —, daß eine generelle Verpflichtung jetzt in Frankreich so viel Mißtrauen erregen könnte, daß die im Augenblick noch zurückhaltende Republik in die Arme Rußlands getrieben und damit eben das, was man vermeiden wollte, nur beschleunigt würde. Es war eine von strengem Verantwortlichkeitsgefühl getragene und

nicht herausfordernde Staatskunst: sie begnügt sich, allein gegen die stärkste friedensgefährliche Kraft, die durch ihr eigenes Vorgehen auch andere latente Kräfte entfesseln könnte, in Verteidigungsstellung zu treten.

So ergibt sich auch aus dieser Fassung der Verpflichtungen der rein defensive Charakter des Vertrages. Bismarck begründete die mitteleuropäische Gemeinschaft ausschließlich zur Erhaltung des Friedens und des Status quo gegen eine Störung. Er dachte sie sich aber nicht als eine Erwerbsgenossenschaft und wachte auch später darüber, daß sie sich nicht zu einer solchen auf Kosten ihrer eigentlichen Aufgabe auswachse: eine Erwerbsgenossenschaft wäre der von Rußland ihm angetragene, aber von ihm zurückgewiesene Bund von vornherein gewesen, als Ganzes wohl stärker, dafür aber auch bedrohlicher für den europäischen Frieden. Statt dessen ergriff Bismarck diejenige Bündnismöglichkeit, die ihm die Vermeidung jedes Mißbrauchs der vereinten Macht in höherem Grade zu garantieren schien; denn die Natur der deutschen Mittellage und der Gefährdungen, denen sie ausgesetzt blieb, verlangte gebieterisch, daß der Staat auch in den Freundschaften, die er einging, das Vorrecht seines natürlichen Schwergewichts nicht aus der Hand gab.

Wir haben bisher die primäre außerpolitische Notwendigkeit des Bündnisses vorwiegend aus den Gedankengängen des deutschen Kanzlers entwickelt: wir wenden uns jetzt einer sekundären Motivenreihe zu, die von sich aus die Wendung von 1879 niemals hätte hervorbringen können, die wohl aber die Fortsetzung des einmal eingeschlagenen Weges von innen heraus fördern mußte. Das Werk der Diplomatie bedurfte eines Unterbaues bei den Völkern, die sie aneinanderknüpfte: und für solche Aufgaben lagen die historischen Voraussetzungen bei diesem Bündnis anders als bei allen sonst in Europa denkbaren Bündnisverträgen. Eine alte untergegangene Gemeinschaft erlebte in neuen Formen eine Art von Wiederauferstehung.

Freilich, wenn die historischen Erinnerungen damals wohl

zu den verklungenen Zeiten des alten Reiches oder doch zu dem Gagernschen Entwurf vom engeren und weiteren Bunde zurückschweiften, so konnte ein politisch geschärfter Blick sich nicht darüber täuschen, daß in den unterscheidenden, nicht in den verwandten Merkmalen der früheren und der gegenwärtigen Gestaltung eigentlich der Schwerpunkt lag. Diese neue Bündnisbildung beruhte nicht mehr auf einer einzigen gewaltigen mitteleuropäischen Masse, in der die staats- und völkerrechtlichen Grenzen so unsicher verflossen, daß ihre politische Organisation unmöglich wurde und auch bescheidene Versuche, diese Kraft in Macht umzusetzen, unendlichen Hemmungen begegneten. Sondern sie beruhte auf zwei in sich geschlossenen und unabhängigen Souveränitäten, die nur in höchsten Lebensfragen gemeinsam handeln wollten. Diese eine Tatsache aber reichte für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit: Reichsdeutsche und Deutschösterreicher aus, um dem Bündnis eine freudige Aufnahme zu bereiten. Auf reichsdeutscher Seite wurde ganz allgemein, bei den Dynastien, den Parteien und den Konfessionen, ein Gefühl der Genugtuung lebendig, daß die notwendig gewesene Staatentrennung von 1866 nicht alle und jede Gemeinschaft zerstört habe; die Gewißheit, daß man auf dem europäischen Schauplatz fortan niemals gegeneinander gehen würde, war ein seelisches Bedürfnis, ohne dessen Erfüllung die zerspaltene Nation, trotz ihrer fortdauernden Kulturgemeinschaft, ihr Los nicht auf die Dauer würde ertragen haben. Auch Bismarck, einst der Zerspalter der deutschen Einheit in ihrem weitesten Sinne, hatte eine tiefe Empfindung dafür, daß er nun selber die Brücke schlagen konnte und seinem Werke diese letzte Vollendung gab. Er wußte, daß er dieses Bündnis wie kein anderes in der Tiefe des deutschen Volkswillens verankern konnte.

Dasselbe Moment, das aus dem höchsten Lebensgefühl einer Nation quillt, konnte für die Deutschösterreicher nur noch unendlich viel innerlichere Bedeutung haben; denn sie waren ja vor allem die Leidtragenden seit der Trennung von 1866, sie bedurften

in viel höherem Maße einen Ersatz für den Schnitt in ihr nationales Bewußtsein. Sie fanden ihn in dem Bündnis, mit dem sie mehr als realpolitische Klugheit verknüpfte. Mit Recht hat Bismarck noch in seinem achtzigsten Jahre einmal den ihn begrüßenden Steiermärkern zugerufen: je stärker der Einfluß der Deutschen in Österreich sein werde, desto sicherer würden auch die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich sein. Hier lag eine Verzahnung des Bündnisses ohnegleichen; was sie für die Deutschen hüben und drüben bedeutet, lehrt dieser Krieg, der so viele Bande schmerzvoll zerrissen hat. Es ist nicht auszudenken, wenn ein Weltkrieg in anderer Lage eines Tages in breiter Front auch Deutsche gegen Deutsche getrieben hätte.

Neben den Deutschen in Österreich waren die Ungarn von Anfang an die vornehmsten Stützen des Bundes. Ein Ungar hatte ihn in verständnisvoller Zusammenarbeit mit Bismarck geschaffen, und der zweite Nachfolger Andrassys, Graf Kalnoky, der von 1881 bis 1895 die Geschäfte leitete, pflegte die Deutschen und die Madjaren als die am stärksten am Bestande der Monarchie interessierten Gruppen zu bezeichnen; ebendarum erblickte er nicht mit Unrecht in einer Politik, die vor allem von diesen beiden Völkern getragen werde, eine „logische Rechtfertigung des dualistischen Systems in Österreich-Ungarn vom Standpunkt der auswärtigen Politik". Nur besaßen die Deutschen diesseits der Leitha Übergewicht und Führung keineswegs so unbestritten, wie die Madjaren auf der anderen Seite; sie standen in einem heftigen Nationalitätenkampf mit den verschiedenen slawischen Stämmen, die ihnen einzeln an Zahl unterlegen, aber in der Gesamtheit überlegen waren. Für diese slawischen Nationalitäten lag es daher nahe, auch den idealen Bündniswert unter dem Gesichtspunkt seiner (wirklichen oder vermeintlichen) innerpolitischen Rückwirkungen einzuschätzen; je zäher sie einem führenden deutschen Einfluß widerstrebten, desto kühler stellten sie sich zu einem Bündnis, dessen Gefühlswerte für sie keine Geltung besaßen. Die Polen allerdings konnten nicht anders als aus

Gründen der Realpolitik an dem Bündnis schon deshalb festzuhalten, weil sein Kerngedanke die Abwehr eines russischen Angriffs war. Für die Tschechen und Südslawen fiel auch dieser Beweggrund fort; aber auch sie konnten sich nicht beklagen, kamen vielmehr alsbald auf ihre Kosten, weil die mit dem Jahre 1879 einsetzende Nationalitätenpolitik des Grafen Taaffe — die eigentlich erst auf der Grundlage eines festen Freundschaftsverhältnisses zum Deutschen Reiche möglich war! — fortan die politische Parität der Slawen in Österreich begründete.

Mochten also auf österreichisch-ungarischer Seite die gefühlsmäßigen Motive nicht so einfach wie auf deutscher Seite liegen, so überwogen doch auch hier diejenigen Kräfte, die der Dauer des Bündnisses günstig gesinnt waren. Und wer die Gesamtheit der auf beiden Seiten zueinander strebenden Tendenzen abschätzte, der konnte wohl auf den Gedanken kommen, sie zur bleibenden Befestigung eines ursprünglich von realpolitischer Erwägung unter dem Druck auswärtiger Gefahren geschaffenen Bundes zu verwerten. So ist auch der Lenker der deutschen Geschicke, der bisher nichts so sehr vermieden hatte wie dauernde vertragsmäßige Bindung seines Staates[1]), auf den überraschenden Gedanken gekommen, die neue Bindung, die er nach langen und ernsten Erwägungen eingegangen war, so gut wie unauflöslich zu machen, und der immer wiederkehrenden Möglichkeit „natürlicher Gefahren" die unerhörte Form eines „ewigen" Bündnisses entgegenzustellen. Er wollte sich nicht mit dem hergebrachten diplomatischen Bündnisstil begnügen. Wir haben von ihm eine Äußerung aus dem November 1879: „Mein erster Vorschlag an Graf Andrassy ging auf ein Abkommen publici juris, welches den beiderseitigen Parlamenten amtlich mitzuteilen wäre... Die Öffentlichkeit hatte meiner Ansicht nach den

[1]) Kaiser Wilhelm I. erinnerte den Reichskanzler am 15. September 1879 an seinen Widerspruch gegen die Petersburger Übereinkunft von 1873: „Was Sie damals und so oft gegen ‚bindende' Übereinkünfte geltend machten, unter Verhältnissen, in denen auch kein greifbarer Fall vorlag".

Vorteil, daß die beiderseitigen Bevölkerungen, namentlich in Österreich-Ungarn, sich mehr von der Nützlichkeit des Vertragsverhältnisses durchdringen lassen, sich in das Vertrauen zu demselben einleben und dadurch beiden Regierungen vorkommendenfalls das Eintreten füreinander leichter machen würden, als es sein würde, wenn das Verhältnis den großen Massen erst in dem Augenblick klar wird, wo casus foederis vorliegt[1])." Und so nahm er denn während seines Aufenthalts in Wien einen Anlauf, es nicht bei dem völkerrechtlichen Charakter des Bündnisvertrages bewenden zu lassen, sondern es staatsrechtlich auf beiden Seiten tiefer zu verankern. Der Vorschlag, den er dem Grafen Andrassy unterbreitete, enthielt nichts Geringeres als

„ein öffentliches, verfassungsmäßiges Bündnis gegen eine Koalition, das durch Mitwirkung aller konstitutionellen Faktoren zustande gekommen, auch nur mit Zustimmung in Deutschland des Kaisers, des Bundesrats und des Reichstags, in Österreich des Kaisers und der Vertretung von Zis- und Transleithanien auflösbar sein sollte".

Im besonderen scheint er damals schon angeregt zu haben, dieses ewige Bündnis durch „pragmatische Einrichtungen, sei es auf Zollgebiet, sei es auf anderem Gebiet, zu befestigen"[2]).

Gewiß, Bismarck konnte damals mit so weitgreifenden Vorschlägen in Wien nicht durchdringen. Auch hat er sie selbst — was noch schwerer zu wiegen scheint — später in den „Gedanken und Erinnerungen" nur noch in abgeschwächter, halb abschiebender Form wiedergegeben, und in den neunziger Jahren nach

---

[1]) Mitteilungen von K. A. v. Müller in „Erinnerungen an Bismarck", herausgegeben von A. v. Brauer, E. Marcks und K. A. v. Müller (Stuttgart 1915) S. 243.

[2]) Diese aktenmäßigen Mitteilungen finden sich bei M. Busch, Unser Reichskanzler 1, 451 (1884). Auch in diesem Falle wäre heute eine Veröffentlichung des ganzen Textes höchst erwünscht. Die nachträgliche Behandlung dieser Frage in den „Gedanken und Erinnerungen" zeigt auch hier, wie Bismarck diejenigen Pläne, die keinen Erfolg gehabt hatten und in einem späteren Stadium ihm im anderen Lichte erscheinen, darzustellen liebt.

dem Rücktritt von seinen Ämtern hat er, wie wir sehen werden, im besonderen die handelspolitische Ausgestaltung des Bündnisses sogar bekämpft. Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß er als verantwortlicher und handelnder Minister beides im Jahre 1879 gewollt hat. So führen schon im ersten Augenblick seine Schritte an den Rand derjenigen Konsequenzen, die aus den Lehren des Weltkrieges hüben und drüben als Notwendigkeit aufgestiegen sind.

Auch langfristige Bündnisse können im Augenblick des Abschlusses wohl eine bestimmte und vorbereitende Wirksamkeit ausüben, aber, um eine wahrhaft lebendige Kraftquelle zu werden, müssen sie allmählich ineinanderwachsen. Es ist dafür erforderlich, daß sie in großen Krisen, gegenüber den nicht ausbleibenden europäischen Gegenwirkungen, ihre dauernde Wirksamkeit erproben, um beiden Teilen den Glauben an ihre Zweckmäßigkeit beizubringen. Sie werden sich einordnen in die Gesamtheit der europäischen Staatengesellschaft und dabei die Erfahrung machen, ob ihre Kraft ausreicht, sich in dem unaufhörlichen Fluß der Mächtegruppierungen zu behaupten oder gar noch weitere Verstärkungen an sich zu ziehen.

Diejenige Ergänzung des deutsch-österreichischen Bündnisses, die sich aus seiner Vorgeschichte und aus der durch den Berliner Kongreß geschaffenen Weltlage ergeben hätte, wäre Großbritannien gewesen. In dieser Macht, als einem natürlichen Interessenten an der Befestigung Mitteleuropas, hatte vor allem Andrassy von vornherein die gegebene Anlehnung für Österreich-Ungarn gesehen. So ist denn die englische Politik während der Verhandlungswochen im Herbst 1879 von Berlin aus auf dem Laufenden gehalten worden[1]. Unmittelbar nach dem Abschluß, im November 1879, hat Lord Salisbury als Sprachrohr der eng-

[1] Wertheimer 3, 261: „Der deutsche Botschafter in London, Graf Münster, mußte in alles eingeweiht werden, um von Lord Beaconsfield zu erfahren, was von ihm zu erwarten sei, wenn Deutschland aus Rücksicht für Österreich-Ungarn und England mit Rußland in Händel geraten sollte.“ Bismarck an Radowitz (14. September 1879).

lischen Regierung das Bündnis als eine frohe Botschaft, die aller Welt widerfahren sei, öffentlich gefeiert; denn ein starkes Mitteleuropa zum Schutz gegen panslawistische Überflutung gehörte damals noch zu den Glaubenssätzen der englischen Konservativen. Im Frühjahr 1880 aber erwies der Sturz des Ministeriums Beaconsfield in den Neuwahlen die Abhängigkeit auch der englischen Auslandspolitik von den Wechselfällen der Volksstimmung. Die Liberalen unter Gladstone waren längst überzeugt, daß Beaconsfield-Salisbury, wie sie sich ausdrückten, zu sehr in die Karten Bismarcks gespielt hätten; sie wollten einen Konflikt mit Rußland um jeden Preis vermeiden und sich auch den Weg zu Frankreich offen halten; also verdrängte ihr Bedürfnis, sich weltpolitisch freie Hand zu bewahren, die anfängliche Neigung ihrer Vorgänger, sich an der Seite der Mittelmächte festzulegen. Was im Augenblick für die leitenden Staatsmänner der Mittelmächte eine Enttäuschung war, zeigte ihnen zugleich die Unberechenbarkeit der nach ihren eigenen Gesetzen lebenden großen Machtfaktoren dieser Welt: hinter den kontinentalen Gegensätzen, die sie mit Erfolg zu bemeistern suchten, begegneten sie einer autonomen Sphäre, in die ihr eigener Wille nur beschränkt hineinreichte.

So ging Bismarck an die Aufgabe, die mitteleuropäische Konstruktion statt durch eine Ergänzung großen Stils wenigstens durch Einfügung kontinentaler Hilfsglieder noch widerstandskräftiger zu gestalten.

3. Die Bündnisse mit Rumänien und Italien (1882. 1883). Ein mitteleuropäisches Bündnissystem?

Die ersten Bündnisverhandlungen, die zeitlich unmittelbar an den Abschluß mit Österreich-Ungarn anknüpfen, sind aus demselben Geiste geboren wie das Bündnis von 1879 und daher geeignet, seinen Sinn noch deutlicher herauszustellen.

Schon im Sommer 1879, noch kurz bevor der Drohbrief des Zaren Alexander in Berlin eintraf, hatte Bismarck vorsichtig bei einem rumänischen Staatsmann sondiert: Rumänien bilde gewissermaßen eine eiserne Barriere zwischen Bulgarien, das eine russische Provinz jenseits der Donau zu sein scheine, und dem eigentlichen Rußland. In des letzteren Interesse liege es, diese Barriere niederzureißen, und deshalb sei es für Rumänien das natürlichste, sich an Deutschland und Frankreich zu halten, also an die zwei Mächte, von denen es nicht nur nichts zu fürchten, sondern sogar Schutz und Hilfe zu erwarten habe. Wenn er diese beiden Mächte als uninteressierte und aufrichtige Freunde empfahl, so lag es auf der Hand, daß die Rücksicht auf die herkömmlichen französischen Sympathien in Bukarest nur eine Form war, die eine Aufforderung, sich an Deutschland zu wenden, diplomatisch verhüllte. In diesem Sinne verstand Fürst Karl von Rumänien den Wink, und nach dem Abschluß des von ihm mit tiefer Befriedigung aufgenommenen deutsch-österreichischen Bündnisses entschloß er sich seinerseits zu dem ersten Schritt. Er entsandte Ende Februar 1880 den Ministerpräsidenten Bratianu, den Vater des Mannes, der heute den Staat zerstört hat, mit zwei Schreiben an Kaiser Wilhelm I. und an Bismarck nach Berlin. Dem Kaiser gegenüber betonte der Fürst, die Wendung Bismarcks aufgreifend, die Schwierigkeit der Lage Rumäniens „zwischen dem großen und kleinen Rußland". An den Kanzler aber schrieb er ganz rückhaltlos: „Rumänien ist durch seine geographische Lage berufen, in der Entwicklung der orientalischen Frage auch fernerhin eine wichtige Rolle zu spielen, und ist als Wächter der Mündungen der Donau, dieses größten deutschen Stromes, den deutschen Interessen nahegerückt. Denselben in jeder Weise Rechnung zu tragen, ist nicht nur unser aufrichtiger Wunsch, sondern steht auch vollkommen in Einklang mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Es wird demnach das Bestreben unserer Regierung sein, die uns so wertvollen Beziehungen zu dem durch E. D. zur ersten Macht erhobenen

Deutschen Reiche auf das sorgfältigste zu pflegen, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß mein Land in allen zukünftigen Konstellationen auf den wohlwollenden Schutz des Deutschen Reiches zählen kann[1]."

Wider Erwarten sollten sich jedoch zunächst dem Plane Bismarcks Schwierigkeiten entgegenstellen, die anscheinend allein bei dem alten Kaiser lagen: der Widerstand, den Wilhelm I. im Herbst zuvor dem Abschluß des Bündnisses mit Österreich-Ungarn geleistet hatte, setzte sich bei der ersten Aktion fort, mit der sein Minister den neugeschaffenen mitteleuropäischen Block fortzubilden gedachte. Bratianu konnte während seines Aufenthaltes in Berlin doch nicht ganz die erwartete Aufnahme finden. Der Reichskanzler aber reichte, wenige Tage nachdem der Rumäne Berlin verlassen hatte, ein Entlassungsgesuch ein, das scheinbar seinen Anlaß in Konflikten mit dem Bundesrat über die Frage der Quittungssteuer hatte, in Wahrheit aber viel tiefer begründet war (6. April 1880). Der ehrgeizige alte Fürst Karl Anton von Hohenzollern mochte schon recht haben, wenn er seinem Sohne schrieb, daß er den Grund für das die Öffentlichkeit überraschende Entlassungsgesuch nicht in den relativ belanglosen innerpolitischen Fragen, sondern darin suche, „daß es dem Reichskanzler in seiner auswärtigen Politik nicht zu gelingen scheint, den Kaiser so weit von seinen alten Traditionen loszulösen, daß er freie Hand bekomme und der deutsch-österreichischen Allianz zu größerem Nachdruck verhelfe". So war es. Während der Kaiser in der Weiterbildung des Bündnisses eine unnötige Herausforderung des Russen sah, hielt Bismarck aus Gründen, die hernach noch zu erwägen sind, diese Weiterbildung gerade im Interesse des Defensivcharakters seiner Schöpfung für geboten; zunächst aber sah er sich genötigt, die volle Erledigung

[1] Das Quellenmaterial für die folgende Darstellung ist durchweg dem vierten Bande der Aufzeichnungen des Königs: „Aus dem Leben König Karls von Rumänien" entnommen. Einzelne Ergänzungen bei Zingeler, Fürst Karl Anton von Hohenzollern.

des rumänischen Ansinnens auf einen günstigeren Zeitpunkt zu vertagen. Aber er trug alle Sorge, daß diese neue Karte in seinem Spiel nicht zu Boden fiel.

Am 21. April 1880 richtete Graf Andrassy, der seit einigen Wochen nicht mehr die auswärtige Politik der Doppelmonarchie leitete, aber in enger Fühlung mit dem Deutschen Reichskanzler stand, an den Fürsten Karl ein Schreiben, dessen scheinbar privater Charakter durch die Mitteilung, daß sein Amtsnachfolger (Baron Haymerle) seine Auffassung teile, unzweideutig aufgehoben wurde. Andrassy ging davon aus, daß Rumänien sowohl in seinem nationalen als im europäischen Interesse den gleichen Beruf wie Österreich-Ungarn habe, „eine wirksame Barriere" (man erinnere sich der gleichen Wendung Bismarcks) zu bilden gegen die Slawisierung eines Teils von Europa und speziell des Orientes. „Es ist ihre gemeinsame Aufgabe, das Zusammenfließen der nord- und südslawischen Elemente zu verhindern. Eine Abweichung von dieser Richtung würde für Österreich viele Gefahren, für Rumänien den Untergang nach sich ziehen müssen." Er erörterte sodann den Charakter des deutsch-österreichischen Bündnisses: „Es ist dieses Verhältnis kein ephemeres, es beruht nicht auf persönlichen Beziehungen, sondern auf einer gesunden Realpolitik, die kein englischer Ministerwechsel stören kann. Weil dieses Bündnis nur so weit gegangen ist, als es die gegenseitigen Interessen erheischen, und um kein Haar breiter war, weil es keinem Teil ein Opfer zumutet, welches über seine eigenen Interessen hinausginge, wird es ein bleibendes und festes sein! Es beschränkt sich auf eine natürliche Abwehr gegen eine natürliche Gefahr. Es gipfelt, wie es E. K. H. ohne Zweifel bekannt sein wird, darin, daß ein Angriff von seiten Rußlands auf einen der beiden Staaten beide vereint finden wird." Der Zutritt zu diesem Bündnis wurde den Rumänen in einer mehr indirekten als formell-vertragsmäßigen Weise offen gehalten:

> „Was Rumänien anlangt, so hat dieses nach meiner unmaßgeblichen Meinung nur zu wollen, um in einem ge-

gebenen Augenblick der Dritte im Bunde zu sein; es hat nur in geeigneter Weise zu erklären, daß es entschlossen ist, für den Fall, daß es angegriffen würde, seine natürliche Anlehnung an die beiden Reiche zu vollziehen. Durch eine solche Erklärung würde Rumänien nur tun, was Österreich und Deutschland schon getan haben — im vorhinein markieren, wo es im Falle eines Angriffes seine Stütze suchen würde! Eine solche, wenn auch nur einseitig ausgesprochene Erklärung würde die beiden anderen Staaten moralisch binden, den Fall ausgenommen, daß die letzteren dieselbe von vornherein zurückweisen sollten, was sie aber wohl schon als Garanten des Berliner Friedens weder tun würden noch könnten!"

Dann ging der ungarische Staatsmann dazu über, in diplomatischen Wendungen auseinanderzusetzen, warum man in Berlin und Wien im Augenblick keinen zweiseitigen schriftlichen Vertrag wünschen könne: „Damals (im Herbst 1879) war es keine Provokation, diese Konzentrierung auf dem Papiere vorzunehmen und bekanntzugeben; heute, wo die Gefahr nicht mehr existiert, würde eine Fortsetzung dieses Manövers durch die präventive Hinzuziehung eines dritten Staates als eine offensive Bedrohung Rußlands aufgefaßt werden können, die beiden Teilen fernliegt. Daher eine gewisse Zurückhaltung! Rückt aber die Möglichkeit einer solchen Gefahr wieder näher, so naturgemäß auch die Fortsetzung des Begonnenen! Eine Militärkonvention käme dann von selbst, und ich bin der Überzeugung, daß das von E. K. H. mit unbestreitbarem Ruhme geführte Heer sich an das meines Allergnädigsten Herrn reihen würde, zur Erhaltung des Friedens oder gar zu siegreicher Entscheidung — jedenfalls zum Wohle beider!" Mit solchen Fanfaren schloß das Schriftstück, bei dessen Entstehung und Formgebung der deutsche Staatsmann selbst ohne Zweifel Pate gestanden hat[1]. Er selber mußte sich

[1] Als der Amtsnachfolger Andrassys, Baron Haymerle, den Brief kennen lernte, wollte er nicht glauben, daß Andrassy ihn selbst geschrieben habe: „Ich habe nie gezweifelt, daß der Ideengang nur von Graf Andrassy

in seiner erst vom 20. Mai 1880 datierten Antwort an den Fürsten Karl allerdings noch mit diplomatischeren Andeutungen seines gedrängten Amtsstils begnügen: „Die Schwierigkeit der historisch gegebenen Situation ist die, daß jenseits der Donau die nationalen Anknüpfungspunkte für eine Verstärkung Rumäniens fehlen, und auf der andern Seite die stammverwandten Bevölkerungen den beiden großen Nachbarreichen angehören, mit welchen in Frieden zu leben für die Konsolidierung der Zustände ein Bedürfnis ist, und von welchen wenigstens Einen zum sichern Bundesgenossen zu haben, immer das Ziel rumänischer Politik bleiben wird": — wie ganz eindeutig er diesen Satz verstanden wissen wollte, hatte ja Andrassy schon vorweg erläutert. Aber auch er schloß damit, er habe mit dem Ministerpräsidenten Bratianu „über unsere friedlichen und defensiven Interessen, welche Österreich dergestalt mit uns teilt, daß sie den Charakter der Gemeinsamkeit haben, ohne Rückhalt gesprochen und glaube bei ihm Verständnis und Befriedigung gefunden zu haben".

In unzweideutiger Weise hatte Bismarck dem jungen Staate zu verstehen gegeben, daß seine Zukunftsstellung allein an der Seite der Mittelmächte gesichert sei. Seine Gesamtauffassung lief also immer noch auf die Notwendigkeit einer Deckung gegen einen Eroberungsdrang von Osten hinaus. Das lehrt auch eine andere Episode, die heute wie ein erster Auftakt zur Entwicklung der Gegenwart berührt. Wenige Monate später schrieb Bismarck nämlich dem deutschen Kronprinzen zur Rechtfertigung einer deutschen Militärmission in Konstantinopel die heute prophetisch anmutenden Worte:

---

sein könne, aber ich gestehe offen, daß ich nie gedacht hätte, daß er ein so prächtiges Deutsch schreibt." Der Kenner Bismarckschen Stils wird die auf diesen Ursprung deutenden Wendungen sofort herausfühlen; es bedarf ihrer Aufzählung nicht. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß Graf Andrassy sich auf das Abschreiben eines ihm vorgelegten Konzeptes, wie König Ludwig von Bayern im Jahre 1870 bei der ihm durch den Grafen Holnstein überbrachten Vorlage, beschränkt habe. Er wird unzweifelhaft auch einen eigenen Anteil an dem Schriftstück haben.

„Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen wollten, so wäre die Haltung und die Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig; gefährlich könnte sie uns niemals werden, wohl aber könnten unter Umständen ihre Feinde auch unsere werden[1]."

Es ist nicht sicher zu erkennen, zu welcher Zeit die Beziehungen zwischen den Kaisermächten und Rumänien den im Frühjahr 1880 vorgeschlagenen vertraulichen Charakter gewonnen haben. Bismarck fuhr auch in den nächsten Jahren fort, den treuen Berater der Sigmaringer Dynastie in Rumänien zu spielen, und schon im Frühjahr 1882 glaubte der alte Fürst Karl Anton einem Vertrauten versichern zu können, „daß wir Rumänien im Falle eines europäischen Konflikts auf seiten Deutschlands und Österreichs finden werden". Aber erst im Herbste 1883, nachdem durch den Beitritt Italiens im Jahre zuvor der Dreibund gegründet worden war, wurde der vertragsmäßige Anschluß Rumäniens in den Formen vollzogen, die einige Jahre vorher noch nicht möglich gewesen waren. König Karl begab sich, von seinem Ministerpräsidenten begleitet, zum Besuch der beiden Kaiser nach Berlin und Wien; damals hatte Hohenlohe den Eindruck, daß Bismarck „die Allianzen jetzt immer weiter ausdehnen wolle." Aus den Verhandlungen Bismarcks und Kalnokys mit Bratianu ging der Vertrag hervor, der Rumänien bis zu seinem Abfall an die Kaisermächte bzw. an den Dreibund geknüpft hat. Von diesem Bündnisvertrage wissen wir so viel, daß er — analog der zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn bestehenden Verpflichtung — auch dem neuen Gliede für den Fall eines russischen Angriffs Bundeshilfe zusagte und entsprechend auferlegte: das ist die Verpflichtung, die bei dem Ausbruch des Weltkriegs von Rumänien nicht innegehalten worden ist.

Schon im Jahre zuvor war der Anschluß eines Staates an

[1] Fürst Chlodwig Hohenlohe, Denkwürdigkeiten 2, 302.

den Bund der Mittelmächte erfolgt, der — obschon er mehr dem Namen als dem Wesen nach zu den großen Mächten gehörte — doch andere Mittel in die Wagschale zu werfen hatte als der noch wenig entwickelte Donaustaat. Das war Italien. Die Italiener hätten das deutsche Bündnis lieber allein gesucht, wenn sie es hätten haben können; ja, sie hätten vor dem Jahre 1879 am liebsten ein deutsches Bündnis gehabt, das die Erinnerung an den preußisch-italienischen Vertrag vom Frühjahr 1866 wiederaufgenommen hätte. Noch während des Russisch-Türkischen Krieges hatte Crispis unruhige Geschäftigkeit, in vollendeter Selbsttäuschung über die letzten politischen Ziele Bismarcks, ihm ins Gesicht von den deutschen Völkerschaften in Österreich gesprochen, die das Deutsche Reich früher oder später an sich ziehen werde[1]. Bismarck aber hatte solchen Einflüsterungen ein so entschiedenes Nein entgegengesetzt, daß man fortan in Rom wußte, daß von einer gemeinschaftlichen deutschen und italienischen Irredentapolitik gegen die habsburgische Monarchie unter keinen Umständen jemals die Rede sein könne. Noch bedurfte es für die Söhne der jungen Großmacht der bitteren Lehren der nächsten Jahre, des Berliner Kongresses und der Festsetzung der Franzosen in Tunis, um sie zu einer sachlicheren und friedlicheren Beurteilung ihrer Bedürfnisse zu erziehen. Und als Bismarck den nach einigen Jahren wiederum Anklopfenden zu verstehen gab, daß jeder Bündnisweg nach Berlin über Wien führen m ü s s e, nahmen sie, nach vergeblichem Umhertasten in der Welt, auch dieses zweite Bündnis in Kauf. Es gab für sie keinen anderen Weg, um aus bedeutungsloser Vereinzelung herauszukommen und eine Rückendeckung gegen Frankreich zu gewinnen. Schon waren die Mittelmächte die Umworbenen und Gesuchten geworden. Crispi selber hat erzählt: „Nur durch Bitten und Beschwörungen setzte Minister

[1]) Die Memoiren Francesco Crispis, deutsche Übersetzung S. 33/4. Auf diese Einschätzung geht es zurück, wenn Bismarck wiederholt in den nächsten Jahren, so z. B. am 22. März 1880 zu Moritz Busch, „Rußland und Italien als die einzigen friedensfeindlichen Mächte“ bezeichnete.

Mancini nach vielen Bemühungen in Wien und Berlin durch, daß Italien in den Bund der beiden Reiche aufgenommen wurde." In diesem Vertrage vom 20. Mai 1882 garantierten sich die drei Mächte die Unantastbarkeit ihres gesamten Territorialbesitzes. Damit war die mitteleuropäische Blockpolitik zunächst zum Abschluß gekommen, und vom deutschen Standpunkt geurteilt, war auch die bisher noch fehlende Kombination, die nach Westen hin deckte, hinzugewonnen worden. Mit Stolz durfte Bismarck einige Wochen später im Deutschen Reichstage aussprechen: „Wenn ich mir in der auswärtigen Politik ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung irgendeiner übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871." Zwischen Ost und West hatte sich ein verbündetes Mitteleuropa erhoben, weltgeschichtlich eine unerhörte Erscheinung; denn man muß bis zu dem Reiche der Sachsen-, Salier- und Stauferkaiser zurückgehen, um eine analoge Zusammenfassung der politischen Kräfte der Mitte wiederzufinden. In den neueren Jahrhunderten hatte sich die Entwicklung der großen Mächte im Westen und Osten gerade unter der Voraussetzung der Ohnmacht und Widerstandslosigkeit dieser Mittelländer vollzogen, als wenn gleichsam ein Naturzustand damit aufrechterhalten würde. Jetzt trat die europäische Staatengesellschaft in ein neues Zeitalter ein.

Freilich, im Vergleich zu der zentralen Bündnisbildung von 1879, auf der alle Gegenwart und Zukunft unserer auswärtigen Politik ruht, stellten die neuen Verträge mit Italien und Rumänien doch nur Hilfskonstruktionen dar, die wohl demselben Zwecke dienten, aber darum noch nicht denselben Eigenwert besaßen. Beide Staaten waren zu uns gekommen, weniger weil sie wollten, sondern weil sie mußten, weil sie ihre europäische Isolierung auf keinem anderen Wege überwinden konnten: der eine wollte gegen Frankreich, der andere gegen Rußland nach schweren Enttäuschungen (hier in Tunis, dort in Bessarabien) eine seine Selbständigkeit sichernde Deckung gewinnen. Beiden Staaten hatte Bismarck bedeutet, daß nur mit der deutsch-

österreich-ungarischen Interessengemeinschaft, nicht aber mit dem Deutschen Reiche allein das erstrebte Bündnis zu gewinnen sein würde. Das aber hieß für die Politiker von Rom und Bukarest, daß sie alle Irredentahoffnungen, die sie gegen Österreich-Ungarn verborgen im Herzen trugen, wohl oder übel für lange Zeit einsargen mußten; wenn sie der mitteleuropäischen Lebensversicherung teilhaftig werden wollten, mußten sie auf diesen überspannten Ehrgeiz verzichten. Das war für sie nicht leicht. Man mag darüber lächeln, daß schon der alte Bratianu, als er dem Prinzen Karl im Mai 1866 in Düsseldorf die Krone der nach innen und außen unfertigen Donaufürstentümer anbot, zugleich eine Landkarte aus der Tasche zog, auf der auch die „der Hauptsache nach von Rumänen bewohnten" Nachbarländer Siebenbürgen, Banat, Bukowina, Bessarabien dargestellt waren; der junge Hohenzoller hatte solche Pläne, die allzusehr an den geschäftsreisenden Prospektor einer zu gründenden Minengesellschaft erinnern, sofort als abenteuerlich abgewiesen, und er bot durch seine ehrenhafte Persönlichkeit alle Bürgschaften dafür, daß in Zukunft diesen Agitationen kein unzulässiger Spielraum gegeben wurde. Ernster lag die Sache in Italien. Hier war der Irredentismus eine Macht, die aus dem Einheitskampfe des jungen Königreiches ihre belebenden Kräfte zog, und selbst ihr unbedingter Gegner, ein so dreibundtreuer Staatsmann wie Crispi, wirft noch in seinen Memoiren den Irredentisten bezeichnenderweise allein vor, daß sie mit ihren Agitationen nichts anderes erreichen würden, „als ihre Lösung ins Endlose zu verschleppen". Auch in diesem Lager also nur ein Verzicht unter Vorbehalt, aber immerhin ein Verzicht.

Aber auch das war für die Mittelmächte von nicht geringer Bedeutung. Bismarck konnte jetzt erst, vermöge der beiden Anschlüsse von 1882/83, unser Bündnis mit Österreich-Ungarn so risikofrei und wertvoll gestalten, wie es auch im deutschen Interesse zu wünschen war. Wurde doch, durch die Aufnahme der neuen Bundesglieder, die italienische wie die rumänische Irre-

dentahypothek[1]) von dem Hause der Doppelmonarchie für lange Zeit heruntergeholt, und das war auch für den deutschen Partner ein Gewinn; denn es liegt in der Natur echter Bündnisse, daß sie die Verpflichtung des Mithaftenden im Ernstfalle weit über die Vertragsparagraphen hinaus ausdehnen. Es war allerdings die Frage, ob sich der vorläufig unschädlich gemachte Zündstoff für alle Zeiten aus den innern Grenzlinien des Bündnisblocks fernhalten ließ. Zunächst setzte sich die Befriedung Europas fort. Der rein defensive Charakter der von Bismarck geschaffenen Bündnisgruppierung bewährte sich auch darin, daß er eine kontinentale Reibungsfläche nach der anderen beseitigte: das deutsche Interesse fiel auf dieser ganzen Linie mit dem Frieden des Erdteils zusammen.

Man konnte sich allerdings nicht verhehlen, daß die unbedingte Selbständigkeit, die schlechthin die Voraussetzung aller Bündnistreue ist, für die beiden Kaisermächte in weit höherem Grade gesichert war als für die beiden neu hinzugetretenen, schon geographisch nur loser angefügten Außenposten. Beide, Italien wie Rumänien, standen schon infolge ihrer Lage allzusehr unter einem geopolitischen Druck von anderen Seiten, als daß die pupillarische Sicherheit ihres Handelns im Rahmen des Bündnisses, auch bei gutem Willen, unter allen Umständen festgestanden hätte. Sehen wir einmal von Rumänien ab und erwägen nur die allgemeinen Bedingungen, unter denen Italien infolge seiner geographischen Lage ein politisches Dasein führen konnte: die Halbinsel mit ihren langgedehnten Küsten und offenen Städten, ihrem Angewiesensein auf die Seezufuhr von Getreide und Kohlen war der englischen Seemacht gegenüber im Stande einer gewissen „natürlichen" Abhängigkeit. Der Zutritt Italiens zum Dreibunde hatte sich daher — infolge der ägyptischen

[1]) Für die Denkweise Bismarcks ist es bezeichnend, daß er wenige Wochen nach dem Abschluß mit Rumänien in einem Privatgespräch äußerte, daß er Rumänien für eine Gefahr für Österreich halte, und es einen groben politischen Fehler nannte, daß Österreich einst der Vereinigung von Moldau und Walachei zugestimmt habe.

Frage — unter englischer Zustimmung vollzogen; aber auch hinsichtlich seines zukünftigen Verhaltens standen die italienische Bündnisintimität und die Dreibundbeziehungen zu England dauernd in einem gewissen korrespondierenden Verhältnis. Schließlich ist zu erwägen, daß das positive Gemeinschaftsinteresse für die neuen Glieder zunächst noch nicht schwer ins Gewicht fiel, sondern eher im weiteren Verlaufe erst herausgebildet werden sollte. Kein anderer als Crispi hat über die ersten Jahre der italienischen Zugehörigkeit zum Dreibunde geurteilt: „Die schriftlichen Abmachungen blieben für den Tag liegen, an dem sie auf die große Probe gestellt werden sollten; aber das Land blieb in der Beschützung seiner eigenen Interessen auf sich selbst angewiesen. Erst in der zweiten Bündnisperiode (seit dem 20. Februar 1887) erwachte das Vertrauen." Aus allem ergibt sich der Eindruck, daß das Maß des Relativen in den neuen Verträgen zunächst viel höher anzusetzen war als in dem Werke von 1879. Wenn Bismarck es später unterließ, den Bündnissen von 1882/83 ein Wort in den „Gedanken und Erinnerungen" zu widmen, so mochte darin eine vielleicht nicht zufällige Andeutung liegen, daß er in der Verstärkung zum Dreibunde, die auch neue Rücksichten und selbst Momente der Unsicherheit mit sich brachte, ein ewiges Stück seines politischen Vermächtnisses gleich dem deutsch-österreichischen Bunde doch nicht erblickte.

Damit beantwortet sich die Frage, welche allgemeinen Folgerungen wir aus dieser Politik ziehen dürfen. Die Umrisse eines Mitteleuropas: ein fester Kern und losere Außenglieder, scheinen in dieser Staatskunst aufzutauchen. Darf man deswegen aber von einem mitteleuropäischen System Bismarcks reden? Wohl kaum. Es war ja nicht ein in allen seinen Teilen unveränderliches, vor allem nicht ein in allen seinen Teilen gleichwertiges Gebilde — und es stand inmitten einer Welt, in der die übrigen Mächte nicht einen festen Platz wie in der Ordnung eines Systems einnahmen, sondern im steten Flusse des Sichanziehens und Sichabstoßens begriffen waren. Schon aus diesem Grunde würde

Bismarck, der einer systematischen Durchbildung eines politischen Gedankens von Natur innerlichst widerstrebte, es jederzeit abgelehnt haben, sich auf seine eigene Schöpfung grundsätzlich festzulegen. Wie die militärische Strategie immer nur nach dem bekannten Worte ein „System von Aushilfen" bleibt, so arbeitet auch die politische Strategie Bismarcks mit einem System von Aushilfen, deren problematische Bestandteile er nie aus den Augen verlor. In einem so flüssigen Element, wie die auswärtige Politik es darstellt, hätte er gefürchtet, durch starre Handhabung unveränderlicher Formeln die souveräne Freiheit des Handelns einzubüßen. Die Politik war für ihn, wie er gern betonte, keine Wissenschaft, sondern eine Kunst, so unerschöpflich und möglichkeitenreich wie das Leben selber. So sehr er durch die seit 1871 drohenden dauernden und natürlichen Gefahren zu einer prinzipiellen Sicherstellung genötigt worden war, so war der Führer eines starken Mitteleuropas doch jeden Augenblick, wenn die Gefahr wenigstens auf einer Seite wieder nachließ, bereit, einen Teil seiner Sicherungen wieder umzuschalten, — zumal wenn neue Aufgaben an das seiner Führung anvertraute Reich herantraten.

4. Die Mitteleuropapolitik Bismarcks und der russisch-englische Weltgegensatz (1884—1890)

Das Werk der Sicherung des Reiches war mit dem Abschluß des Dreibundes erreicht. Seitdem sich auch die englische Politik, nach ihrer Festsetzung in Ägypten, auf das Wohlwollen des Dreibundes angewiesen sah, stand Bismarck auf der Höhe seiner Autorität. Nach der Art, wie er diese Macht nutzte, läßt sich das innerste Wesen seiner Politik beurteilen.

Im Besitz eines persönlichen Einflusses, den man als eine Art von diplomatischer Hegemonie bezeichnen kann und mit

der Machtfülle Napoleons verglichen hat[1]), hat der Führer Mitteleuropas sich zu keiner Hegemoniepolitik verführen lassen; es geschah nichts, was nach Vergewaltigung eines Nachbarn, nach Ehrkränkung eines Kleinen, nach Änderung der bestehenden Grenzen ausgesehen, kurzum, was an die Zeiten Ludwigs XIV. oder Napoleons I. erinnert hätte. Die starke Mitte erprobte sich als Wächter des europäischen Friedens. Selbst nach den beiden Seiten hin, gegen deren latente Gefahrenmöglichkeit Bismarck diese Machtgruppierung zusammengebracht hatte, verwendete er sie nichts weniger als offensiv. Vielmehr enthielt er sich als Führer des Dreibundes selbst des Scheins einer Herausforderung der russischen Macht; er lieferte statt dessen den großen Beweis für den defensiven Grundzug der Wendung von 1879, daß er gerade von seiner verstärkten Position aus das alte friedliche, an sich durch keine Reibungsflächen gestörte Verhältnis zu Rußland wiederherzustellen bemüht war. Es gelang ihm, sogar den Zaren Alexander III., dessen Persönlichkeit dem neuen Nationalismus der Panslawisten innerlich wesentlich näherstand, für seine Absichten zu gewinnen. So brachte er am 21. März 1884 einen Vertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland zustande, in dem die drei Mächte sich für den Zeitraum von drei Jahren für den Fall eines Angriffs seitens einer anderen Macht wohlwollende Neutralität zusagten. Der dadurch hergestellte Zustand mochte äußerlich an das Dreikaiserverhältnis von 1872 erinnern, zumal da im September 1884 eine Begegnung der drei Kaiser zu Skiernewice das Werk der Diplomatie zu besiegeln schien; aber man darf trotz der offiziösen Aufmachung des Vertrages nicht außer acht lassen, daß er formell und praktisch doch etwas anderes darstellte. Einmal fuhren die beiden Mittelmächte fort, innerhalb dieser lockeren Freundschaftsvereinigung ihren engeren Bund und damit den eigentlichen Schwerpunkt zu behaupten; namentlich den enttäuschten Franzosen

[1]) „Napoleon at the height of his greatness had hardly been more powerful.“ Lord Fitzmaurice a. a. O. 2, 20.

kam es wie ein seltsamer Widerspruch vor, daß die Mittelmächte sich mit dem dritten Partner wiederzusammenfanden, gegen dessen Angriff sie sich wechselseitig Hilfe zugesagt hatten und weiterhin zusagten. Vor allem aber handelte es sich nur um einen Vertrag von sachlich begrenzter Wirksamkeit und zeitlich eng begrenzter Dauer, der nur eine Einleitung, nicht aber einen Abschluß in sich bedeuten konnte. Es blieb fraglich, ob der Russe wirklich auf seine alten Wege verzichten, oder ob er nicht vielmehr, in dem periodischen Wechsel der Angriffsfronten seines Riesenreichs, — in einem Augenblick, wo er zu einem Revanchevorstoß gegen England in Mittelasien, bis an die Tore Indiens heran, ausholte — für eine gewisse Frist eine Rückendeckung sich sichern wollte, wenn auch um den Preis einer Bindung, die auf der Hand lag. Eine Staatskunst, die warten kann, wird immer die Zeit für sich arbeiten lassen, ohne ihr eigentliches Ziel aus den Augen zu verlieren.

Immerhin, die Stellung Deutschlands unter den Mächten war fürs erste diplomatisch fast unangreifbar geworden. Aber auch diese erhöhte Sicherheit war Bismarck weit entfernt irgendwie zu mißbrauchen, insbesondere vermied er peinlich, etwa die isolierten Franzosen die Kehrseite der starken um Deutschland versammelten Mächtegruppierung empfinden zu lassen. Das rückhaltlose Entgegenkommen, mit dem er gerade in diesen Jahren die Kolonialpolitik Jules Ferrys förderte und ein weltpolitisches Zusammenarbeiten ermöglichte[1]), beweist unwiderleglich das Maßhalten einer Staatskunst, der gerade durch ihre Mittelstellung ein höheres Maß von Verantwortlichkeit als anderen auferlegt war: dieses Gesetz unseres Daseins hat Bismarck niemals aus den Augen gelassen. So kam es zu der kurz-

[1]) Die Klagen der feindlichen Kriegspublizistik über die unerträgliche Demütigung, der Frankreich seit 1871 von einem übermütigen Sieger angeblich ausgesetzt gewesen sei, zerfallen dadurch in nichts, daß gerade in den Höhejahren deutscher „Hegemonie" — in denen Pariser Blätter ein deutsches Bündnis einem englischen vorzuziehen wagen durften! — ein so weitgehendes Verständnis möglich war.

lebigen Episode der deutsch-französischen Entspannung von 1884/85, in der es vorübergehend den Anschein gewann, als ob die Wunde doch noch vernarben und eine dauernde Befriedung Europas erzielt werden könne.

Für sich selbst aber entschloß sich die deutsche Politik ihre Führerstellung dadurch zu nutzen, daß sie sich zum ersten Male an der kolonialen Aufschließung der noch unverteilten Welt beteiligte. Es war ja nicht die Frage, ob man sich beteiligen wollte: man mußte. Das Volk, das nicht gleich den meisten Mächten über eine naturgegebene geographische Ausdehnungsfront zu Lande oder über See verfügte, konnte sich um seiner Zukunft willen aus einer Bewegung nicht heraushalten, die damals zu einer überstürzten Erschließung und Aufteilung Afrikas führte und selbst dem geschäftsgewandten König der Belgier ein Zukunftsreich von mächtigem Umfang zu seinem kleinen Staate in den Schoß warf. Die Deutschen traten nur als letzte zagend an einen Tisch, an dem alle lockenden Glücksgüter schon vergeben waren, und sie mußten sich bescheiden, nur noch einzelne zerstreute und fürs erste geringwertige herrenlose Objekte in Anspruch zu nehmen. Aber so zweifelhaft zunächst auch der wirtschaftliche Wert und so unsicher die Zukunft dieses ersten kolonialen Experimentes war, so war fortan nicht nur eine neue sachliche Aufgabe für die deutsche Auslandspolitik gestellt, sondern diese selbst trat mit dem ganzen Gefüge ihrer Positionen in ein verändertes Zeitalter ein.

Bismarck selbst ist es gewesen, der die ausschließliche Kontinentalpolitik verlassen hat und mit dieser Wendung von 1884/85 — dem schärfsten Einschnitt in seine Auslandspolitik seit der Reichsgründung — einer ganz neuen Problemstellung sich gegenüber sah. Dessen war auch er sich bewußt, daß die Fortsetzung seiner auf die bloße Erhaltung des Status quo gerichteten Politik mit Hilfe des mitteleuropäischen Bündnisblocks sich einer absoluten Lebensversicherung zu erfreuen haben würde; und nicht minder, daß jede überseeische Erweiterung des deutschen

Programms eine einschneidende, vielleicht sogar wesensverändernde Rückwirkung auf seine gesamte Politik haben mußte. Auch das Leben der Staaten, wie das des einzelnen, ist ein Ringen mit immer neuen Aufgaben, denen der Schwache aus dem Wege geht, die der Starke auf sich nimmt, um sie zu bemeistern. Der Glaube, den ein gesundes und strebendes Volk an den besonderen Wert der von ihm erzeugten geistigen und sittlichen Werte hegt, verbündet sich mit der bewußten Auswirkung vorhandenen Kraftgefühls und mit der Notwendigkeit, hinter den anderen nicht zurückzubleiben. Nicht als kolonialer Enthusiast, sondern aus dem natürlichen Lebensgefühl des Staatsmannes, der sich mit dem ihm anvertrauten Staatskörper eins weiß, ist Bismarck an die unvermeidliche Aufgabe herangetreten.

Das erste neue Problem war das Verhältnis zu England, das zweite, aus dem ersten sofort herausspringend, die Frage seiner Rückwirkung auf die Gestaltung aller anderen Beziehungen. Die Erwerbung der Kolonien selbst hatte sich unter geschickter Ausnutzung einer einzigartigen Weltlage vollzogen, in der das flottenlose und kolonialunerfahrene Deutschland mit dem ganzen Schwergewicht seiner guten Beziehungen nach allen Seiten operieren konnte, während die große See- und Kolonialmacht isoliert, wie mit gebundenen Händen, in der weltpolitischen Zwickmühle zwischen den Russen in Herat und dem französischen Protest wegen Ägypten, einem überlegenen Gegenspieler sich fügen mußte; nur darum fanden die Engländer sich darin, daß der Deutsche sich in gewissen Gebieten festsetzte, die die Herren der Welt bisher mit herkömmlicher Selbstverständlichkeit als ihre ungestörte Zukunftssphäre betrachtet hatten. Aber nach der Erwerbung der Kolonien begann erst für die Deutschen die eigentliche Aufgabe: die Behauptung und der Ausbau, und auch dafür standen Bismarck zunächst nur die bisherigen indirekten Mittel der diplomatischen Dynamik von der kontinentalen Grundlage aus zu Gebote, um das Verhältnis zu England in der einen oder anderen Form sicherzustellen.

Ein neues Element, bisher nur von sekundärer Bedeutung, war jetzt bestimmender in den Kreis seiner politischen Berechnungen eingetreten. Man erinnert sich des bekannten Gespräches in Goethes „Wahlverwandtschaften", wie auch die unauflöslich scheinende Verbindung zweier Wesen durch gelegentliche Zugesellung eines dritten Wesens aufgehoben wird, wie durch ein viertes wieder neue Verbindungen geschaffen werden und nun unter allen ein Fahrenlassen und Ergreifen, ein Fliehen und ein Suchen einsetzt. Das chemische Beispiel gilt nicht nur für die Seelen einzelner Menschen, sondern vollends für die verborgenen Kräfte, die das Sichanziehen und Sichabstoßen der großen Mächte lenken. Wenn beispielsweise die deutsche Verbindung mit Italien sich unter einer gewissen Mitwirkung Englands und in der Voraussetzung unserer ungestörten Beziehungen zu England angebahnt hatte, so konnten auch die Rückwirkungen nicht ausbleiben, wenn jene Voraussetzung sich änderte. Viel schwerer wog noch, daß England in einem vom nahen bis zum fernen Orient reichenden Weltgegensatz zu Rußland stand, in dem es im Frühjahr 1885 hart an einem Konflikt vorbeisteuerte; also mußte durch eine Auseinandersetzung mit England auch das deutsche Verhältnis zu Rußland, das bisher schon nur mit gewiegter Kunst zu meistern war, noch weiter kompliziert werden. Hier begann sich ein neues Dreieck der Weltbeziehungen zu entwickeln, das sich quer durch die kontinentalen Gegensätze schob und sie wesentlich berühren mußte. So mußten die Probleme der deutschen Auslandspolitik, die sich fortan nicht mehr so sicher um einen beherrschenden Mittelpunkt gruppieren ließen, sich weit mehr als zuvor verwickeln. Bismarck konnte die Lösung des neuen Gegensatzes nicht wie den früheren durch Option nach der einen oder anderen Seite herbeiführen, zumal da er seine bisherige Mächtegruppierung nicht stören durfte. So erscheint seine Politik seit 1885, deren inneren Kern allein wir hier zu analysieren haben, der landläufigen Meinung wohl allzusehr als eine geradlinige Fortführung seiner bisherigen Methoden unter wol-

kenlosem Himmel; in Wahrheit gleichen ihre verschlungenen Wege bei höchst unsichtigem Wetter vielmehr der Übergangsperiode nach 1875, bevor sich der endgültig einzuhaltende Kurs herausgearbeitet hatte. Nur daß in diesem Falle eine eindeutige Lösung des Problems, wenn sie überhaupt zu finden war, eine geradlinige Feststellung des Kurses, wenn sie von Bismarck überhaupt erstrebt wurde, doch im Augenblick des Rücktritts von seinen Ämtern noch nicht von ihm erreicht war. Er hat sich auch über die Gesamtheit dieser Fragen, die damals noch im Flusse blieben, nicht mehr im Zusammenhange ausgesprochen. Nur aus seinen Handlungen selbst und gelegentlichen Äußerungen läßt sich sein eigentlicher Kurs erschließen. Wir versuchen, die Elemente seiner politischen Denkweise in diesen Jahren zunächst gesondert zu entwickeln und zum Schluß eine Synthese folgen zu lassen.

Als Bismarck nach der starken Spannung mit England, die von den ersten kolonialen Bemühungen des Deutschen Reiches hervorgerufen war, an eine Neuregelung des Verhältnisses ging, ließ er durch seinen Sohn Herbert, den er als persönlichen Friedensboten über den Kanal sandte, dem Premierminister Mr. Gladstone den folgenden Gedankengang entwickeln[1]):

„Wir sind die jüngste der Großmächte, und wir wünschen diejenige Art von kolonialer Betätigung, welche einer Großmacht zusteht. Aber wir denken es nur in sehr kleinem und bescheidenem Umfange (in a very small and humble manner) zu tun, und wir geben Euch, indem wir es tun, den stärksten Beweis des Vertrauens auf die künftige Freundschaft der beiden Länder. Denn wir wissen, daß, wenn eine Kontinentalmacht unsere kleinen Kolonien angreifen sollte, wir zur Vergeltung in ihr Gebiet einfallen könnten. Aber wir wissen auch,

[1]) Nach dem Schreiben Gladstones an Granville vom 5./6. März 1885 bei Lord Fitzmaurice a. a. O. 2, 421. Die hier in Übersetzung wiedergegebene mündliche Darlegung Herbert Bismarcks beruhte natürlich auf der Instruktion des Reichskanzlers.

daß Ihr unsere Kolonien mit Erfolg angreifen könnt, und daß wir an Euch nicht zur Vergeltung herankommen können, weil Ihr Herren der See seid."

Der kühle Blick des Reichskanzlers für die Realitäten der Macht bewährte sich auch hier: er wußte, daß der Besitz der England abgenötigten Kolonien ihn an England band. Wenn er in den nächsten Jahren gern wiederholte, daß er kein „Kolonialmensch" sei, so deutete er damit an, daß die kolonialen Objekte an sich nicht ausschlaggebend für die zentralen Fragen seiner Auslandspolitik sein könnten. Schon im Kabinett Gladstone-Granville war gelegentlich wohl ein Zweifel aufgetaucht, ob es dem Reichskanzler eigentlich mehr auf den Erwerb der Kolonien selbst oder auf eine Überlassung Helgolands ankomme — denn diese Anregung hatte er den überraschten Engländern mitten in den Verhandlungen in die Ohren flüstern lassen[1]): man war drüben nicht ganz klar, wo der Hebel und wo die zu bewegende Masse zu suchen sei. Der Nachfolger Gladstones, der konservative Marquis of Salisbury, der mit geringen Unterbrechungen von 1885 bis 1900 die auswärtige Politik leitete, glaubte sich bald zu überzeugen, daß Bismarck mit seiner ohne Flottenbau betriebenen Kolonialpolitik nicht etwa auf einen Konflikt mit England hinauswolle, sondern im stillen ein umgekehrtes Oberziel verfolge: auch England an den Dreibund heranzuholen und die bei dem Systemwechsel von 1880 zu Boden gefallenen Fäden wiederaufzunehmen[2]). Und wenigstens ein freundschaftliches Einverständnis mit Deutschland aufzusuchen,

[1]) Über die Vorgeschichte unterrichtet die Arbeit meines Schülers M. von Hagen, Geschichte und Bedeutung des Helgolandvertrages. München 1916.

[2]) Das wird offen in dem unterrichteten Nachrufartikel über Lord Salisbury in der „Quarterly Review" (Oktober 1902) ausgesprochen: „Prince Bismarck's idea had never been to quarrel irretrievably with Great Britain. His object in aggravating the difficulties brought upon her by the Egyptian campaign and the hostile activity of Russia in Central Asia was really to force her into closer relations with the Triple Alliance."

war Salisbury wohl bereit — vor allem weil Frankreich in der ägyptischen Frage doch nicht mit sich reden ließ, sondern immer deutlicher auf ein russisches Bündnis zusteuerte. So entstand eine sachlich begrenzte „Entente", die auf der einen Seite den Engländern ihre Stellung in Ägypten garantierte und auf der anderen Seite in Berlin wohl als „Kolonialehe" bezeichnet wurde: sie bedeutete eine moralische Verlängerung des Dreibundes über den Kanal hinüber und war in diesem Sinne dem immer unsicheren Italien gegenüber bei der Erneuerung des Dreibundes wirksam[1]). Es war die Frage, ob die vorsichtige Diplomatie Salisburys, die zunächst einmal die peinliche Isolierung Englands zu überwinden trachtete, auch noch zu weitergehenden Verpflichtungen zu bringen war.

Ebendarum mußte es die englische Politik begrüßen, als — wohl nicht ohne ihre heimliche Ermunterung — im Herbst 1885 die bulgarische Revolution die schlafenden Gegensätze in der orientalischen Frage wiedererweckte, und dadurch vor allem Rußland von der mittelasiatischen Diversion wieder in seine nächste historische Ausdehnungsrichtung zurückgeworfen wurde. Von diesem Punkte aus begannen die scheinbar konsolidierten Beziehungen der großen Mächte wieder in einen flüssigeren Aggregatzustand überzutreten. Was für England mehr Luft bedeutete, mußte die freie Hand der deutschen Politik wieder stärker einengen. Denn nunmehr begann die im Neutralitätsvertrage von 1884 erfolgte Verknüpfung der Dreikaisermächte sich wieder aufzulockern, weil der russische und österreich-ungarische Orientgegensatz von neuem in Bewegung geriet. Damit aber wurde es für Bismarck schwerer, seine diplomatische Hegemoniestellung zu behaupten, und nur mit einer vorsichtigen Zurückhaltung, die lebhaft an die Jahre 1876/77 erinnert, konnte er hoffen, in der neuen Krisis der Meister zu bleiben. Jedenfalls war er entschlossen, sich in

[1]) Indem England die Erhaltung des Status quo im Mittelmeer bei einem französischen Seeangriff versprach. Den Abschluß einer Militärkonvention mit Italien lehnte Salisbury aber ab.

der Orientpolitik, vor allem in Bulgarien, das er seit dem Berliner Kongreß als eine wohlerworbene Interessensphäre der Russen bewertete, sich von dem österreichischen Bundesgenossen nicht über die Linie des deutschen Interesses hinaus mitziehen zu lassen, geschweige denn den heftiger drängenden Engländern zuliebe sich mit Rußland endgültig zu überwerfen. Er handelte so, einmal um Rußland nicht vollends in die offenen Arme Frankreichs zu treiben, was zu verhindern von jeher der Grundsatz seiner Politik war. Aber noch aus einem weiteren Grunde: weil er klar erkannte, daß ein mit Rußland überworfenes Deutschland auch für die englische Politik sehr viel leichter wog *und danach behandelt werden* würde, als wenn es sich die Verfügung über den Draht nach Petersburg nicht verscherzte[1]. In seiner Zwischenstellung zwischen Rußland und England wollte er daher nicht unnötig durch vorzeitige Option das eigene Spiel schwächen: dieser Alternative gegenüber galt es für ihn, nicht auf die freie Hand zu verzichten, um sie dem selbst danach begierigen Engländer zu überlassen.

Um so mehr, als der kurzlebige Traum der französischen Entspannungsära längst wieder verflogen war. Schon unter der Nachwirkung der deutsch-englischen Spannung war Jules Ferry im März 1885 gestürzt worden. Sobald auch nur die Möglichkeit einer erneuten russisch-deutschen Verstimmung über Bulgarien sich am Horizonte zeigte, regte sich in Paris vollends das

[1]) Zu Bismarcks Benrteilung des Verhältnisses zu Rußland nnd England seien einige Äußerungen aus verschiedenen Jahren zusammengestellt. Dezember 1883: „England hat ein Interesse daran, daß wir mit Rußland in schlechten Beziehnngen nnd gelegentlich im Kriege stehen." Mai 1884: „Meine Besprechung mit dem Prinzen von Wales hinterließ mir den Eindruck, daß die englische Politik sich zur Aufgabe gestellt hat, uns gegen Rußland zu engagieren." Dezember 1885: „Wir würden unsere Fühlung mit England sehr leicht in eine intime verwandeln können, wenn wir, was nicht unsere Absicht ist, unsere russische Freundschaft der englischen opfern wollten. England hat von Rußland immer mehr zu fürchten als zu hoffen; aber in Verbindung mit Österreich nnd Italien könnten wir ihm eine starke Deckung gewähren, wenn Rußland ihm die Freundschaft kündigte."

in der Person des Abenteurers Boulanger verkörperte Revanchegefühl und drängte stürmisch auf das russische Bündnis los. Während es in früheren Jahren in Rußland einzelnen militärischen Heißspornen wie Skobelew überlassen blieb, die französischen Revanchehoffnungen herausfordernd zu pflegen, begannen jetzt auch die amtlichen Kreise in einem wohlberechneten Austausch von Liebenswürdigkeiten sich dieser Karte offen zu bedienen. Im Februar 1887 erklärte ein von der Regierung benutztes halbamtliches Organ: Rußland werde jetzt die Orientfrage an die zweite Stelle rücken und die Vorgänge am Rhein überwachen; sein eigener Vorteil verbiete ihm, einem möglichen deutsch-französischen Kriege mit der gleichen wohlwollenden Unparteilichkeit wie im Jahre 1870 zuzusehen[1]). Mit Überlegung goß man Öl in das Feuer der französischen Leidenschaften. So erhob sich die Gefahr des russisch-französischen Zweiflankendrucks, der gegenüber Bismarck seit dem Jahre 1871 auf der Mensur stand, die eigentliche Lebensgefahr für die Sicherheit des Deutschen Reichs, drohender als je zuvor am Horizonte.

In seiner Abwehr dagegen hat Bismarck in diesen Jahren eine ersichtlich doppelpolige Politik verfolgt. Er setzte einmal die mitteleuropäische Konzentration mit Bewußtsein und Nachdruck fort. „Er will den Frieden", so notierte Crispi bei seinem Besuch in Friedrichsruh im Oktober 1887, „und stellt mit Bedauern fest, daß zwei Mächte, Rußland und Frankreich, ihn stören wollen." Nachdem er im Februar 1887 den Dreibundvertrag mit Italien (das dabei eine englische Mittelmeerdeckung erhielt) erneuert hatte, verstärkte er ihn durch eine deutsch-italienische Militärkonvention im November 1887. Gleichzeitig stand er, ohne die deutsche Politik selber zu verpflichten, Pate bei einem österreichisch-italienisch-englischen Abkommen über die

[1]) Die Nachricht von Graf Richard Pfeil, Neun Jahr in russischen Diensten unter Alexander III., S. 199, daß daraufhin Frankreich schon ein Bündnis angeboten habe, aber auf Ablehnung gestoßen sei, läßt sich für mich nicht kontrollieren.

Aufrechterhaltung des Status quo im Orient, und er gab Crispi wohl zu verstehen, daß Deutschland für den Fall einer Friedensstörung von der Gegenseite „die Nachhut seiner Verbündeten bilden" würde. Wie immer, wenn die russische Sorge sein Gemüt ernster verdüsterte, blitzte auch die Zukunft Polens und die Notwendigkeit, im Kriegsfalle mit österreichischer Hilfe den Polnischen Staat wiedererstehen zu lassen, in seinem Geiste auf[1]). Schließlich machte er in diesen Jahren wiederholt den Versuch, den Dreibund auch nach der englischen Seite hin, deren Mitwirkung bis zu einem gewissen Grade herbeizuführen ihm gelungen war, durch festere Abmachungen zu ergänzen und damit weltpolitisch recht eigentlich sicherzustellen. Wie er es wohl auszudrücken liebte, war es „Englands Pflicht, einen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen, um Europa den Frieden zu sichern" [2]). In diesem Sinne wird er auch in seinem persönlichen Briefwechsel mit Salisbury gesprochen haben; er setzte ihm auseinander, daß Österreich und England die Mächte seien, auf deren Bundesgenossenschaft Deutschland in erster Linie durch Lage und Interessen hingewiesen sei (Spätherbst 1887). Aber in der ausweichenden Antwort des Engländers, der seine freie Hand keineswegs aufgeben wollte, konnte er nur eine Ablehnung erblicken. Salisbury unterschied auch weiterhin „zwischen der Notwendigkeit, die Festigkeit des Dreibundes sicherzustellen und ein verpflichtetes Mitglied des Dreibundes zu werden [3])."

Um so weniger konnte Bismarck es verantworten, auf die freie Hand nach der England entgegengesetzten Seite hin völlig zu verzichten. Er sah sich vielmehr genötigt, gleichzeitig mit seiner Arbeit an der verstärkten Konstruktion seiner Bündnisse, die russische Angriffslust auch durch freundschaftliche Auskunfts-

---

[1]) Nähere Belege siehe unten in dem Abschnitt Polen.

[2]) Zu dem Botschafter Sir E. Malet am 1. Februar 1887. Bei Crispi a. a. O. S. 171.

[3]) Quarterly Review 1902, Oktober, S. 663. Vgl. Billot, La France et l'Italie 62 f. Chiala, Pagine di storia contemporanea S. 484.

mittel im Zaume zu halten. Da das Neutralitätsabkommen von 1884 schon vor seinem Ablauf (März 1887) gegenstandslos geworden war und jedenfalls in dieser Form zu Dreien nicht mehr erneuert werden konnte, so entschloß sich Bismarck, wenigstens einen Rest der in ihm enthaltenen Friedensversicherung zu retten, indem er zwischen Deutschland und Rußland allein eine analoge Verpflichtung, zunächst wiederum für den Zeitraum von drei Jahren, begründete.

So gelangte er zu dem Rückversicherungsvertrage von 1887, der nach seiner späteren Aufdeckung bei Unkundigen fast den Anschein erwecken konnte, als habe Bismarck eine gewisse Umbiegung seiner Bündnispolitik angebahnt, deren unverrückbaren Grundstein er doch bald darauf durch die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages am 3. Februar 1888 vor aller Welt enthüllte. Es kommt aber darauf an, ob man in der russischen Rückversicherung eine wirkliche Kursänderung[1]), die ja einer Verleugnung seines Lebenswerkes gleichgekommen wäre, oder nicht vielmehr, wie eine eindringende Untersuchung ergibt, einen Notbehelf auf Zeit und mit Hintergedanken, eine taktische Riegelstellung erblickt, mit deren Hilfe Bismarck die Führung der Dinge fest in der Hand zu behalten trachtete.

Er erkaufte seinen Zweck allerdings durch Mittel, wie sie vielleicht nur ihm, dem Meister der Erfahrung, erlaubt waren. Denn er mußte das Abkommen sogar vor seinem österreichischen Bundesgenossen geheimhalten; wenn sein Inhalt auch materiell den Bundesvertrag nicht schädigen konnte, so wurde doch formell die Bundestreue einer gewissen Belastung ausgesetzt; will man es aber vom Standpunkt der politischen Moral kritisieren, so darf man nicht vergessen, daß auch dieses Mittel einem Endziel diente, das auf der Linie der seit 1879 verfolgten Politik lag. Was Bismarck durchsetzte, war nichts Geringeres,

[1]) Die starken Worte, die z. B. Fürst Hohenlohe aus dem Munde Caprivis, Miquels u. a. m. über den Vertrag berichtet, berühren darum noch längst nicht den Kern der von Bismarck verfolgten Absichten.

als daß er die amtlichen russischen Kreise noch einmal für drei Jahre von dem Abmarsch zu den Franzosen fernhielt. Die Gegengaben, mit denen er diese Zusicherung erkaufte, lagen auf dem Gebiete der Orientpolitik. Wenn er den Russen die freie Hand in der bulgarischen Angelegenheit zusicherte, so entsprach das nur der Auffassung, die er in den letzten Jahren amtlich stets vertreten und gegen ein heftiges Andrängen — von den Parteien im Innern wie seitens des Bundesgenossen — siegreich behauptet hatte. Aber er war bereit, noch darüber hinauszugehen — ob schon in dem Abkommen von 1887 oder erst bei seiner im Jahre 1890 geplanten Erneuerung, steht dahin — und die den Russen zugestandene Interessensphäre bis nach Konstantinopel auszudehnen.

Diese äußerste der Konzessionen Bismarcks wirkt so überraschend, daß man an dieser Stelle heute den entscheidenden Drehpunkt vom alten zum neuen Kurse sehen möchte. Vielleicht aber liegt der Gegensatz nicht ganz so tief und unauflöslich, wie es scheint. Man sage zunächst nicht, daß Bismarcks Augen die an die Zukunft Konstantinopels geknüpften weltpolitischen Möglichkeiten noch gar nicht gesehen hätten. Er war sich vielmehr klar darüber, was das Osmanische Reich, „die Brücke nach Asien und Afrika", im Weltzusammenhang zu bedeuten habe, und übersah die Folgen, wenn der Russe diese Brücke allein betreten würde. Zu Beginn der achtziger Jahre hat er einmal dem französischen Botschafter Grafen St. Vallier, mit überraschender Aufrollung einer weltgeschichtlichen Perspektive, zu verstehen gegeben, daß nach erfolgter Auslieferung des Orients an Rußland und England „der Kampf zwischen Deutschland und Frankreich für die Kultur- und Machtfragen der Erde keine Bedeutung mehr haben würde": dieses Problem sei von „einer Weltbedeutung, neben welcher der Streit um Elsaß-Lothringen zur geringfügigen Winzigkeit zusammenschrumpfe"[1]). Dieses

[1]) Mitgeteilt in „Bismarck, Zwölf Jahre deutscher Politik", 1871—1883, S. 274f.

— zu den Franzosen von damals und heute vergeblich gesprochene — Wort sollte man heute nicht vergessen, nachdem Deutschland sich gegen diese Auslieferung des Orients an Rußland und England im Weltkriege erhoben hat.

Bismarck war allerdings der Meinung, daß dieses weltgeschichtliche Interesse noch nicht in erster Linie ein deutsches sei, und darum auch seine Verfechtung in erster Linie anderen Mächten zustehe. Wenn er die deutsche Politik nicht für berufen hielt, sich einem russischen Vorstoß nach Konstantinopel in den Weg zu werfen, so geschah es nicht, weil er eine russische Festsetzung dort für wünschenswert hielt, sondern weil er damit rechnete, daß andere Mächte einen solchen Versuch verhindern oder rückgängig machen würden. Er hatte sich überzeugt und gab es auch seinen Bundesgenossen zu verstehen, daß ein nach Konstantinopel vorstoßendes Rußland sich militärisch und diplomatisch allzu weit vorwagen und seine Flanke einem Angriff von verschiedenen Seiten aussetzen würde[1]. Um so eher hielt er es — in einer von machiavellistischen Zügen nicht freien Rechnung — für erlaubt, den Russen seinerseits die Uninteressiertheit der deutschen Politik in der Dardanellenfrage, in der sie seit 1878 auf eine starke englische Abneigung gegen jedes Entgegenkommen stießen[2], schriftlich zu geben: was der

[1] So im November 1886 (anscheinend zu den Österreichern): „Sei es wirklich gute österreichische Politik, Rußland auf dem Wege nach Konstantinopel vorzeitig aufzuhalten? Selbst wenn Österreich in der Tat ein Interesse daran habe, daß Rußland Stambul nicht besitze, werde es nicht doch politisch nützlich sein, dasselbe einstweilen in Abrede zu stellen? Aufgabe Österreichs wird es sein, die Russen in der Richtung von Stambul zu ermutigen und dann erst zu deployieren. Durch Einmarsch in Bulgarien werde Rußland erst für Österreich angreifbar; wenn der Russe schon in Bulgarien stehe, habe man ihn dort in der Schere. Rußlands militärische Stellung würde schwächer werden; wir und Österreich würden im Falle eines Krieges besser stehen, wenn Rußland auch die Dardanellen zu verteidigen hätte und mit einem Fuße am Bosporus stände." Ähnlich zu Crispi im Oktober 1887: „Es mache wenig aus, ob die Russen nach Konstantinopel gingen. Rußland würde sich mit dieser Eroberung schwächen."

[2] Goriainow, Le Bosphore et les Dardanelles (Paris 1910), S. 383f.

Russe dort unternahm, tat er auf seine eigene europäische Gefahr. Noch als er aus dem Amte geschieden war und der Rückversicherungsvertrag längst der Geschichte angehörte, hat Bismarck in dem mehr für die Russen als für die Deutschen geschriebenen bekannten Kapitel seiner „Gedanken und Erinnerungen" diese Politik von 1887/90 in der Form von Ratschlägen und Betrachtungen fortzusetzen versucht.

Der Rückversicherungsvertrag war jedoch nicht allein auf die Haltung der russischen Politik, sondern auch auf die Entschließungen Englands berechnet. Bismarck war bisher in seinen Versuchen gescheitert, auch England an den Dreibund heranzuholen: wenn er sein Ziel erreichen wollte, meinte der Menschenkenner in dem Zwang einer weltpolitischen Konstellation ein wirksameres Mittel zu finden als in der freundschaftlichen Überredung. Wenn die deutsche Politik so weit ging, dem Russen zuliebe ihre Hand von den Dardanellen abzuziehen, hatte sie für ihren Endzweck andere Karten zur Verfügung, als wenn sie sich vorher mit Rußland überwarf[1]). In dem russisch-englischen Weltgegensatz suchte die mitteleuropäische Politik Bismarcks einen nach beiden Seiten hin unabhängigen Standpunkt zu gewinnen. So paradox es klingt, der Rückversicherungsvertrag ist nicht nur ein Versuch, den Draht nach Petersburg wiederanzuknüpfen: er gehört zugleich in die Reihe der Anläufe, mit indirekten Mitteln auf

[1]) Dazu die Bemerkungen Bismarcks zu dem Botschafter Sir E. Malet (bei Crispi 171) am 1. Februar 1887: „Wenn England sich weigerte, und wenn alle Versuche, es zu bestimmen, einen Teil der Gefahr nnd der Verantwortung, die anf jeder europäischen Macht ruhten, auf sich zu nehmen, mißlängen, so würden sich die in Betracht kommenden Mächte gezwungen sehen, wo anders Fühlung zu nehmen ... Zum Beispiel könnte ich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich mit großer Leichtigkeit frenndlicher gestalten, wenn ich dem unaufhörlichen Drängen betreffs Ägypten nachgeben würde. Und ich könnte jedes Bedenken von seiten Rußlands beseitigen, wenn ich unser Bündnis mit Österreich nur auf die bnchstäblichen Verpflichtungen reduzierte, die Integrität österreichischen Gebietes zu garantieren, und darin einwilligen würde, daß Rußland den Bosporus nnd die Dardanellen besetzt." Hier sieht man auf den Grnnd der Methode Bismarcks!

die Verstärkung des Dreibundes durch England hinzuwirken. Nach den Erfahrungen, die er bisher mit Salisbury gemacht hatte, war Bismarck keineswegs geneigt, diese Riegelstellung vorzeitig wiederaufzugeben. Wenn er nicht einen der beiden Riesen für sich gewinnen konnte, mußte er sich eben vorläufig zwischen ihnen behaupten.

Der Freund Bismarcks, Graf Peter Schuwalow, fühlte sich als Zuschauer dieses europäischen Spiels wohl an einen Flohkünstler erinnert, der den einen Floh sorgfältig in die Watte verpackt, nachdem er ihn vor dem Publikum hat arbeiten lassen, um inzwischen einen anderen springen zu lassen: „Ob sie nun Crispi, Giers oder Salisbury heißen, sie sind alle desselben Schlages, und der einzige Manager ist Bismarck." Gewiß ist diese kunstreiche Politik allein auf seine Person und ihr Kapital an Autorität und Erfahrung zugeschnitten; sie ist so sehr auf den Moment gestellt, daß ihre weiter ausschauenden Ziele darüber fast überschattet werden, und sie wirkt so überfein, daß der Untergrund einer volkstümlichen Verankerung des mitteleuropäischen Bündnisses kaum noch durchschimmert. So viel erkennt man: Bismarck wollte den diplomatischen Bewegungskrieg nicht vorzeitig zu einem unbeweglicheren System, das seiner Natur weniger zusagte, erstarren lassen; aber er führte ihn doch nur, um in einem gegebenen Moment eine strategische Entscheidung zu treffen. Bis dahin aber widersetzte er sich allen Versuchen dieser Jahre, ihm ein österreichisches oder englisches Leitseil, aus bulgarischem oder anderem Hanf gesponnen, über den Hals zu werfen, und ebenso allen Verlockungen, die von militärischer Seite an ihn herantraten oder auf den jungen Kaiser berechnet waren, durch einen Präventivkrieg gegen Rußland die Verworrenheit der Lage zu lösen. Mochte auch aus mehr als einem Lager der — noch heute von extremen Alldeutschen wiederholte — Vorwurf der Schwäche gegen ihn laut werden[1]), er

[1]) Wer heute die Broschüre „Videant consules" (1890) in die Hand nimmt, findet hier manche Argumentierungen, die später den Alldeutschen

blieb dem Friedenscharakter seiner Staatskunst getreu und wollte seine Hoffnung auf die in Rußland immer noch starke Gegenströmung gegen das französische Bündnis nicht aufgeben; lieber stellte er die Bedürfnisse der deutschen Zukunft für den Augenblick etwas zurück. Nachdem er das Reich durch die Krisen der Thronwechsel hindurchgeführt hatte, wollte er den Beginn der Regierung des jungen Kaisers nicht durch kriegerische Experimente kompromittieren. Wie seit Jahrzehnten bedeutete die Erhaltung des Friedens für Deutschland auch Frieden für Europa: in diesem hohen Dienst finden auch die verschlagensten Künste seiner Diplomatie ihre sittliche Rechtfertigung.

Ob dem Reichskanzler der Versuch, mit den friedlichen, aber fast überkünstlichen Mitteln der politischen Dynamik seine mitteleuropäische Gleichgewichtspolitik fortzusetzen und zu krönen, noch einmal gelang, hing nicht von ihm allein, sondern auch von seinen Gegenspielern ab. Diejenigen aber, die noch heute die Rückversicherung blindlings als Allheilmittel einschätzen, dürfen nicht vergessen, daß während ihrer Dauer die russisch-französische Annäherung, die sie hintanhalten sollte, immer bedrohlicher voranschritt, und daß ihre Fortführung nur mit immer unerschwinglicheren Kosten zu erreichen war. Selbst die Mittel, die Bismarck um des Friedens willen anwandte, schlugen doch zugunsten der Friedensbedrohung um. Das russische Kapitalbedürfnis, dem er den deutschen Markt versperrte, wandte

---

geläufig wurden, und den gleichen Geist, der sich während dieses Krieges lärmend hervorwagte. Selbst persönliche Zusammenhänge kann man bis zu diesem Ursprung verfolgen. Einige Urteile der Alldeutschen von heute seien, um die Ausdrucksweise dieser Geister über den Gründer unseres Reiches zu kennzeichnen, hier zusammengestellt. Im Januar 1912 schrieb der Medizinalrat Fuchs in der „Post“: „Der junge Bismarck besaß Stoßkraft; der alte hat sich durch Pazifismus schwer versündigt.“ In einer Schrift: Deutschland bei Beginn des 20. Jahrh. (1900) hieß es S. 50 sogar: „Bismarcks lendenlahme Scheu vor Präventivkriegen ist eine senile persönliche Erscheinung.“ Der gleiche anmaßliche Dilettantismus spricht aus einer der Kraftäußerungen des Generals von Gebsattel: „Es seien dabei Alterserscheinungen des Kanzlers und seines kaiserlichen Herrn wirksam gewesen.“

sich alsbald nach Paris, und vom Jahre 1888 an, so urteilt ein heutiger Russe, „war das Schicksal des französischen Kapitals eng verknüpft mit dem Geschicke der russischen Autokratie“[1]). Schon im November 1888 — es waren die Monate, in denen der Boulangertaumel seinen Höhepunkt erreichte und die Plebiszite für ihn wie eine Probemobilmachung des Revanchegeistes wirkten — begab sich Großfürst Wladimir nach Paris, und aus einer harmlos eingeleiteten Mitteilung geheimgehaltener französischer Bewaffnung entwickelten sich sogleich russische Waffenbestellungen in Frankreich, bei deren Abschluß begreiflicherweise auch die amtliche Versicherung auf Wunsch erteilt wurde, daß die Russen mit diesen Gewehren niemals auf die Franzosen schießen würden (März 1889)[2]). Ein symbolisches Vorspiel kommender Verträge! Die Dinge schienen sich kaum noch halten zu lassen — nur mit erneuter Belastung und zweifelhaftem Erfolg mochte die kostspielige Politik der Rückversicherung, als ihr erster Termin ablief, noch einmal erneuert werden.

Sie ist mit dem Rücktritt Bismarcks, ehe sie ihr letztes Wort gesprochen, abgebrochen worden, und deswegen ist es auch der historischen Betrachtung kaum möglich, ihrerseits ein letztes Wort zu sprechen. Die Frage wurde in den Kampf um die Macht hineingezogen, in dem Bismarck unterlag, und das Für und Wider der Argumente ist begreiflicherweise durch diesen Kampf so verschärft worden, daß ihr sachlicher Inhalt darüber verdunkelt wird. Die Episode lebt in einzelnen, auch von der Bitterkeit des persönlichen Erlebnisses noch vertieften Ausführungen der „Gedanken und Erinnerungen“ fort: man wird sie eben darum nicht ohne weiteres als allgemeingültige Wahrheit kanonisieren dürfen. Sie tragen die Farbe des Momentes. Sie hatten, aus dem Fluß der lebendigen Politik herausgerissen, schon bei ihrer

[1]) Pokrovskij bei H. Übersberger, Rußland und der Panslawismus in „Deutschland und der Weltkrieg“ 1, 471.

[2]) Die Erzählung in den „Souvenirs“ von C. de Freycinet (Paris 1913), S. 414 ff.

Veröffentlichung nicht mehr denselben Wirklichkeitswert, den sie während der Staatsleitung Bismarcks besaßen. Sie haben nachträglich etwas Dogmatisches angenommen, was seiner undogmatischen Methode fremd war; daß eine damals anwendbare Kritik für die grundveränderte Weltlage der Gegenwart vollends nicht mehr die gleiche Beweiskraft besitzt, braucht nicht gesagt zu werden. Der große Realist würde vermutlich heute mit verwundertem Spott einen Buchstabenglauben abweisen, der aus jeder zeitlich bedingten Wendung seiner Memoiren einen politischen Bildungsbesitz für immer machen möchte.

Er würde allen Nachdruck mit Recht darauf legen, daß die lebendige Politik der Jahrzehnte 1871 bis 1890, als Ganzes genommen und auf ihre innersten Grundgedanken beurteilt, sein wahres Vermächtnis an die Deutschen darstellt.

5. Der neue Kurs und das Erbe Bismarcks

Die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck hatte sein Zeitalter in einem Grade beherrscht, daß die neuen Männer, die diese weltgeschichtliche Hinterlassenschaft antraten, vor Schwierigkeiten ohnegleichen standen. Die Autorität, mit der er das Gewicht seines Staates in die Wagschale der europäischen Politik geworfen hatte, ließ sich nicht mit seiner Schöpfung vererben; und die Nation, der er nun vollends das Reich verkörperte und als ein ragender Wegweiser in die Zukunft galt, war unter solchem Führer nicht herangereift, aus sich heraus zu neuen Wegen ihrer Bestimmung das rechte Vertrauen zu fassen. Sobald aber Bismarck mit seiner ganzen moralischen Machtfülle und seiner grollenden Leidenschaft gegen seine Nachfolger in die Schranken trat, mußte der Vergleich für den neuen Kurs fast erdrückend wirken, selbst dann, wenn er seine neuen Ziele mit Kraft und Einsicht verfolgte[1].

[1] Am wenigsten durfte der neue Kurs in den delikaten Fragen der äußeren Politik hoffen, gegenüber der Stimme Bismarcks zu Worte zu kommen. Seine

Die auswärtige Politik des neuen Kurses von 1890 gipfelte in dem Gedanken, die von Bismarck begründete Mitteleuropapolitik wieder ganz eindeutig zur Geltung zu bringen und fruchtbar fortzuentwickeln. Das hieß nun zunächst: die problematischen Bestandteile seines letzten Doppelspiels, dessen Fortführung die Autorität der neuen Männer überstiegen haben würde, wieder auszuschalten und den Rückversicherungsvertrag, dessen Risiko die europäische Atmosphäre doch nicht von einem Mißtrauen aller gegen alle zu reinigen vermochte, nicht zu erneuern. Der Abschluß eines Vertrages mit Großbritannien am 1. Juli 1890 bedeutete zwar noch nicht eine Option nach der anderen Seite, die der früheren von 1879 vergleichbar gewesen wäre, aber er betonte die Fühlung mit England doch stärker, als Bismarck in den letzten Jahren hatte verantworten wollen.

Der Vertrag brachte einmal die unaufschiebbare Ordnung der zwischen Deutschland und England noch schwebenden Kolonialfragen. Die erheblichen Konzessionen, die in Afrika von uns gemacht wurden, wogen, alles in allem genommen, doch leicht gegen den nunmehr gelungenen Erwerb von Helgoland[1]). Denn hier handelte es sich um einen Zukunftswert von heute kaum auszudenkender Bedeutung: in vielleicht letzter Stunde und in einer kaum wiederkehrenden Weltlage wurde eine Bresche

wertvollste publizistische Vertretung findet sich in dem aus intimer Kenntnis der Dinge geschöpften (anonymen) Buche von J. v. Eckardt, Berlin-Wien-Rom. Betrachtungen über den neuen Kurs und die neue europäische Lage (Leipzig 1892). Auf der anderen Seite wurde der politische Dilettantismus, der Bismarck so oft das Leben sauer gemacht hatte, dadurch nicht erträglicher, daß er sich jetzt gern mit der häufig mißbrauchten Autorität des Altreichskanzlers umkleidete. Man macht vielmehr die Bemerkung, daß die Ansätze zur militärischen Fronde gegen Bismarck aus den Jahren 1888/89 sich überraschend bald mit den Kritikern entgegengesetzter Herkunft zusammenfanden.

[1]) Die Idee stammte aus der Zeit der Amtsführung Bismarcks (s. o. S. 52). Wenn aber H. Th. List, Deutschland und Mitteleuropa (Berlin 1896), S. 18, dazu bemerkt: „Schon zu Bismarcks Amtszeiten wollte das englische Kabinett gegen eine geringe Geldentschädigung auf Helgoland verzichten", so gehört das zu den Irreführungen, die sich allein aus dilettantischer Unkenntnis nicht erklären lassen.

in der mitteleuropäischen Festung in eine Bastion verwandelt, die der beengten seestrategischen Lage Deutschlands erst die Möglichkeit der Verselbständigung gab. Nur auf Grund des neugeschaffenen Vertrauensverhältnisses durften die Engländer den später von ihnen oft beklagten Schritt wagen. Dieses Vertrauensverhältnis ging noch nicht so weit, daß England sich vertragsmäßig verpflichtet hätte, aber es rückte doch etwas näher an den Dreibund und sein Programm der europäischen Friedenserhaltung heran; damit wurde es auch der unruhigen italienischen Politik, die unter starkem Druck von französisch-russischer Seite stand, entscheidend erleichtert, in den nächsten Jahren eine Erneuerung des Dreibundes vorzunehmen. Lord Salisbury aber bezeichnete in einer Rede des Jahres 1891 „als Englands natürliche Verbündete alle, die Friede und Einvernehmen wünschen und die gegenwärtige territoriale Verteilung Europas aufrechterhalten wollen" — man war eben in London noch von jeder Sorge um Elsaß-Lothringen weit entfernt!

Auf der anderen Seite verzichtete die deutsche Politik darauf, die Frage der Zukunft des Balkans und der Dardanellen nur unter dem Gesichtspunkt eines diplomatischen Tauschgeschäfts zwischen Rußland und England zu behandeln. Vielmehr bewertete sie diese Fragen nicht mehr als ausschließlich dem österreichisch-englischen Interessengebiete angehörig, sondern sie hatte sich überzeugt, daß ein gemeinsames Interesse der Mittelmächte hinter ihnen verborgen liege. Man wollte mit dem einst von Bismarck geprägten Wort, daß der Einsturz und die Teilung der Türkei „das Schicksal der mitteleuropäischen Mächte besiegeln würde"[1]), nunmehr Ernst machen und begann die einzelnen Balkanfaktoren danach anders als bisher zu bewerten[2]). Denn man fürchtete, wenn man der russischen Minierarbeit auf dem Balkan

[1]) Zu St. Vallier im Jahre 1880. Zwölf Jahre u. a. O. S. 275.

[2]) Im Jahre 1915 hat das prophetische Wort J. v. Eckardts von 1892: „Behauptet Bulgarien sich als selbständiger, an der Abwehr weiteren russischen Vordringens interessierter Mittelstaat, so wird es zum Schutzwall für Kon-

weiterhin gleichmütig zuschaute, unwiederbringliche Möglichkeiten für beide Teile zu verscherzen: „Die Frage, ob der slawisch-russische Eisenring von einer oder von zwei Seiten (von Osten und von Süden) um den germanischen Leib gelegt, und ob der direkte Weg in den Orient für das mittlere Europa gesperrt werden soll, diese Frage ist eine eminent deutsche Frage"[1]). Schon begann sich die Einsicht durchzuringen, daß einzig an dieser Stelle noch weltwirtschaftliche Möglichkeiten großen Stils inmitten des Anwachsens der Riesenweltmächte für uns gegeben seien, daß hier, wie es der Kaiser zu Neujahr 1909 in seiner Ansprache an die Generale formulierte, „der letzte und einzige Landweg Deutschlands in die Welt" lag. Während die Politik der Rückversicherung auf den Moment, auf kurze Fristen und gewagte Kombinationen abgestellt gewesen war, wollte die neue Generation sich weite Perspektiven in die Zukunft Mitteleuropas mit Bewußtsein offenhalten.

Gleichzeitig gedachten Wilhelm II. und seine Ratgeber, das von der Hypothek des Rückversicherungsvertrags befreite Bündnis mit Österreich-Ungarn und den durch positive äußere Gemeinschaftsinteressen überhaupt befestigten Dreibund auch von innen heraus, durch eine wirtschaftliche Annäherung der Verbündeten aneinander, zu stärken. Den Ausschlag dabei gab die Erkenntnis, daß, je mehr die Großmächte mit der Gesamtheit ihrer Lebenskräfte untereinander in Wettbewerb traten, um so tiefer auch die Fundamente ihrer Bündnisse gelegt werden müßten: über die diplomatisch-militärische Sphäre hinaus in die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, welche die Völker aneinanderknüpfen. Im besonderen spielte die Rücksicht auf das durch die Aufkündigung des französischen Handelsvertrages schwer geschädigte und durch die militärischen Anforderungen anscheinend

stantinopel und zum ersten Beispiel dafür, daß die Bildung südslawischer Nationalstaaten anders, denn auf Unkosten der Sicherheit Österreich-Ungarns ins Werk gesetzt werden kann", seine weltgeschichtliche Bestätigung gefunden.

[1]) J. v. Eckardt a. a. O. S. 50.

überangestrengte Italien mit. Man hat damals ohne Frage in der ersten Freude des Vollbringens den politischen Wert der Handelsverträge allzu hoch eingeschätzt. Insofern war die Politik Bismarcks, der eine verhängnisvolle Verquickung politischer und wirtschaftlicher Fragen und im besonderen eine Aufopferung deutscher landwirtschaftlicher Interessen tadelte, schon im Rechte, als eine wirtschaftliche Annäherung befreundeter Staaten allein von sich aus niemals stark genug sein wird, eine politische Freundschaft durch alle Anfechtungen hindurchzutragen. Der gesamtpolitische Wille eines Staates wird vielmehr in großen Krisen, wie man es beim Zollverein im Jahre 1866 erlebt hatte, durch alle wirtschaftlichen Sonderinteressen rücksichtslos hindurchbrechen. So wertvoll auch die deutsch-italienischen Handelsbeziehungen auf dem Gebiete des Güteraustausches und der Kapitalhilfe sich fortan für unseren Bundesgenossen erwiesen, so blieben sie doch der geographischen Abhängigkeit von England — der unveränderlichen politischen Lebensbedingung Italiens — dauernd untergeordnet. Sie waren daher grundsätzlich anders zu bewerten als die wirtschaftlichen Bande, die die Mittelmächte — einem ursprünglichen Plane Bismarcks entsprechend — nunmehr fester knüpften. Für den Augenblick freilich schienen auch jene dem Bedürfnis der Weltlage zu entsprechen.

Man sieht aus allem, wie wohldurchdacht die einzelnen Glieder des neuen Systems ineinandergriffen. Wenn die Kritik des Altreichskanzlers einen wachsenden Widerhall im Volke fand, so durften die Männer des neuen Kurses sich doch darauf berufen, daß sie ein gutes Stück Bismarckschen Erbes und Bismarckscher Traditionen, wie in einigen innerpolitischen Problemen, so auch nach außen hin zu verteidigen und fortzubilden entschlossen waren.

Alle großen politischen Aktionen haben ihre unvermeidliche Kehrseite, die der handelnde Staatsmann vorausbedenkt, aber in den Kauf nimmt, weil er das Risiko geringer einschätzt als den Gewinn; der Erfolg aber, der über die Richtigkeit seiner Rechnung entscheidet, wird sich zumal in äußerpolitischen Fragen in kürzeren

Fristen anders als nach dem Ablauf einer längeren Entwicklung darstellen. Die eine unvermeidliche Folge — die aber auch Bismarcks Kunst zuletzt mit allen Opfern nur noch hatte hinauszögern, nicht aus der Welt schaffen können — bestand darin, daß Rußland und Frankreich ihre bereits eingeleitete Annäherung nun offen vollzogen. Der eingeborene Drang zueinander überwand auf beiden Seiten eine Welt von Traditionen und Interessen. Der Druck dieser Möglichkeit, der schon von Anfang an auf der deutschen Reichspolitik gelastet hatte, war in jeder Krisis von den Russen in sanfteren oder gröberen Erpressungsformen in steigendem Maße gegen uns gehandhabt worden; sobald wir der Wirklichkeit gegenüberstanden, war eine klarere Situation als bisher gegeben. Insofern hatte sich an dem seit 1871 grundlegenden Problem der deutschen Auslandspolitik nichts Wesentliches geändert, auch als die russisch-französische Entente sich zu einer Militärkonvention und zu dem Zweibund von 1894 fortentwickelte. Denn die deutschen Staatsmänner verkannten bei aller Bedrohlichkeit der neuen Kombination nicht die zweideutige Beschaffenheit dieses Bündnisses: während der Franzose das Heil vom Osten begrüßte, um seinen schlummernden Revanchetraum endlich zu verwirklichen, knüpfte der Russe nur ein Band, das seine allgemeine diplomatische Handlungsfreiheit für andere und zwar außereuropäische Aufgaben verstärken sollte.

Aber neben dieser erwarteten Rückwirkung auf die deutsche Politik trat noch eine zweite, indirekte Rückwirkung ein — ihr vor allem hatte der Meister der politischen Erfahrung aus dem Wege gehen wollen! Seitdem die neue politische Gruppierung des Kontinents sich befestigte, begann die englische Politik mit einem Gefühl der Erleichterung die verlorene Position in der Hinterhand des europäischen Spiels wiedereinzunehmen, um nach Bedarf das Zünglein in der Wage zu bilden. Symbolisch hatte Lord Salisbury, bei aller Dreibundfreundlichkeit, diese Methode bereits anzudeuten begonnen, als er das von dem Verbrüderungsfest in Kronstadt heimkehrende französische Geschwader zum Besuch

in Portsmouth einlud. In seinem Worte von der „splendid isolation" Englands lag der Nachdruck, mit einem Unterton des Triumphes, auf dem „splendid" und nicht auf der Isolierung, die im Gegensatz zu der Periode von 1884/85 mehr und mehr überwunden wurde. Denn wenn Dreibund und Zweibund sich wechselseitig banden, so war ja der erwünschte Zustand hergestellt, den das englische politische Denken herkömmlich als das Gleichgewicht Europas verehrte, weil er der Insel am ehesten eine von keiner Seite gestörte Weltausbeutung englischen Stils ermöglichte. Je mehr der Gegensatz der beiden Bündnissysteme sich vertiefte, in desto höherem Grade gewann die englische Politik die freie Hand zurück, und um so weniger wurde sie geneigt, nach der deutschen Seite hin mehr als ein Mindestmaß von Entgegenkommen zu zeigen oder gar in eine engere Bindung einzutreten — insofern hatte auch der neue Kurs nicht mehr Erfolge aufzuweisen als die mit anderen Mitteln arbeitende Politik Bismarcks von 1885 bis 1890. Man könnte diese englische Politik, zumal als im Sommer 1892 die mehr zu Frankreich neigenden Liberalen wieder die Leitung der Geschäfte übernahmen, mit der Methode Gortschakoffs in den siebziger Jahren vergleichen: sie sucht die Mittellage Deutschlands in aller Freundschaft auszunutzen, es entweder zur unbedingten Gefolgschaft, auch gegen den Zweibund, herüberzuholen, oder aber weltpolitisch so kurz wie möglich zu halten. In dieser Weltlage hat Bismarck, ein sorgenvoller Zuschauer angesichts dieser Abwandlung, immer den Blick auf die stärksten Druckpunkte in der politischen Dynamik gerichtet, England im Gespräche einmal als den gefährlichsten Gegner Deutschlands bezeichnet:

„Es hält sich für unbesiegbar und glaubt Deutschlands Hilfe nicht zu brauchen. Es hält uns noch nicht für ebenbürtig und würde nur ein Bündnis schließen unter Bedingungen, die wir nie annehmen können. Bei einem Bündnis, welches wir schließen, müssen wir den stärkeren Teil bilden." (Zu Heinr. v. Sybel i. J. 1893.)

Um so weniger konnte das Deutsche Reich, zwischen dem umklammernden Zweibund auf der einen und der herrschenden See- und Kolonialmacht auf der anderen Seite, sich einseitig darauf festlegen, alle Fühlung ausschließlich mit dem einen Lager zu suchen. Das große Problem, von dem Herzen Europas aus, unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen, Kolonialpolitik in der Welt zu treiben, meldete sich immer vernehmlicher an: wenn man es lösen wollte (und man mußte es lösen, wenn man sich nicht in einen Verzicht für alle Zukunft fügen wollte), durfte man das Maß von Freiheit, das die Seele alles politischen Handelns ist, nicht von vornherein preisgeben. Die Mitte durfte sich nicht allein damit zufrieden geben, daß sie dem russisch-französischen Flankendruck zu widerstehen stark genug war. Sie konnte es ebensowenig hinnehmen, daß ein Dritter die Konsequenz aus diesem „Naturzustande" zog, um ihr einen Verzicht in der Welt nahezulegen. Eher galt es einen Versuch zu wagen, in denjenigen Weltbereichen, wo man auch England gegenüber nicht gebunden war (Ostasien und Afrika), eine freundschaftliche Fühlung mit den Mächten des Zweibundes bei Gelegenheit zu nehmen. Das hieß auf einem größeren Schauplatz zu einem Grundgedanken der „indirekten" Methoden Bismarcks zurückzukehren.

Die Gelegenheit ergab sich, als mit dem Tode des Zaren Alexander III. (1. November 1894) das neue Rußland unter Nikolaus II. das Schwergewicht seiner Auslandspolitik nach dem fernen Osten zu verlegen begann. Was der enttäuschte Franzose als die „Desertion" nach Asien beklagen mochte, ermöglichte dem Deutschen, die unmittelbaren Gefahren des Zweibundes und seiner europäischen Druckpunkte zu vermindern. So schickte sich der dritte Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, der wenige Tage vor dem russischen Thronwechsel sein Amt antrat und sofort die persönliche Fühlung mit dem Fürsten Bismarck wiederherstellte[1]),

[1]) Bei dem Antrittsbesuch, den Hohenlohe als Reichskanzler dem Fürsten Bismarck am 14. Januar 1895 in Friedrichsruh machte, brachte dieser alsbald das Gespräch auf den Rückversicherungsvertrag und seine Nichterneuerung im Jahre 1890. Hier lag für ihn noch immer der Drehpunkt der Weltkonstellation.

alsbald an, in Ostasien mit Rußland zusammenzugehen. Damit wurde nicht nur eine neue Sphäre weltpolitischer Betätigung für uns erschlossen, sondern zugleich die Schärfe des Gegensatzes zwischen Dreibund und Zweibund für Europa indirekt gemildert: in der Endwirkung aber durfte man hoffen, aus der ausschließlichen weltpolitischen Abhängigkeit von England herauszukommen. In diesem Zusammenhange erfolgte der überraschende Schritt, daß das Deutsche Reich bei der russisch-französischen Intervention nach dem Frieden von Shimonoseki den dritten Partner abgab. Wenn schon bei der Kursänderung von 1890 auch die Fragezeichen nicht ausbleiben, so drängen sie sich bei der plötzlichen Rückbiegung des neuen Kurses trotz allem, was man dafür anführen kann, dem historischen Betrachter nicht minder auf. Die nächste Folge bestand darin, daß in Japan, dessen weltpolitische Zukunft wir damals noch nicht genügend einzuschätzen verstanden, die bisherige deutsche Position und ein wichtiger Ansatzpunkt für die Weltpolitik der Zukunft verloren ging.

Es ist denkwürdig, mit welchen Mitteln Lord Salisbury, der im Juni 1895 wieder an die Spitze der englischen Politik trat, die deutsche Aktion zu durchkreuzen suchte: indem er, ganz analog seinem vor zehn Jahren erprobten Verfahren, die orientalische Frage als ein erprobtes Zugpflaster für die kontinentalen Gegensätze schleunig in Bewegung zu setzen sich entschloß. Mit Deutschland oder gegen Deutschland. Er bot zunächst in einer persönlichen Zusammenkunft dem Deutschen Kaiser die Teilung der Türkei an und war sehr verstimmt, als der Kaiser den durchsichtigen Verführungsversuch rundweg ablehnte: denn ein wirksameres Mittel, Deutschland und Rußland zu verhetzen und alle Kräfte des Zweibundes auf die Mitte abzulenken, hätte sich kaum ausfindig machen lassen. Von neuem mußte die deutsche Politik sich überzeugen, daß sie eine engere Fühlung mit England nur um den unmöglichen Preis einer aufopferungsbereiten Vasallität auf dem Kontinent gewinnen konnte — während das Inselreich den verschärften kontinentalen Gegensatz zur lautlosen Auf-

rollung Afrikas benutzen mochte. Gerade diese Nebenwirkung aber, die für den Engländer das versteckte Motiv seines diplomatischen Vorgehens bildete, widersprach dem deutschen Bedürfnis, die Welt nicht restlos zwischen den Riesen aufteilen zu lassen, sondern die bestehenden selbständigen Gebiete und offenen Märkte zu erhalten. Nach dem verbrecherischen Friedensbruche Jamesons zeigte die deutsche Warnung auch den Engländern an, daß wir eine gewaltsame Änderung des Status quo in Afrika als unseren Interessen widersprechend ansehen müßten. Schon bei dieser Gelegenheit erfuhr man in London, was man längst wußte: daß Frankreich in jeder ernsteren Krisis „nur einen Feind" kennen würde. Die Lehre für uns aber war, daß alle Probleme der Kontinentalpolitik und der Weltpolitik für das Deutsche Reich unlöslich ineinander verflochten blieben, daß in diesem Spiel der dynamischen Rückwirkungen eine getrennte Buchführung schlechterdings nicht möglich war.

Um so nachdrücklicher gab Salisbury nach diesem Zwischenspiel der Welt zu verstehen, daß England eine Neuorientierung seiner gesamten Politik vorbereite und zugunsten neuer riesenhafter Weltprojekte die alte Sorge um die Türkei und die Dardanellen endgültig zurückstelle. Da der Deutsche nicht wollte, so wurde dem Russen in lockenden Zukunftsbildern Konstantinopel angeboten[1]). Mit dieser Wendung, die zunächst ohne alle Folgen blieb, gedachte man die deutschen Bestrebungen auf einen Neubau der Türkei zu vereiteln und zugleich den gefährlichen Trumpf eines neuen Rückversicherungsvertrages[2]) zu überstechen; nachdem

[1]) Reden Salisburys vom 15. August und 19. November 1896: „Konstantinopel hat jetzt weniger Interesse für uns als ehedem. Für uns liegt die Pforte zum Orient in Ägypten, in Suez, und wenn Rußland unseren Besitz in Ägypten anerkennen will, sehen wir kein Hindernis gegen seine Niederlassung in Konstantinopel — eines schönen Tages." Es erhellt, daß das österreichisch-italienisch-englische Übereinkommen über den Status quo im Orient damals nicht mehr in Kraft war.

[2]) Die Veröffentlichung des Rückversicherungsvertrags am 24. Oktober 1896, mit der Bismarck den Schachzug Salisburys beantwortete, war in erster Linie wohl auf die russischen Staatslenker berechnet.

England mit dieser Handbewegung angedeutet hatte, daß es selber auch den Weg zu den Russen finden könne, tat es in Kreta und in Armenien alles, um das Feuer in Gang zu bringen. Wenn Deutschland nun einmal nicht gegen Rußland in Dienst zu stellen war, so lohnte es sich vielleicht mehr, Rußland gegen die Mittelmächte mobil zu machen und die Welt ohne und gegen Deutschland weiterzuverteilen. Diese mit der ganzen Erde wie mit einem ihr von Gott verliehenen Erbgut schaltende Staatskunst war bereit, da die Welt doch nicht einem einzigen gehören konnte, sich allerdings mit einigen Riesenmächten abzufinden, aber dafür der einen Macht, deren wachsenden wirtschaftlichen Wettbewerb man mit immer mißtrauischerem Neid zu überwachen begann, keinen Platz an der Tafel der Großen zu gönnen.

Denn für die Deutschen war in dieser englischen Zukunftswelt kein Raum gelassen. Schon im Jahre 1885 hatte Seeley für das englische Imperium denselben „Rang" wie für Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika und einen höheren Rang als für die Kontinentalstaaten in Anspruch genommen. Im Jahre 1890 stellte ein radikaler Politiker, der einst bei der ersten Formulierung eines „größeren" Britanniens Pate gestanden, mit Befriedigung fest, daß die Zukunft der Welt dem angelsächsischen, dem russischen und dem chinesischen Volke gehöre, daß das letztere in seiner überseeischen Expansion die Tendenz habe, unter den Einfluß Indiens und der britischen Kronkolonien zu geraten, und daß Frankreich und Deutschland nie etwas anderes werden könnten als „Pygmäen neben dem englischen, nordamerikanischen und russischen Zukunftsstaate"[1]). Zu demselben Ergebnis kam fünfzehn Jahre später, als die Wendung in der auswärtigen Politik Englands schon eingetreten war, ein imperialistisches Sammelwerk[2]): es sei beinahe als eine Gewißheit anzusehen, daß allein den Imperien Englands, Rußlands und der Ver-

[1]) Sir Charles Dilke, Problems of Greater Britain (1895) S. 697.

[2]) W. J. Monnypennys Einleitung zu The Empire and the Century, Series of Essays on Imperial problems and possibilities (1905) S. 5/6.

einigten Staaten eine große Zukunft bevorstehe; denn wenn es auch nicht unmöglich sei, daß es Deutschland gelingen könne, sich einen Platz unter den Weltmächten zu erringen, so gehöre doch diese Frage in das Gebiet der Spekulationen, nicht aber in das der zuverlässigen Realitäten. Seit der Mitte der neunziger Jahre ging die englische Politik bewußt darauf aus, dieses Programm der imperialistischen Theoretiker zu vollstrecken.

Also lautete fortan die große weltpolitische Frage: Konnten die Mittelmächte zwischen der englischen Weltmacht und dem sie flankierenden Zweibund überhaupt noch eine zur selbständigen Verfolgung eigener Ziele fähige Stellung gewinnen? Oder aber mußte ein Volk von den geistigen und sittlichen Lebenskräften der Deutschen, ja mußte der ganze innere mitteleuropäische Block von 120 Millionen Einwohnern sich in die Ausschließung wie in ein Naturgesetz finden? Mußten wir uns bescheiden stillezusitzen, froh sein, das Leben zu haben und gut zu verdienen, soweit die Großen es gestatteten, und uns allmählich in die Rolle eines bei aller Stärke in den größten Weltbeziehungen doch nur dienenden Gliedes finden? Mußten wir uns fügen in das durch die englische Politik verschärfte Gesetz unserer Lage und es hinnehmen, daß die Gegenseite, die damals an die Zertrümmerung der Burenrepubliken, Marokkos, Persiens, der Europäischen Türkei heranging, jeder deutschen Weltbetätigung größeren wirtschaftlichen Stils einen vereinten Widerstand entgegensetzte? Wir standen vor einem Zukunftsproblem, dessen Voraussetzung und Lösung über den Horizont des Bismarckschen Zeitalters weit hinausgriff.

Die großen Weltkrisen der nächsten Jahre: Faschoda, Boxeraufstand und Chinaexpedition, Spanisch-Amerikanischer Krieg, Burenkrieg, Russisch-Japanischer Krieg, haben den konzentrischen Druck auf die deutsche Mittellage, der sich sonst vermutlich schon früher bemerkbar gemacht haben würde, immer wieder erleichtert und hinausgeschoben. Aber der Verlauf dieser Krisen, die an sich für uns einen Zeitgewinn bedeuteten, sollte auch dazu beitragen, scheinbar unübersteigliche Hindernisse in der Annäherung

zwischen England und dem Zweibunde hinwegzuräumen. Das positive Programm des Deutschen Reiches bestand darin, eine Politik nicht des erobernden Imperialismus gleich den anderen, sondern der weltwirtschaftlichen Betätigung ohne Herausforderung zu betreiben und zu diesem Zwecke nach Möglichkeit überall die offene Tür zu erhalten. In ihrer Stellungnahme zu den übrigen Großmächten hat diese Politik, die den Namen des Fürsten Bülow trägt und in wichtigen Aktionen tatsächlich von Herrn v. Holstein geleitet wurde, grundsätzlich die Methoden Bismarcks nicht verlassen. Sie suchte vor allem eine Option zwischen England und Rußland-Frankreich zu vermeiden und zwischen den Gegensätzen, die man vielleicht allzulange als schwer vereinbar einschätzte, vorsichtig zu lavieren. Auch unsere großen, nicht auf politische, sondern auf wirtschaftliche Expansion gerichteten Eisenbahnpläne in der Türkei wurden nicht einseitig deutsch, sondern international — unter Heranziehung auch von französisch-russischem Kapital — angelegt. Trotzdem stießen sie auf den schärfsten englischen Widerstand, der einer Verhinderung gleichkam.

Um so mehr erkannten die Deutschen, daß sie dasselbe Maß von Unangreifbarkeit, das sie zu Lande gewonnen hatten, auch zur See erreichen mußten. Die Politik der freien Hand war nur möglich, wenn man den Engländern gegenüber nicht mehr als ein unbeachtlicher Gegner in ihrem eigensten Lebenselement erschien: wenn sie auch zur See mit einem ernsten Faktor rechnen mußten, den anzugreifen selbst für sie mit einem schweren Risiko verbunden war. Der deutsche Flottenbau hatte von vornherein keinen offensiven, sondern einen durch die Natur unserer geographischen Lage und der Machtverhältnisse zur See gegebenen defensiven Charakter. Er sollte den Ausgleich bilden für unsere beengte mittlere Lage und ein dynamisches Gegengewicht gegen die fortlaufende Ausschaltung durch die Riesenweltmächte; er bedeutete unseren festen Entschluß, unsere politische Autonomie auch zur See zu gewinnen und unseren großmächtlichen Daseinswillen absolut zu verselbständigen. Die Engländer haben auch

die deutsche Flotte niemals ernstlich als eine Bedrohung ihrer eigenen starken und weiterwachsenden Überlegenheit empfunden, wohl aber als eine ihnen unbequeme und kostspielige Durchkreuzung ihrer eigenen lautlos arbeitenden politischen Methoden; sie wußten, daß, je weiter unser Flottenbau voranschritt, um so erfolgreicher sich das Deutsche Reich von ihrem Übergewicht in allen Weltbeziehungen würde emanzipieren können.

Man hat an der deutschen Politik jener Jahre neuerdings wohl getadelt, daß sie mit ihren Bestrebungen, deren Radius sich von der Bagdadbahn nach Kiautschou und Südafrika spannte, im Verhältnis zu ihren Kräften sich übernommen und allzuviel Gegnerschaften gleichzeitig aufgerufen habe. Die Dinge liegen nicht so einfach, wie nachträgliche Dialektik sie sich zurechtlegt. Es handelt sich nicht nur um eine wahllose Verzettelung, die sich nur aus der Hast der zu spät gekommenen Macht erklären ließe, sondern um kompliziertere Zusammenhänge. Es gibt in der Staatenpolitik immer Aktionen sekundärer Natur, die in dem Kampf um das Hauptziel — und dieses blieb für eine Weltpolitik von der mitteleuropäischen Basis aus die Lebenserhaltung der Türkei — als Ausgleich und Kompensationsobjekt, als Grundlage für veränderte Kombinationen dienen können; diese Bedeutung hatte wenigstens im Beginn der ostasiatische Nebenschauplatz der deutschen Weltpolitik. Die Bündnispolitik der großen Weltmächte hatte sowieso vor der unsrigen den einen gewaltigen Vorsprung, daß sie sich draußen in der Welt reale Dinge zu bieten und zu versagen hatten, während unser eigener Einsatz sich auf die überlegene Kraft an unseren Landgrenzen beschränkte. Nicht viel anders steht es mit dem Vorwurf, daß unsere Politik sich in einer Zeit, wo sie noch zwischen zwei Machtkomplexen stand, nicht wenigstens entschlossen habe, für die eine der beiden Gruppen zu optieren und dadurch ihren Zusammenschluß gegen uns zu verhindern. Man darf aber über diesem einfachen Einwand nicht außer acht lassen, daß jene anderen Machtkomplexe, eben weil sie sich viel mehr zu bieten hatten, auch viel leichter den Weg zueinander finden konnten;

ganz abgesehen davon, daß der unter allen Umständen gegen uns entscheidende französische Machtfaktor nach der einen Seite hin ein festes Vertragsverhältnis besaß und über den Kanal hinweg sich den Weg jederzeit offenhielt. Die Möglichkeit einer glatten Option in dem Sinne neuerer Kritiker hat in jenen Jahren niemals bestanden — das gilt auch für die sogenannten Bündniserbietungen Englands, die von jeher in der deutschen Publizistik einen viel breiteren Raum als in der englischen eingenommen haben.

Diese Sondierungen sind nur im Rahmen der gesamten Weltlage, in der sie erfolgten, auf ihren wahren Wert zu bestimmen. Sie sind ergangen in kritischen Augenblicken englischer Politik oder Kriegführung, in den Tagen von Faschoda oder in der schwarzen Woche des Burenkrieges, aber auch dann nicht in der Form amtlicher Anerbietungen, sondern als Fühler einzelner Minister. Vor allem aber kommt es auf den sachlichen Inhalt dieser Fühler an. Nichts ist bezeichnender, als daß die Engländer ein Bündnis allein mit Deutschland, nicht aber mit dem Dreibund anregten, ja eine Ausdehnung auf den Dreibund ablehnten. Wenn man sich erinnert, daß erst die Nichterneuerung des Abkommens, das England im Jahre 1887 mit Österreich-Ungarn und Italien über den Status quo im Orient geschlossen hatte, der englischen Politik die Möglichkeit zu eigenen Transaktionen mit Rußland gab, so ist der Grund dieser Weigerung leicht zu durchschauen. Man lehnte es ab, eine gegen Rußland im Orient verwendbare Interessengemeinschaft wiederherzustellen. Auf der einen Seite wollte also die englische Politik sich den deutschen Degen gegen Rußland sichern und den Deutschen in den Augen des Zweibundes mit dem Odium dieser Verpflichtung belasten; auf der anderen Seite aber wollte sie selber die offene Straße zu der russischen Politik nicht aufgeben und mit Hilfe dieses Doppelspiels ein gutes Stück weiter in das ungestörte Arbitrium mundi aufrücken. Wären die Deutschen darauf eingegangen, so würden sie unbedingt gegenüber einem Stärkeren in das Hintertreffen geraten sein und jene einseitigen Bündnisverpflichtungen auf

sich genommen haben, vor denen einst Bismarck dringend gewarnt hatte. Aber nicht genug damit. Es ist verständlich, daß die deutschen Staatsmänner, die den feindlichen Umschwung der öffentlichen Meinung Englands seit Jahren beobachteten, für den Fall eines verpflichtenden Abkommens seine Annahme auch durch das Parlament verlangten: man mußte davor gesichert sein, daß ein anderes — liberales — Kabinett und eine neue Parlamentsmehrheit sich nicht mehr an den Vertrag gebunden erachteten. Die Zeit war auf beiden Seiten nicht reif für einen Bündnisvertrag. Gewiß wirkten auch auf der deutschen Seite die Erregung des Burenkrieges und die gewaltige moralische Macht, die in diesen Jahren von den „Gedanken und Erinnerungen" Bismarcks ausging, in derselben Richtung zusammen. Vor allem aber war für die viel mächtigere englische öffentliche Meinung, die ein solches Bündnis hätte tragen müssen, wie sie nachher die französische Entente trug, eine politische Verbindung mit dem gefährlichsten wirtschaftlichen Nebenbuhler um die Wende des Jahrhunderts unmöglich geworden. Und ebendarum konnten die englischen Staatsmänner die deutsche Forderung gar nicht bewilligen; erlebten sie doch bei jedem persönlichen Annäherungsversuche Kaiser Wilhelms ein mißtrauisches Aufbäumen ihrer Presse, und mit dem Hinweis auf das Parlament und die gegenwärtige Stimmung hat König Eduard selber im Herbst 1901 das Einstellen der Besprechungen begründet[1]).

Nehmen wir also die Anfragen von 1898/1901 als das, was sie wert waren. Sie gehören in die Reihe jener Sondierungen, die eine Macht bei einer anderen vornimmt, bevor sie ihren Ent-

---

[1]) Ich halte also die Kritik, die Joh. Haller in den „Süddeutschen Monatsheften" (Januar 1917) vor allem an der amtlichen Behandlung der englischen „Bündnisanträge" geübt hat, trotz der glänzenden Dialektik, mit der sie vorgetragen wird, für nicht berechtigt. Die Darstellung, die Fürst Bülow, unter Erweiterung seines Jubiläumsartikels von 1913, in dem Buche „Deutsche Politik" gibt, bietet schon wegen ihres exoterischen Charakters Angriffsflächen genug; immerhin wäre es ungerecht, seine frühere Politik ausschließlich nach seinem Buche zu beurteilen.

schluß, in das Lager einer dritten überzugehen, endgültig faßt. Die innere Orientierung gegen Deutschland hatte in jenen Jahren so gewaltige Fortschritte jenseits des Kanals gemacht, daß sie nur noch dieses letzte Stadium zu durchschreiten hatte, um sich für immer durchzusetzen.

Das innerste Problem der deutschen Politik jener Jahre wird durch eine Kritik, die diese oder jene Entschließung bemängelt, unseres Erachtens nicht berührt. Es ließ sich nun einmal nicht ändern, daß die weltgeschichtliche Aufgabe unserer Politik, ihre Geltung unter den Weltmächten durchzusetzen, beschränkend in die Zukunftsberechnung derjenigen Mächte eingriff, die sich als Herren im ungestörten Alleinbesitz wähnten: deswegen mußten unsere an sich dem Weltfrieden nirgends schädlichen Endziele die Mißgunst und das Mißtrauen der Besitzenden erregen. So sehr die Reichsregierung sich bemühte, diese Widerstände auf friedlichem Wege zu überwinden, so fest sie die uferlose Phantastik und das unpolitische Drängen alldeutscher Schwärmer zügelte, so konnte sie diese tiefsten Instinkte ihrer großen Gegenspieler nicht aus der Welt schaffen. Wenn man von einem Irrtum der deutschen Staatskunst sprechen will, so bestand er letztes Endes darin: daß sie glaubte, ihre friedlichen Ziele auch im Frieden mit Hilfe klug lavierender Diplomatie erreichen zu können. Man hatte aber damit zu rechnen, daß die aktive Gegenwirkung aller derjenigen Gewalten, die auch an einem friedlichen Weiterwachstum unseres Reiches eben nicht interessiert waren, eines Tages in eine vereinte, zunächst diplomatische Offensive gegen uns umschlagen konnte — umschlagen mußte. Denn auf dem tiefsten Grunde dieser Rivalitäten lagen ja Machtfragen der Zukunft, die letzten Endes nicht durch Diplomatie, sondern durch die Anwendung von Macht entschieden werden. Wir sehen heute einen Irrtum der preußischen Politik von 1848 bis 1862 darin, daß sie die deutsche Frage im Sinne der preußischen Führung durch diplomatische Mittel, durch nationale Agitation und moralische Eroberung lösen zu können meinte, bis Bismarck

zu der schweren Erkenntnis kam, daß so risikofrei weltgeschichtliche Probleme nicht entschieden werden können. Aber wenn auch die deutsche Staatskunst vor dem Weltkrieg vielleicht einen analogen Irrweg ging, so müssen wir doch sagen: es war unvermeidlich, daß wir ihn gegangen sind, obgleich er ein Irrweg war, und es ist ein Segen, daß wir mit guten Gewissen auf ihn zurückblicken können. Denn die gewaltsame Lösung durch einen Präventivkrieg hätte dem Vermächtnis Bismarcks ebenso widersprochen wie dem Charakter unseres Volkes und seines Oberhauptes, und sie wäre kaum zu vereinbaren gewesen mit der defensiven Anlage der nationalen Wehrverfassung. Vor allem aber, wie immer wir über die möglichkeitenreiche und noch längst nicht durchsichtige Politik jener Jahre urteilen mögen, wollen wir das eine nicht vergessen: es hing, bis zur Mordtat von Serajewo, an einem Faden, ob die friedliche Lösung nicht doch noch gelingen sollte. So wollen wir doch eine tiefe geschichtliche und ethische Notwendigkeit darin erkennen, daß wir, so wie es gekommen ist, auf den Weg unserer Bestimmung geführt wurden.

6. Die Einkreisung Mitteleuropas (1902—1914)

Um die Wende des Jahrhunderts ging die englische Politik, die in früheren Zeiten mit Vorliebe die Mitte Europas in ihren politisch-militärischen Dienst gegen die Flanken genommen hatte, nach gründlicher Vorbereitung immer erkennbarer zu dem umgekehrten Arbeitsplane über: die Flügelländer im Westen und Osten des Kontinents gegen die Mitte zu mobilisieren. Denn jetzt erblickte man in der Mitte den bedrohlicheren wirtschaftlichen Wettbewerb der Zukunft — im Unterschied von Frankreich und Rußland — und ein bewußteres politisches und maritimes Unabhängigkeitsstreben. Man mußte zwar um dieser Wendung willen in Paris und Petersburg eine viel höhere Kostenrechnung in der Welt zahlen, als man sie den Deutschen bewilligt haben würde,

dafür warb man zumal bei den Franzosen auch einen viel willigeren Angriffsgeist, als er von den Deutschen zu erwarten gewesen wäre. Und man glaubte wenigstens, eine größere rechnungsmäßige Wahrscheinlichkeit zu gewinnen, mit diesem Doppeldruck die gefürchtete Mitte lahmzulegen: diplomatisch, solange es ging, kriegerisch im äußersten Notfall.

In dieser Kursänderung, die schon im Jahre 1901 angestrebt und im Frühjahr 1903 unverkennbar für immer genommen wurde, liegt eine der größten weltgeschichtlichen Wendungen neuerer Zeiten. Auch wenn es sich nicht um die folgerichtige Durchführung eines von vornherein feststehenden „Programms" handelte, so wächst das einheitliche Pragma, das der Wille des politisch geschultesten Volkes der Erde dem folgenden Jahrzehnt aufprägen wird, zu immer höherer Geschlossenheit empor[1]).

Das Deutsche Reich und der von Bismarck begründete mitteleuropäische Block hatten sich als stark genug erwiesen, selbst dem Doppeldruck des Zweibundes Widerstand zu leisten: jetzt wurden sie vor eine Belastungsprobe von ganz anderer Art gestellt. Denn die größte Seemacht der Welt schickte sich an, von ihrer insularen Sicherheitslage aus die kontinentale Zange des Zweibundes Schritt für Schritt in ihre gewalttätigen Hände zu nehmen. Das war mehr als eine nur materielle Verstärkung des Gegengewichts, das mußte den Druck, dem die Mitte Europas von Natur ausgesetzt war, auch dynamisch unberechenbar steigern. Denn der von außen kommende motorische Antrieb, der die schlummernden Angriffskräfte in den beiden Hebelhälften an unseren Grenzen sofort belebte, lag außerhalb unserer eigenen Machtsphäre, er war nur zur See erreichbar; er konnte also nur durch das Wachstum unserer Flotte, und vielleicht nicht einmal dadurch, in seinen Grenzen gehalten werden. Ja, er schien, in seinem indirekten Spiel

[1]) Für diese der Vorgeschichte des Weltkriegs angehörige Entwicklung verweise ich auf die eingehende Darstellung, die ich in dem von O. Hintze, Fr. Meinecke, H. Schumacher und mir herausgegebenen Sammelwerk „Deutschland und der Weltkrieg" (Leipzig, B. G. Teubner; zweite erweiterte Auflage 1916), S. 531—722 gegeben habe.

kaum recht greifbar, sich außerhalb der vollen Verantwortlichkeit für die unvermeidlichen Folgen halten zu können. Jedenfalls wurde eine an sich von gegensätzlichen Tendenzen durchwogte Energiemenge fortan um einen einzigen Zweck versammelt, mit der sich keine andere Kräftekombination in der Welt vergleichen konnte. Nach einem politischen Erfahrungssatze mußte die Anziehungskraft der (wirklich oder vermeintlich) überlegenen Maschinerie immer mehr zu ihrem weiteren Ausbau beitragen; es lag auf der Hand, daß allein die Geschicklichkeit des deutschen Gegenspiels nicht ausreichen konnte, dieses Fortschreiten zu stören. Die Engländer glaubten endlich den archimedischen Punkt gefunden zu haben, von dem aus sie den als gefährlichst eingeschätzten Gegner im Stande verminderter Konkurrenzfähigkeit und politischer Unschädlichkeit erhalten und die Welt dauernd so bewegen konnten, wie ihr Wille für gut hielt. Die Weltreiche, Großbritannien voran, begannen vereint die Mittellage gegen uns auszuspielen, um die letzte Aufteilung, die über alle Zukunft bestimmen mußte, ohne die Zulassung eines diplomatisch mattgesetzten Mitteleuropas vornehmen zu können.

Die Verbindung Englands und Japans, die zugleich den ehemaligen türkischen Degen gegen Rußland entbehrlich machte, erfüllte alsbald ihre Aufgabe, die russischen Kräfte aus dem fernen Osten zurückzuwerfen und für die letzten englischen Verwendungszwecke zu erziehen. Gleichzeitig gelang es, den französischen Revanchegeist, der die russische Stütze vorübergehend von der Seite verlor, seiner wahren Bestimmung zuzuführen. Die neue Entente bedurfte zunächst keiner bindenden Vertragsbestimmungen, denn die nicht ausbleibenden Krisen reichten aus, um die Kräfte, die hier ihres Tages warteten, durch stete Zufuhr von Zündstoff für eine letzte Anstrengung reif zu machen. Während in dem Russenbündnis die „elsaß-lothringische Frage" durchweg außerhalb der Diskussion hatte gehalten werden müssen, begann die deutschfeindliche Publizistik Londons sich die französischen Forderungen mit aufreizender Geflissentlichkeit an-

zueignen; von Algeciras bis zum Marokko-Kongo-Vertrag arbeitete sie immer planmäßiger daran, die deutsche Defensive, die sich nur gegen das Ausgeschaltetwerden zur Wehr setzte, dem reizbaren gallischen Selbstbewußtsein als Fortsetzung der alten „Bedrohung" zu denunzieren; das gefährliche Spiel hatte schon nach wenigen Jahren einen solchen Erfolg, daß die besonnereren Männer in England über die feuergefährliche Wirkung erschraken. Die Franzosen aber, die schon im Jahre 1879 einen dritten Verbündeten für unentbehrlich zum Kriege erklärt hatten, glaubten endlich ihrer Sache sicher zu sein. Sobald die beiden Westmächte einig waren, begann ihr gemeinschaftlicher Druck die belgische Neutralität zu durchlöchern und somit für den Ernstfall die Einkreisung auf die verwundbarste Stelle des Deutschen Reiches auszudehnen.

Um auch Rußland, trotz des Japankrieges, zu der neuen Gruppe herüberzuholen, bedurfte es nicht nur mittelasiatischer Konzessionen, sondern vor allem jenes höchsten Lockmittels, das die englische Staatskunst seit Jahren erwog: Konstantinopels und der Aufteilung der Türkei. Der Verlauf der bosnischen Krisis, der zugleich die serbische Großmannssucht bedingungslos in die neue Angriffsfront einordnete, sollte die Appetite des enttäuschten russischen Nationalismus auf alle Hindernisse ausdehnen, die sich seinem Vormarsch auf Konstantinopel noch entgegenstellten. So erfuhren die Motive, die einst den Zweibund zusammengeführt hatten, eine ungeahnte Belebung; sie wurden im Dienste einer höheren Leitung planmäßig in aktive Angriffskräfte umgesetzt, die von verschiedenen Seiten her auf das eine Ziel des mitteleuropäischen Blocks losgingen.

Neben diesem Vorschieben der Laufgräben von außen her unternahm die englische Staatskunst gleichzeitig, die von Bismarck geschaffene Ordnung Mitteleuropas womöglich auch von innen her aufzulockern, ihre Grundlagen anzutasten, ihre Außenposten abzulösen, um letzten Endes die völlige Isolierung Deutschlands herbeizuführen. Ursprünglich hatte König Eduard ver-

sucht, den diplomatischen Kampf sogar in das innerste Lager der Mittelmächte hineinzutragen und auf die Bündnistreue des greisen Kaisers Franz Joseph mit heimlicher Lockung einzuwirken. Aber Österreich-Ungarn und sein Monarch bestanden die Versuchung, und in der bosnischen Krisis, der ersten ernstlichen Machtprobe, die dreißig Jahre nach dem Abschluß von 1879 durchgefochten wurde, konnte die deutsche Politik Treue um Treue vergelten. Die Gefahren, die von außen drohten, schmiedeten das Bündnis der Mittelmächte zu einer Festigkeit zusammen, daß es nun vollends zu einer einzigen Gemeinschaft auf Tod und Leben wurde. Denn auf beiden Seiten befestigte sich die Überzeugung, daß es sich nicht mehr um isolierte diplomatische Aktionen handelte, in denen man sich so oder so stellen konnte, sondern um das Bündnis überhaupt und seine vor der ganzen Welt zu erweisende Widerstandskraft. Die fortschreitende Einkreisung lehrte beide Mächte, den Sinn und Zweck ihres Bundes als ein wesenhaftes Stück ihrer eigenen Lebensgesetze zu begreifen. So gingen die Gegner dazu über, die Monarchie, die sie von unserer Seite nicht hatten loslösen können, von innen her mit schlechten Künsten und schönen Schlagworten aufzulockern, um alle zentrifugalen Elemente in ihr zum Sturmlauf gegen die Bundestreue oder gar gegen den Gesamtstaat selber aufzupeitschen.

Dadurch mußten unabsehbare Begehrlichkeiten der Nachbarn Österreich-Ungarns aufgerufen werden. So war der Minierarbeit der Gegner schon bei der dritten Macht des Dreibundes mehr Erfolg beschieden. Wer die Rolle Englands bei den Erneuerungen des italienischen Bündnisses seit 1887 kennt, wird nicht überrascht sein, daß es seine innere Festigkeit in der veränderten Weltlage mehr und mehr einzubüßen begann. Schon im Herbst 1902 rühmten sich die Engländer, daß das neue italienisch-französische Mittelmeerabkommen, das sie als düsteres Wetterzeichen am europäischen Horizont begrüßten, der geschickten Diplomatie Salisburys seine Entstehung mit verdanke; und trium-

phierend sagten die Eingeweihten voraus, daß wenn ein Abfall Italiens vom Dreibund die Folge sein solle, die Wichtigkeit „der Rolle Großbritanniens in der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens" ungeheuer gesteigert werden müsse[1]). In Wahrheit bewirkte diese in leeren Worten tätige Sorge um den europäischen Frieden nur, daß unter englischer Anleitung ein an Frankreich und bald auch an Rußland angenähertes Italien sich innerlich dem Dreibund entfremdete und den im Jahre 1882 zurückgestellten Irredentagelüsten wieder freien Raum ließ. Analoge Wirkungen sollten sich nach dem Balkankriege von 1912 auch im Parteileben Rumäniens herausstellen. Also wurden die von Anfang an im Dreibund vorhandenen problematischen Bestandteile immer stärker in Frage gestellt und frischer Zündstoff auf seine in den Verträgen von 1882/83 beruhigten inneren Reibungsflächen gelegt. Mehr und mehr machte Europa sich mit dem Gedanken vertraut, daß schon die nächste große Krisis die endgültige Auflösung des von Bismarck geschaffenen Werkes bringen könne.

Der Atmosphärendruck, von dem der Gründer unseres Staates einst die Mitte Europas befreit hatte, lagerte sich mit immer beklemmenderer Gewalt über unser Reich und seinen nächsten Bundesgenossen. Die rein machtpolitischen Ziele unserer Gegner vergeschwisterten sich mit nationalpolitischen Forderungen (soweit solche sich in den Rahmen des Gesamtprogramms einfügten) und wurden schließlich, um die urteilslose öffentliche Meinung der Völker zu beschäftigen, in allgemeinen freiheitlichen Schlagworten zusammengefaßt. Und während in den Zukunftsträumen aller feindlichen Politiker schon das Bild eines gegen uns vereinigten Europas, das der Weltkrieg zur Wirklichkeit machte, verheißend auftauchte, versuchten sie andauernd der eingekreisten Macht selbst unerträgliche Herrschaftsgelüste zuzuschreiben. Es war natürlich, daß das Deutsche Reich der diplomatischen Offensive gegenüber sich mit Gegendruck zur Wehr setzte, schon um — bei der materiellen Überlegenheit der uns bedrohenden Kombination

[1]) „Quarterly Review" Oktober 1902.

— keinen Zweifel an der Geschlossenheit und Widerstandskraft der von ihm geführten Mächtegruppe aufkommen zu lassen. Um so mehr bemühten sich die Leiter der Einkreisungspolitik, den ihr von der Mitte entgegengestellten Widerstand als ein Streben nach deutscher Hegemonie umzutaufen und sich das hergebrachte nationale Schlagwort der Engländer von dem bedrohten Gleichgewicht Europas gelehrig anzueignen.

Indem die einkreisenden Mächte ihre offensiven Absichten vor der Welt und vor ihren Völkern verbargen, klagten sie die deutsche Politik, die sich in einen Verteidigungszustand setzte, eines ganz unberechtigten Mißtrauens an. Nur gelegentlich verrieten sie ihre letzten Gedanken. Als im Herbst 1912 die halbamtliche „France militaire“ die Türken beim Ausbruch des Tripoliskrieges von der erwiesenen Ohnmacht der Deutschen zu überzeugen suchte, verstieg sie sich zu der unbedachten Prahlerei:

„Dieser junge deutsche Koloß mit den tönernen Füßen ist nichts als eine schlecht zementierte Masse, die sich mäßig gesichert hält in der Mitte Europas, aber außerstande ist, auf Entfernung wirksam zu handeln, ohne die Erlaubnis von England, Rußland und Frankreich.“

Schon glaubten unsere vereinten Gegner Mitteleuropa in seinem engsten Lebenskreise eingeschlossen und auf alle weitere Entfernung hin, d. h. in der Welt, das Spiel gewonnen zu haben. Das verschlagene Programm, das sich die Engländer während des letzten Jahrzehnts gesetzt hatten, wäre schon auf friedlichem Wege damit erfüllt gewesen — seine Helfer aber näherten sich jetzt immer heißhungeriger der Beute, die sie für sich begehrten. Zunächst gingen sie dazu über, die einzige weltpolitische Ausfallspforte, die die deutsche Politik sich seit den neunziger Jahren in der Türkei geöffnet hielt, zu verrammeln und mit einem Angriffsbündnis der kleinen Balkanmächte auch von Süden her „den Eisenring um den germanischen Leib zu legen“.

Damit sah Rußland die weltgeschichtliche Stunde zum Angriff auf die Türkei gekommen, um in einer Weltlage, wie sie ihm

vielleicht niemals wieder beschert sein würde, die Früchte eines säkularen Eroberungsdranges zu pflücken. Wie im Jahre 1876 Gortschakoff, so legte im Oktober 1912 der russische Minister Sassonow den deutschen Staatsmännern während eines Aufenthalts in Berlin die Gewissensfrage vor: Werdet ihr in einer großen orientalischen Krisis auf Österreich-Ungarn in der Richtung auf Frieden und Enthaltsamkeit drücken, mit anderen Worten, werdet ihr euren Bundesgenossen preisgeben? Ein Zurückweichen der deutschen Politik hätte nichts anderes bedeutet, als die eigene Zukunft preisgeben und zugleich die längst vorbereitete Isolierung mit eigener Hand vollenden. So mußte die deutsche Antwort die gleiche Ablehnung, wie ein Menschenalter vorher die Entschließung Bismarcks, aussprechen. Unmittelbar aber nach Sassonows Rückkehr ergingen in den nächsten Tagen jene erst neuerdings aufgedeckten geheimen russischen Anweisungen an die Kommandierenden der russischen Militärbezirke, die in dem Satze gipfelten: Mobilmachung ist Krieg auch gegen Deutschland.

Mit dem Balkankriege und der Zerstörung der Europäischen Türkei begann das letzte Stadium der feindlichen Vorbereitungen. In dem Vorgefühl des kommenden Zusammenbruches wuchsen an mehr als einer Stelle neue Begehrlichkeiten empor, um sich zur rechten Stunde zu der Einkreisung zu gesellen. Schon glaubte man im Balkankrieg einen Probesieg davongetragen und die Türkei von dem Kerne Mitteleuropas abgesprengt zu haben. Vor allem trieb in Frankreich die Stimmung der Herrschenden und der Massen auf den Krieg. Urteilte doch schon im Februar 1913 ein Mann, der im Zentrum der Verschwörung saß, der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, nicht ohne Sorge: „Von allen Mächten ist Frankreich die einzige, die, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde ... vor allem ist es Frankreich, das den Krieg verhältnismäßig am philosophischsten aufnehmen würde.“ Im folgenden Winter schallte der Ruf von der russischen Kriegsbereitschaft

immer aufreizender zur Seine hinüber und brachte alle Stimmen der Widerstrebenden zum Schweigen. In beiden Lagern des alten Zweibundes war unter englischer Leitung der Kriegswille unwiderstehlich geworden: stärker als die auf den friedlichen Erfolg ihrer einkreisenden Staatskunst eingestellten englischen Politiker — von den wahrhaft friedensfreundlichen Elementen abgesehen — es hatten erwarten können. Und mochten auch die Hände derer, die das Spiel geführt, sich bis in die Stunde der Entscheidung berühmen, daß sie „noch frei" seien: sie konnten und wollten, als das serbische Verbrechen und die russische Mobilmachung ihnen die Entschließung aufnötigten, ihr eigenes Werk nicht mehr verleugnen.

In der vermessenen Zuversicht auf ihre gewaltige Überlegenheit haben die französischen und russischen Eroberungspläne sich mit der großen Rechnung der Engländer vereinigt, um die Mitte Europas zu erdrücken.

Das neue Mitteleuropa

Die mitteleuropäische
Bündnispolitik nach dem Weltkriege
Ihre politischen, wirtschaftlichen
und kulturellen Probleme

1. Die militärisch-politische Problemstellung des Weltkrieges

Die von Bismarck vorausgesehenen Gefahren sind heute in einem Umfange, der alles menschliche Ermessen übersteigt, über seine Schöpfung hereingebrochen. Zugleich aber haben die Grundgedanken seiner mitteleuropäischen Abwehrpolitik von 1879 durch die Lehren dieses Krieges ihre höchste Bewährung vor der Geschichte erfahren: sie sind als unzerstörbare Realitäten bestätigt. Es kommt nun darauf an, die vor uns liegende Wirklichkeit mit Klarheit anzuschauen und die entscheidenden Konsequenzen, die sich aus ihr für die zukünftige deutsche Politik ergeben, aus ihr herauszuholen.

Seitdem sich die politische Konzeption der Einkreisung in kriegerische Handlungen umsetzte, hat die innere Logik weltgeschichtlicher Vorgänge auch die verborgenen Ursachenreihen, die auf diese Katastrophe hindrängten, vom Innersten her erhellt. Die Verteilung der Rollen, mit der der feindliche Vernichtungswille seine erdrückende zahlenmäßige Überlegenheit zur Geltung bringen wollte, arbeitet sich in dem Kriegsverlaufe immer sichtbarer heraus. Nach der ersten Anlage ihres Kriegsplans sollte der russisch-französische Zweifrontenkrieg, in dessen Westflügel die Engländer ihr kleines Expeditionsheer einschoben, die eigentliche Arbeit übernehmen; der Vorgeschichte der Kriegsvorbereitung entsprach es weiter, daß Serbien aktiv und Belgien passiv sofort die ihnen vorbestimmten Rollen übernahmen und die militärische Einkreisungsfront nach Südosten und Nordwesten erweiterten. Die geistigen Urheber des Weltkriegs aber hatten sich selbst eine Aufgabe vorbehalten, die ihrem Anteil an der Vorge-

schichte ebenso entsprach wie ihren Traditionen und Interessen. Die englische Weltmacht warf vom ersten Augenblick ihre eigentlichsten Kräfte, ihre Herrschaft über die See, die sie im fernen Osten durch die Japaner ergänzte, und ihre Verfügung über die Weltwirtschaft in die Wagschale. Sie konnte so hoffen, ohne allzu große Anstrengung den Beuteanteil heimzubringen, der für sie selber Kriegsursache und Kriegsziel zugleich war: die Aufrollung der deutschen Kolonien und die Vernichtung des deutschen überseeischen Handels. Darüber hinaus gipfelte der englische Kriegsplan darin, mit einer unzerreißbaren Absperrungslinie in der Nordsee die großen militärischen Einkreisungsfronten vollends zu schließen und dadurch unserer Kriegführung wirtschaftlich die Luft abzuschnüren. Oder wie es in dem vom Boxerplatz entnommenen brutalen Bilde Churchills hieß: es sollte dem nach links und rechts schwer kämpfenden Manne ein Knebel in den Mund geklemmt werden, bis sein Herz schwach wurde und alle Widerstandskraft erlahmte. Inzwischen sollte Zeit gewonnen werden, um mit der Aufstellung eines größeren Festlandsheeres und einer diplomatischen Durchbrechung des alten Bismarckschen Systems die letzte Entscheidung herbeizuführen. Man sieht, in der Hauptsache wiederholten sich in diesem Programm jene indirekten Methoden des Festlandskrieges, mit deren Hilfe England in den früheren Jahrhunderten, unter kluger Schonung der eigenen Kräfte und unter meisterhafter Ausnutzung seiner insularen Lage, sich seine einzigartige Weltstellung auf Kosten des Kontinents errungen hatte.

Als dieser Kriegsplan schon in den ersten Monaten vor dem Schwerte der Mittelmächte zerbrach, mußte die englische Politik und Kriegführung ihr Programm wider Erwarten erweitern. Indem sie im Londoner Vertrage vom September 1914 die Verbündeten bis zum Äußersten an sich fesselte, mußte sie die erhöhte Verantwortlichkeit durch einen immer stärkeren eigenen Einsatz zu Lande ausgleichen: schließlich so weit, daß sie die allgemeine Wehrpflicht einführte und einen beträchtlichen Teil der Westfront

an der Seite der weit zurückgedrängten Franzosen übernahm. Zum erstenmal in ihrem weltgeschichtlichen Aufstieg widerfuhr es der englischen Macht, daß sie auch die Hauptlast an Blutopfern in Reih' und Glied mit ihren Genossen auf ihre Schultern nehmen mußte. Um so mehr strengte sie sich an, die immer noch nicht ausreichende Einkreisungsfront durch die längst vorbereitete Durchlöcherung des alten Dreibundes zu erweitern. Der Politik der Einkreisung waren während des Krieges die letzten und stärksten Erfolge beschieden; denn Sonne und Wind standen in dieser ungeheuren Erschütterung Europas der insularen Diplomatie, die sich frei in unangreifbaren Weltbeziehungen bewegte, ebenso günstig, wie sie der Politik der eingeengten Mittelmächte entgegenwirkten. So geschah es, daß die Verlockung und der Zwang einer Koalition, der auf die Dauer ein gewaltiges Übergewicht gar nicht abzustreiten schien, auch unsere ehemaligen Verbündeten Italien und nach einem weiteren Jahre Rumänien in ihren Strudel rissen. Damit gingen die Außenposten der mitteleuropäischen Blockpolitik, von vornherein nur bedingt haltbar und längst erschüttert, für uns verloren: sie erwiesen sich im entscheidenden Augenblick als nicht unabhängig genug, um treu zu sein, und nicht treu genug, um ihren wahren Vorteil — der damals mit dem vollen Siege der Mitte hätte entschieden werden können — rechtzeitig zu erkennen. Wenn unsere Gegner diesen starken Machtzuwachs frühzeitiger und mit einem einzigen Schlage sich hätten sichern können, so würden sie sofort einen fast lückenlosen eisernen Ring um die Mitte herumgelegt und den Bestand der Donaumonarchie auf das schwerste erschüttert haben. Selbst heute, wo wir aus dieser politisch-militärischen Maschinerie schon entscheidende Bestandteile herausgeschlagen haben, entzieht man sich kaum dem scheinbar Zwingenden in der Feindesrechnung, daß von einem so allseitigen Riesendruck die Mitte schlechterdings hätte zermalmt werden müssen.

Um so bedeutsamer war es, daß es der Diplomatie der Mittelmächte gelang, für den Abfall treuloser, weil inhaltlich niemals

durch gleiche Ziele mit uns verbundener Genossen neue und wertvollere, vor allem durch die Identität ihrer Daseinsinteressen an uns geknüpfte Freunde in den Türken und Bulgaren zu gewinnen. Mit dieser Achsenverschiebung des ehemaligen Dreibundes nach Südosten konnte der gigantische Einkreisungsplan der Gegner an der wichtigsten Stelle durchbrochen werden. Wir aber gewannen diejenige weltpolitische Bewegungsfreiheit, auf die seit den neunziger Jahren alles angelegt war, auch für unser militärisches Handeln und konnten im Verein mit unseren Bundesgenossen die Entscheidungen des Balkankrieges von 1912/13 von Grund aus umstürzen. Damit hat der Krieg, ein schöpferischer Zerstörer auch hier, ein neues Mitteleuropa im weitern Sinne, einen neuen Vierbund geschaffen, der nicht durch die zerreißbaren Fäden diplomatischer Verabredung, sondern aus gemeinsamer Tat geboren, durch die tiefsten innern Notwendigkeiten aneinandergeknüpft ist. Also konnte die Mitte, die sich den Augen der Welt als immer untrennbarere Einheit darstellte, nicht nur ihr Leben behaupten, sondern nach siegreicher Abwehr schon dazu übergehen, die Grundlinien ihres gemeinsamen Lebensprogramms für die Zukunft zu entwerfen. Der Strom der Ereignisse ist so übermächtig an uns vorübergerauscht, daß unser politisches Denken, unter dem Ansturm immer neuer Probleme, den weltgeschichtlichen Inhalt dieser drei Jahre noch kaum restlos zu verarbeiten vermochte: sehen wir zu, was wir schon so festhalten, daß wir hoffen dürfen, es heimzubringen.

Wir gedenken zunächst dessen, was uns Deutsche als Volk, im weitesten Umfang genommen, als gemeinsames Erlebnis angeht. Zum ersten Male seit dem Mittelalter sind alle Stämme unseres Volkes, selbst die voneinander entferntesten und sich fremdesten Glieder der großen Gemeinschaft in einer einzigen Front vereinigt im Felde erschienen. Wann hatten je zuvor die Söhne der Nordmark, Schleswiger und Ostpreußen den Deutschen aus den Alpenländern und aus Böhmen da draußen die Hand gereicht? Wenn jetzt an der weiten Ostfront Branden-

burger und Österreicher, Pommern und Schlesier, alle Stämme des deutschen Koloniallandes, sich in den Sieg teilten, dann war vergessen, wie erbittert sie in friderizianischer Zeit ihre Kräfte aneinander gemessen hatten. So verband die Deutschen des neuen Reiches und der alten Ostmark, die zur selbständigen Großmacht aufgestiegen war, jetzt in Not und Sieg das beseligende Gefühl, daß alle Klüfte alter und neuer Trennung für immer ausgefüllt waren. Jetzt halfen bayrische Regimenter dem Tiroler Landsturm an der Südgrenze deutscher Volkskraft und warfen einen andern welschen Gegner aus den Sachsendörfern Siebenbürgens hinaus. Rheinische und elsässische Regimenter stießen in den befreiten deutschen Siedlungen Galiziens auf die Nachkommen derer, die einst vom Oberrhein im 18. Jahrhundert dem Rufe der Habsburger gefolgt waren; und der Schwarzwälder, der jetzt in dem serbischen Nisch die kaiserliche Standarte grüßte, mochte sich erinnern, daß an derselben Stelle vor mehr als zweihundert Jahren der badische Türkenlouis als österreichischer Feldmarschall den Sieg gewonnen hatte. Wie vor siebenhundert Jahren zogen Westfalen, Niedersachsen und Friesen in die deutschen Städte Kurlands ein und brachten stammverwandtem Blute Befreiung; an der Westfront aber erfuhren sie mit freudiger Überraschung, daß man auf dem Boden Flamlands noch immer das heimische Platt verstand. Der heimattreue und weltumschweifende Schwabe erlebte jetzt, daß auch die Schwaben in den Karpathen und im Banat zu seinen Kampfgenossen gehörten, und wenn er Glück hatte, durfte er sogar in Palästina Gemeinden heimischer Art begrüßen. So wurde der unerschöpflichen Volkskraft, die aus dem Herzen Europas quillt, in unerwartetem Sinne das Ganze verklungener deutscher Geschichte lebendig, und als mit dem Fortschreiten des Krieges auch die Stämme innerhalb der Regimenter immer mehr durcheinander geschüttelt wurden, da empfand auch der Einzelne den Segen der so oft im Liede besungenen Einheit. Was den andern großen Völkern als natürliches Geschenk ihrer geschichtlichen Entwicklung beschieden, dem Deutschen aber

solange vom Schicksal versagt geblieben war, das gab ihnen der Weltkrieg, der fast nirgends deutsches Blut gegeneinander trieb. Der ideelle Gehalt dieses Erlebnisses wird, auch ohne daß wir politische Folgerungen aus ihm ziehen, und um so mehr, weil wir das nicht tun wollen, unserer Nation für immer erhalten bleiben.

Nicht minder dankbar sind wir, daß zum ersten Male eine Weltkrisis, die weithinaus das Geschick des Erdteils und unsere eigene Zukunft bestimmen wird, nicht auf dem kampfzerwühlten Boden Mitteleuropas ausgefochten worden ist. Keine Erkenntnis fällt unseren Feinden schwerer als diese: daß es sich hierin um einen endgültig entschiedenen weltgeschichtlichen Prozeß handelt. Das in den Jahren 1870/71 und 1879 begründete Widerstandszentrum war stark genug, um die schwerste Last des Krieges den Grenzländern derer aufzubürden, die uns zerschmettern wollten: nach allen Seiten trugen die Mittelmächte ihre Waffen in feindliches Gebiet, über Belgien nach Nordfrankreich, über Serbien nach Mazedonien; sie besetzten Polen, Litauen, Kurland, Rumänien und drangen bis an den Rand des eigentlichen Rußlands vor. In diesen Siegen kam die Überlegenheit der innern Linie, die der strategische Ausdruck für die politische Defensivstellung des von Bismarck begründeten Blocks ist, entscheidend zur Geltung. Die jenseits unserer Grenzen besetzten Bastionen von Antwerpen, Zeebrügge und Lille bis nach Mitau, Wilna und Warschau, bis nach Belgrad und Bukarest sind Zeugen dafür, wie unüberwindlich die vereinte politisch-militärische Lebenskraft der Mittelmächte in die unmittelbar benachbarten Feindesbereiche hinausgreift. Es ist begreiflich, daß dieselben natürlichen Gesetze der Strategie, auf denen die Erfolge ruhen, uns auch die Grenze der Wirksamkeit unserer Kräfte setzen; wo sie über eine gewisse Entfernung von ihrer Basis hinaus wirken wollen, erreichen sie naturgemäß die Linie, an der die quantitative Überlegenheit des Feindes sich zur Geltung bringen kann. Dieses militärische Kräfteverhältnis gibt zugleich auch den Rahmen an, an den das sichere politische Auswirkungsvermögen

der Mittelmächte zur Zeit gebunden bleibt. So hat der Krieg mit seinem unerbittlichen Wirklichkeitsdrang wiederum den tiefsten Sinn der Dinge herausgestellt: die geographisch geschlossene Einheit, die natürliche Grundlage des Bundes der Mittelmächte, erweist sich als Quelle und Maß ihrer kriegerischen Leistungsfähigkeit.

Indem sie sich also der stärksten aller Koalitionen der Weltgeschichte erwehrten, haben sie das von Friedrich dem Großen in heroischem Stil gegebene Beispiel, an dem einst Bismarck seine in die Zukunft schweifenden Sorgen orientierte, in gewaltig gesteigerten Dimensionen wiederholt. Es liegt ein tiefer Sinn darin, daß die Geschichte des deutschen Volkes und nicht minder die Entwicklung der habsburgischen Monarchie immer wieder durch Lebenskrisen solcher Art hindurch müssen. Die Gleichheit der Lage bedingt die Gemeinsamkeit ihres Schicksals. Die neuere Geschichte Bulgariens wie der Türkei hat auch diese beiden Staaten ähnlichen konzentrischen Überfällen ausgesetzt: auch insofern gesellt ein Zug von verborgener Schicksalsverwandtschaft sie zu ihren Verbündeten in Mitteleuropa.

Schon in diesem Stadium des Krieges sind die Früchte unserer Siege in weltgeschichtlichen Ereignissen gereift, die ohne sie nicht denkbar gewesen wären. Wenn die einst unter russischem Druck vollzogene Zerstörung eines nationalen polnischen Staates wieder rückgängig gemacht wird, wird die kontinentale Staatengesellschaft ein dauernd anderes Gesicht bekommen. Noch endgültiger scheint die zweite große Tatsache festzustehen, daß Rußland aus der Machtsphäre des Balkans ausgeschaltet worden ist, und daß die Neuordnung hier nach dem Willen der autonomen Balkanvölker vor sich gehen wird. Vor allem aber hat eine der gewaltigsten und eigentümlichsten Hervorbringungen der neueren Geschichte, der russische Zarismus, der nach seiner Niederlage in seinem Volke so wenig wie in seinem Heere eine Stütze fand, den Stoß ins Herz erhalten. Damit ist ein Staatsgebilde, das seit langem auf der Mitte Europas wie ein Alpdruck lastete und

den äußeren Anstoß zum Bruch des Weltfriedens gab, von einer Nemesis ohnegleichen ereilt worden. Ganz abgesehen von den unberechenbaren Folgen, die von hier aus auf die gesamte Staatengesellschaft Europas übergreifen können, ist für unsere Lage im Kriege die Augenblickswirkung bedeutsam: der östliche Flügel jenes naturgesetzlichen Druckes, auf den die französische Revanche seit 1871 lauerte, liegt gelähmt am Boden. Aus der großen Zange, mit der die englische Einkreisung seit einem Jahrzehnt arbeitete, ist der stärkere Hebelarm schon halb herausgebrochen, und die krampfhaften Versuche der Westmächte, ihn noch einmal in Betrieb zu setzen, werden ihn vollends zerstören. Das System der gegen Mitteleuropa gerichteten Politik hat einen kaum verwindbaren Schlag erhalten.

Damit haben wir allerdings den geistigen Urheber dieser Politik, die den Weltkrieg verbrochen hat, das Haupt und die Seele des Massenbundes, bisher nur mittelbar (ebenso wie in Belgien, in Nordfrankreich und vor den Dardanellen) treffen können. Wir haben aber nicht verhindern können, daß er sich fast aller unserer überseeischen Kolonien bemächtigte und unsere Handelsflagge vom Weltmeer ausschloß. Wir waren noch weniger imstande, die Verschleppung des Krieges durch die Engländer, die auf die Zeit als stillen Verbündeten rechneten, wirksam zu durchkreuzen. Erst mit dem uneingeschränkten Tauchbootkrieg haben wir ein Mittel in die Hand genommen, das in die eigenste Machtsphäre Englands so tief einschneidet, daß es von hier aus zum Frieden gezwungen werden kann. Damit machen wir endlich die Zeit zu unserem Bundesgenossen gegen eine noch so sehr wachsende Koalition und setzen der indirekten Kampfweise der englischen Politik, die wir nur auf dem Kontinent fassen konnten, eine dem Wesen ihrer eigenen Macht entsprechende Waffe, einen neuen Seekrieg und ein neues Seerecht entgegen, die dem maritimen Haupt unserer Feinde an das Leben rührt: jener Vorsprung der insularen Lage, auf dem alle gewalttätige Verschlagenheit der englischen Politik ruht, wird von neuen über-

legenen Kampfmethoden eingeholt. Jetzt ist die weltgeschichtliche Auseinandersetzung auf ihre letzte nicht mehr zu überbietende Höhe gelangt. Die von Großbritannien geführte Mächtegruppe meint jetzt schon das Gleichgewicht nur dadurch aufrechterhalten zu können, daß sie als Ersatz für die zerbrochene russische Dampfwalze die ungewissen Hoffnungen auf Amerika in ihre Rechnung einstellt und die Reste der ihnen preisgegebenen neutralen Welt anzündet. In dieser äußersten Steigerung des Vernichtungswillens handelt es sich noch immer um das, wovon die Vorgeschichte dieses Krieges ihren Ausgang nahm: um die Weltstellung Deutschlands und Mitteleuropas in der Zukunft. Nur daß wir nunmehr unser Dasein und unsere Geltung auch noch gegen die äußerste aller Möglichkeiten, gegen den Zusammenschluß der angelsächsischen Rasse, zu behaupten haben — gegen jene Kombination, die der zukünftigen Weltpolitik allem Anschein nach den Stempel aufdrücken wird.

Eine Welt von Problemen hat sich vor uns eröffnet, die alle aus den Voraussetzungen unserer Lage und unserer Geschichte seit 1871 auftauchen und doch unter der universalen Erschütterung eine veränderte Gestalt und eine drängendere Bedeutung gewonnen haben.

2. Die Zukunft des Bündnisses mit Österreich-Ungarn

So wie der einzelne Staat in den Zeiten der Prüfung sein Fundament tiefer in die eigene Nation legt, so fühlen heute die beiden Mittelmächte, nachdem sie die höchste Feuerprobe bestanden, sich gedrängt, das Fundament ihres Bundes noch tiefer in die Seelen ihrer Völker zu senken. Sie wollen nicht nur auf dem Wege der organischen Ausgestaltung ihres Verhältnisses fortschreiten, die Bismarck und Andrassy schon im Jahre 1879 erwogen, sondern sie haben sich auch überzeugt, daß sie zur Herbeiführung dieses Endziels sich um jene unsichtbaren Voraussetzungen

kümmern müssen, an die gemeinsames Handeln in der Welt der Wirklichkeit geknüpft ist. Mochte das Bündnis bisher wesentlich in einer für die Staaten verbindlichen diplomatischen Abmachung der Regierungen bestehen, so wollen und müssen die Völker jetzt eine Verpflichtung, die sie mit unendlichen Opfern an Gut und Blut aneinander band, als einen freiwillig und innerlich ergriffenen Bestandteil ihres Daseins in beiden Lagern, soweit es möglich ist, sich zu eigen machen. Damit ist die Aufgabe gestellt, nicht nur die Gemeinsamkeit der Interessen auszudehnen, die dieses Bündnis wie jedes andere tragen muß, und es über die Unberechenbarkeiten innerpolitischer Strebungen und diplomatischen Geschäftsbetriebes dauernd hinauszuheben: sondern ihm auch einen gesicherten Platz in dem gesteigerten ethisch-kulturellen Selbstbewußtsein der Völker anzuweisen.

Um die gefühlsmäßige Vertiefung solcher Gedankenreihen hat sich namentlich Friedrich Naumann nach beiden Seiten hin ein unschätzbares Verdienst erworben. Seine warmherzige und bewegliche Geistigkeit war wie geschaffen, für den elementaren Drang des Völkerempfindens einen wahlverwandten Ausdruck zu finden. Man darf aber darüber nicht vergessen, daß der Schwung Naumanns nicht durchweg ein volles Gegengewicht in seiner politischen Klarheit findet. Vielmehr weisen seine historischen Voraussetzungen und seine praktischen Folgerungen nicht immer die Erdennähe realen staatlichen Denkens auf, um die ausgelösten Stimmungswerte in gangbare politische Münze zu verwandeln. Man fühlt sich wohl erinnert an die „Phantasie" in einer Radierung Max Klingers: ein luftiges Menschenkind in einer hochfliegenden Schaukel, deren Seile irgendwo in den Wolken befestigt sind. Kann man aber gerade bei den schwierigen Problemen, um die es sich handelt, die im Boden der Wirklichkeit gegründeten festen Tragbalken entbehren?

Das gilt namentlich von allen Gedanken Naumanns, die auf einen mitteleuropäischen Oberstaat abzielen oder gar von einem neuen mitteleuropäischen Typ des Menschen sprechen. Ich möchte

diese ganze Vorstellungswelt ablehnen, nicht nur weil sie mir unrealisierbar erscheint, sondern weil ich ihre Realisierung, selbst wenn sie denkbar wäre, für gar nicht erstrebenswert halte. Die staatlichen und nationalen Individualitäten sind in ihrem eigenkräftigen Sonderleben viel zu wertvoll, als daß sie zugunsten künstlich abgeleiteter Begriffe verdrängt werden dürften. Denn diese großen historischen Besonderheiten stellen nicht anormale Abweichungen von einer vermeintlich allgemeingültigen Regel dar, sondern sie enthalten das Leben selber, das dem Allgemeinen Übergeordnete, den feinsten Reiz und das innerlichste Ziel des Geschichtsverlaufs. Es geht im Völkerleben wie im Leben der einzelnen: seine Individualität bereichert nur, wer sie behauptet, nicht wer sie durch Anpassung und Unterordnung auszudehnen vermeint. Gewiß bleiben die Ideen Naumanns denkwürdig als ein Ausdruck der heißen Glut des Zusammenhaltens in der Kriegsnot. Aber wie sie geschichtsphilosophisch von einer falschen Einschätzung des autonomen Lebensgehaltes der großen Mächte ausgehen, so können sie, auf die praktische Politik übertragen, leicht wider Willen dazu beitragen, auch den realisierbaren Inhalt der mitteleuropäischen Probleme zu diskreditieren. Der Souveränitätsdrang der Staaten fällt nun einmal mit dem natürlichen Lebensgefühl der Völker selber zusammen: sie wollen sich nicht mediatisieren lassen, weder zugunsten eines andern Staates, noch zugunsten einer überstaatlich konstruierten Verbindung. Wie könnten wir auch erwarten, daß die Nationalitäten Österreichs, die sich schon leidenschaftlich gegen eine allzu starke Zentralisation ihres eigenen historischen Staates verwahren, mehr Bereitwilligkeit zeigen würden, in dem künstlichen Gebilde eines farblosen Oberstaats aufzugehen?

In der folgenden Erörterung wird daher grundsätzlich der Boden der absoluten Souveränität der einzelnen Bündnisglieder nicht aufgegeben. Auch soll nicht verkannt werden, daß hüben und drüben die Einstellung zu den inneren Bündnisproblemen nicht genau die gleiche sein kann, sondern sich auch den

individuell verschieden gefärbten Lebensbedürfnissen des einzelnen Staates anzupassen hat — nur in dem Maße, wie diese Bedürfnisse identisch sind, wird die Vertiefung des Bündnisses sich beiden Teilen als Steigerung ihrer Sonderkraft nachweisen lassen.

Da ist es entscheidend, daß die Beweggründe, die im Jahre 1879 zur Begründung des Bündnisses führten, nach dem Kriege in zwingendem Maße wirksam bleiben werden. Ebendeshalb werden beide Mächte, unbeschadet ihrer individuellen Bewegungsfreiheit, diese grundlegende Voraussetzung ihrer Weltstellung niemals aufgeben können, ohne sich empfindlich zu schwächen. Wie vor dem Kriege, so hat es auch während des Krieges nicht an Versuchen des Gegners gefehlt, diese Verbindung zu lockern oder zu sprengen. Man ist aber jetzt in Österreich-Ungarn durch die schwersten Erfahrungen belehrt worden, daß jeder Keil in das Bündnis der Mittelmächte für den inneren Bestand der Doppelmonarchie lebensgefährlich werden müßte. Die Gewalten, die auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns ausgegangen sind und noch zur Stunde ihre Räuberpläne nicht aufgegeben haben, werden auch durch ihre Niederlage nicht für immer lahmgelegt werden: sie werden ihr Haupt wieder erheben, wenn die vereinte Widerstandskraft Mitteleuropas ihnen nicht mehr die gleiche dünkt wie heute, aber sie werden sich bescheiden müssen, wenn sie wissen, daß sie in Zukunft vollends auf Granit beißen. Gewiß ist es nicht wahrscheinlich, daß nach dem Fehlschlag des Weltkriegs sich schon sehr bald eine Riesenkoalition gleich der heutigen gegen uns zusammenfinden wird: wie wir schon während des Krieges die Bedingungen dafür zu einem Teile außer Kraft gesetzt haben, so werden wir im Frieden vollends Sorge tragen, daß sie so nicht wiederkehren wird. Damit können wir aber die natürlichen Voraussetzungen, die sich aus unserer Mittellage ergeben, doch nicht ganz aus der Welt schaffen und noch weniger die Verlockung für eine außerkontinentale Macht, sich diese Möglichkeiten zunutze zu machen und noch einmal auf Koalitionenbildung auszugehen. Wir haben nur eins zu tun: wir können unsern

Nachbarn im voraus den Mut dazu benehmen. Wir würden ihre feindseligen Entschlüsse ermutigen, wenn wir uns isolieren; wir würden sie von vornherein lähmen, wenn wir nun vollends fest zusammentreten. Je unangreifbarer das Bündnis der Mittelmächte für alle Umtriebe der Feinde wird, desto aussichtsloser wird die Verführung für sie werden, in Zukunft noch einmal zu einer Politik der Einkreisung und Zertrümmerung zurückzukehren. Macht wird immer Macht anziehen. Uneinigkeit und Schwäche reizt nur die Schakale, die nie aufhören werden, die Mitte zu umkreisen. Daraus ergibt sich, daß eine Verständigung über die formale Befestigung unseres Bündnisses, über seine organische Einfügung in das Staatsrecht der beiden Verbündeten, wie schon Bismarck sie ursprünglich mit Andrassy erwog, die sicherste Garantie für den Bestand der beiden Mächte und damit für den europäischen Frieden sein wird.

Wenn dieses „ewige Bündnis" seinen Zweck erfüllen soll, muß es die dauernde Bereitstellung der Mittel für diesen Zweck allem andern überordnen. Der Weltkrieg hat uns die Lehre gebracht, daß der Verteidigungsapparat Mitteleuropas wie eine Präzisionsmaschine ineinandergreifen und von allen Wechselfällen unabhängig gemacht werden muß, wenn die in diesem Kriege nur mit dem höchsten Aufgebot der Kräfte behauptete Überlegenheit der Qualität und der inneren Linie bewahrt werden soll: für alle kommenden Fälle müssen wir auf die denkbare Höchstleistung rechnen dürfen. Es ist den leitenden Militärs auf beiden Seiten nicht verborgen geblieben, daß unsere Defensivstellung am sichersten ruhen würde auf einer weitgehenden Angleichung der militärischen Einrichtungen, soweit sie sich übertragen lassen, ohne den individuellen Geist eines Heeres, wie er durch Tradition und Volksart bestimmt wird, zu beeinträchtigen. Es würde sich also handeln um die gleiche Praxis der Aushebung, Ausbildung und Bewaffnung, um den Austausch aller technischen und organisatorischen Errungenschaften, um eine intensive Fühlungnahme der Führung und Erprobung, um

ein kombiniertes System der Grenzbefestigung und der militärischen Verkehrsmittel. Es versteht sich, daß eine solche Angleichung unter wechselseitiger Kontrolle auf dem Boden der absoluten Parität vorgenommen werden muß, nicht minder aber, daß sie nicht in einem diplomatischen kurzfristigen Bündnis, das eines Tages durch andere Kombinationen abgelöst werden könnte, sondern mit Erfolg nur in einem Verfassungsbündnis durchgeführt werden kann, das von den Völkern nicht mehr diskutiert wird. Wenn wir annehmen dürfen, daß schon der Krieg eine Reihe von Abmachungen gezeitigt hat, die den Charakter einer Militärkonvention tragen, so hoffen wir in der weitern Annahme nicht fehlzugreifen, daß damit auch grundsätzliche Vereinbarungen für die Zukunft vorbereitet worden sind.

In demselben Gedankengange sind von allen Seiten Vorschläge gemacht worden, das Bündnis auch durch eine wirtschaftliche Annäherung zu verstärken. Nicht in dem Glauben, durch wirtschaftliche Freundschaft der politischen Freundschaft das eigentlich belebende Blut zuzuführen: das hieße von untergeordneten Einzelinteressen aus das höchste Lebensbedürfnis eines Staates meistern zu wollen, und unsere italienischen Erfahrungen raten davon ab, sich solchen Täuschungen hinzugeben. Sondern weil wir die politische Freundschaft von Dauer erachten, dürfen wir es wagen, auch die wirtschaftlichen Interessen beider Seiten durch einen organischen Ausbau ihrer Beziehungen aneinander zu knüpfen. Von der Not des Krieges auch wirtschaftlich aneinander gepreßt, haben wir gelernt, was wir uns werden können, und der Kampf gegen verwandte Wirtschaftssorgen nach dem Kriege wird uns immer wieder auf gemeinsamen Wegen zusammenführen: selbst wenn wir uns sträubten, diese Lehre anzunehmen, würden die wirtschaftlichen Zukunftspläne unserer Gegner — soweit sie mehr als phantastische Erzeugnisse des Hasses sind — uns dazu nötigen.

Dabei haben wir uns vor einer Illusion von vornherein in

acht zu nehmen: als wenn eine mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, sie möge angelegt sein, wie sie wolle, ihren Gliedern und vor allem den Deutschen einen vollgültigen Ersatz für die zerstörten weltwirtschaftlichen Beziehungen in Zukunft bieten könnte. Die Zahlen der Wirtschaftsstatistik vor dem Kriege sagen deutlich genug, daß davon keine Rede sein kann. Es wäre daher ein schwerer Irrtum, durch ein Übermaß mitteleuropäischer Bindung die weltwirtschaftliche freie Hand zu verscherzen und damit die Lebensnotwendigkeiten beider Reiche zu schädigen. Vor allem wir Deutsche müssen uns hüten, das Ideal einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft in einen Gegensatz zu unseren weltwirtschaftlichen Gesamtinteressen zu bringen. Vergessen wir das eine nicht: Mitteleuropa kämpft, indem es sein Selbst gegen eine Welt behauptet, nicht etwa nur um ein Sichselbstgenügen, das es von der Welt ausschließen würde, sondern umgekehrt, um unser Ausgeschaltetwerden von der Welt zu verhindern. Wir würden ja dem englischen Kriegsmotiv zu einem glänzenden Triumph verhelfen, wenn wir uns in uns selber einkapseln oder auf ein mitteleuropäisch-balkanisches Programm beschränken wollten. Das neue Mitteleuropa nach dem Kriege soll gerade durch seine siegreiche Behauptung instand gesetzt werden, seine Lebenskräfte in dem großen Weltwettbewerb der Völker zu betätigen: es wird daher in einem geschlossenen Kolonialreich — worauf ich in einem späteren Zusammenhange zurückkommen werde — seine unentbehrliche wirtschaftliche Ergänzung zu suchen haben.

Dieses im vorhinein zugegeben, müssen wir bekennen, daß die autarkischen Kräfte wie unserer eigenen Volkswirtschaft, so auch der verbündeten Volkswirtschaften einer wesentlichen Steigerung bedürftig und fähig sind. Da alle militärisch-politische Leistungsfähigkeit in ihrer Tiefe auf wirtschaftlichen Fundamenten ruht, so haben wir die Pflicht, zu untersuchen, in welchem Maße sie gemeinsam von uns ausgebaut werden können. Und da im Kriege die beiden Volkswirtschaften hinsichtlich der Lebens-

mittel, Rohstoffe und Fabrikate fast ausschließlich aufeinander angewiesen waren, so lag es nahe, dieses Ergänzungsverhältnis zu einem dauernden Verbande vermöge einer Zollgemeinschaft oder einer weitgehenden Zollannäherung auszugestalten. So kam es, daß anfänglich die Frage der Zollbeziehungen im Vordergrunde der Erörterungen stand, bis man erkannte, daß die staatliche Regelung der Tarifpositionen doch nur einen Teil des ganzen Problems, und vielleicht nicht einmal den entscheidenden, ausmache. Es ergab sich dabei, daß eine mitteleuropäische Zollunion, die den Idealisten zunächst vorschwebte und die im Rahmen der großen Weltwirtschaftskörper der Zukunft als Endziel niemals aus dem Auge verloren werden darf, zur Zeit noch eine Unmöglichkeit ist. Die Weltwirtschaft von heute ist eben in den letzten fünfzig Jahren ein viel zu kompliziertes Gebilde geworden, und die deutsche Volkswirtschaft ist viel zu tief in sie verflochten, als daß wir ohne weiteres an die Entwürfe und Argumente der großdeutschen Zollvereinler von 1849—1865 wieder anknüpfen könnten. Auch über die wirtschaftspolitischen Stufen, die auf ein solches Endziel hinführen würden, denken sowohl die Fachmänner wie die Interessenten auf beiden Seiten noch sehr verschieden. Man muß sich mit dem zur Zeit Erreichbaren, das beiden Teilen heilsam ist, begnügen nnd sich bewußt bleiben, daß man am Anfang eines langen Weges steht. Wir haben zunächst erkannt, daß nur die Schöpfung ähnlicher rechtlicher und finanzieller, verwaltungstechnischer und sozialpolitischer Voraussetzungen eine strengere Wirtschaftsgemeinschaft wirksam vorbereiten kann: aber wir sehen darin nicht Schwierigkeiten, die uns abschrecken, sondern Aufgaben, die uns locken. Je länger die Wirtschaftslage des Krieges nachwirken wird, um so mehr werden uns die Behelfsmittel der Kriegszeit zu organischer Gestaltung nötigen. Wir werden vor den gleichen Aufgaben der Rohstoffversorgnng, der Valutaregulierung, des Wiederaufbaus des Außenhandels stehen: wir werden dafür durch eine Annäherung unseres Handelsrechts, unseres Münzwesens, unseres Über-.

seeverkehrs nur gewinnen können. Je wichtiger der wechselseitige Austausch unserer Güter wird, um so bedeutsamer wird auch der Ausbau einheitlicher Verkehrsmittel werden, vor allem der Bau der Kanalstraßen, die das Flußnetz des Rheins, der Elbe und der Oder mit dem der Donau verbinden. Die politische Einheit Mitteleuropa wird dadurch nach innen organisch und lebendig gegliedert, für den Krieg wie für den Frieden in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zusammengerafft werden.

Wenn nach dem Worte Rankes das Maß seiner Unabhängigkeit dem einzelnen Staate seine Stellung in der Welt gibt, so wird auch ein zur Dauer bestimmtes Bündnis seinen Zweck nur dann erfüllen, wenn es seinen Gliedern diese innere Unabhängigkeit — und dazu gehört auch eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit — zum Höchstmaß zu steigern imstande ist.

Schon aus den bisherigen Beispielen erhellt, daß wirtschaftliche Annäherung sich nicht in staatlichen Maßnahmen erschöpft, sondern unendlich wirksamer in den freien Formen der Wirtschaft zur Geltung kommt. Mit Recht wird von nationalökonomischer Seite geurteilt: „Heute sind die Verkehrsmittel, die finanziellen Abhängigkeiten, das Auswanderungswesen, die Kreditverhältnisse und die Kartelle in weit stärkerem Maße von ausschlaggebender Bedeutung für die Handelsbeziehungen der Völker untereinander als die Zölle. Im internationalen Verkehr haben die freien Kräfte der Weltwirtschaft die staatlichen Mittel bei weitem übertroffen und sie gesprengt: auf sie kommt es an[1]." Der Staat wird sich in vielem beschränken auf die Rolle, diese Kräfte zu entbinden und zu leiten, und es ist gewiß, daß schon diese Aufgabe in beiden Lagern des Bündnisses ein wahrhaftes Vertrauensverhältnis voraussetzt, um widerstreitender Einzelinteressen Herr zu werden. Die freien Kräfte müssen auch von sich aus einander suchen, in bewußter Erkenntnis gemeinsamen Interesses. Denn wirtschaftliche Gemeinschaften solcher Art

[1] Fr. Eulenburg im Archiv für Weltwirtschaft, Jahrgang 1916.

können nur von einer wirklichen Freundschaft der Völker selbst getragen werden. Hier steht ein weites Feld vor uns offen.

Wir müssen das Werk Bismarcks und Andrassys dadurch vollenden, daß wir die Staatsverträge, die das Bündnis der Zukunft tragen, auch zu einem kulturellen und sittlichen Gemeinbesitz auf beiden Seiten machen. An solchem Bestreben hat es bisher auf beiden Seiten gefehlt. Gestehen wir Deutsche es offen ein, daß wir uns um eine innerlich-geistige Fühlung mit den Völkern Österreich-Ungarns — mit den Deutsch-Österreichern allein ist es nicht getan — bisher nicht allzu ernst bemüht haben. Auch in den Bündnissen der Gegenwart hat sich die scharfe Arbeitsteilung zwischen der diplomatischen Geschäftsführung und den geführten Völkern längst überholt, und es bedarf heute eines verfeinerten Ergänzungsapparates, in dem auch die freie Tätigkeit der Völker ihre Stelle findet. Wenn wir die geistige Annäherung verfolgen, die seit etwa 1900 die englisch-französische Angriffsentente einleitete und begleitete, oder das unsichtbare System einer Kulturpolitik, das die Engländer seit einem Menschenalter in Amerika anwenden, so werden wir uns klar darüber sein, daß auch wir zu neuen Formen und Methoden zu greifen haben. Ist es nicht für uns Reichsdeutsche beschämend, daß die aufschlußreichsten historisch-politischen Werke über die inneren Probleme der Doppelmonarchie neuerdings von Engländern und Franzosen, wenn auch ausgelöst von politischen Beweggründen, geschrieben worden sind — daß manche von uns in vielen Teilen der Welt besser zu Hause sind als in den Ländern und den Seelen unserer Verbündeten? Hier liegt ein Stück politischer Kulturarbeit vor uns, in der wir dauernd zugleich nehmen und geben und die deutsche Neigung zu einem wahllosen geistigen Kosmopolitismus einmal vor begrenzte und fruchtbare Aufgaben stellen können. Auch wenn die löblichen Absichten der Feinde, uns durch eine Art von sozialer Absperrung von einem Teil unserer Ausländerei zu befreien, nicht ganz erfüllbar sein sollten (unentbehrliche geistige Fühlungen brauchen darüber gar nicht zugrunde zu

gehen), so werden wir nach dem Kriege, ob wir wollen oder nicht, uns gesellschaftlich wie geistig neu zu orientieren haben: lenken wir also die freigewordenen Kräfte auf den richtigen Weg! Denn die Art der künftigen Kulturarbeit kann nicht durch die Regierungen bestimmt oder gar „organisiert" werden, sondern nur durch die unabhängigen geistigen Elemente in den Völkern ihr Gepräge erhalten. Diese allein können dafür sorgen, daß wir in diesem Bereiche praktischer Auslandspolitik nicht allein durch die Wortführer der staatlichen Notwendigkeiten und vollends nicht durch den Typus des Mannes, der den „redlichen Gewinn" sucht, sondern auch durch das Beste repräsentiert werden, was das innerliche und geistige Werte schaffende „alte" Deutschland zu geben vermag.

Nur dann können wir den Schwierigkeiten erfolgreich begegnen, die im Lager unserer Bundesgenossen unleugbar vorhanden sind. Denn wenn vor dem Kriege sich in Österreich-Ungarn nur ein Teil der Nationalitäten bewußt zu dem Bündnis bekannte, ein anderer aber sich von innerer Abneigung nicht frei machen konnte, so hat selbst das Erlebnis des Weltkrieges nicht mit allen Überresten früherer Zeiten aufzuräumen vermocht. Die Deutschen und die Madjaren, die schon seit 1879 als die eigentlichen Träger des Bündnisses galten, legen auch heute die unbedingte Entschlossenheit an den Tag, das Bündnis der Diplomatie zu einem Bunde der Völker zu entwickeln. Von den Deutschen drüben, deren Leistung im Kriege von ihrem Kaiser mit deutlicher Mahnung an andere als vorbildlich anerkannt wurde, haben wir hier nicht zu handeln; wir fühlen auf beiden Seiten, auch ohne daß wir davon sprechen, daß es einen Ertrag des Krieges gibt, den wir uns von niemand in der Welt entreißen lassen werden.

Nicht minder empfinden wir die weltgeschichtliche Schicksalsgemeinschaft, die uns seit den Türkenkriegen des 16. und 17. Jahrhunderts mit den Ungarn verbindet, und wir vergessen nicht, daß schon damals deutsches Blut aus allen Stämmen diesem tapferen und unzerstörbaren Volke half, seinen Staat bei dem

christlichen Abendlande zu erhalten. Auf der andern Seite haben auch die Ungarn mit der natürlichen Begabung ihres politischen Blickes ihre schicksalsmäßige Bestimmung begriffen; wie sie durch ein Gelingen der panslawistischen Zertrümmerungspläne die Grundlagen ihrer Macht eingebüßt haben würden, so hat allein unser gemeinschaftlicher Sieg über Russen, Rumänen und Serben ihre nationale Stellung in dem Mitteleuropa der Zukunft gesichert.

Eine andere Frage ist, in welchem Maße es gelingen wird, auch das politisch-kulturelle Selbstbewußtsein der West- und Südslawen auf den Boden dieses neuen Mitteleuropas herüberzuholen. Beim Beginn des Krieges schien es, als ob der österreichische Staatsgedanke, der schon in den Tagen Radetzkys und Grillparzers von den Fahnen des siegreichen Heeres ausging, endgültig über den unfruchtbaren Nationalitätenhader triumphieren würde: als eine historische und geographisch-wirtschaftliche Notwendigkeit, als das sittlich Selbstverständliche und Überlegene. Statt der zweifelnden Stimmen hörte man jetzt aus allen Lagern, von den schwarzgelben Konservativen bis zu dem klugen Anwalt der Sozialdemokratie, Karl Renner[1]), einen neuen verheißungsvollen österreichischen Ton. Man durfte damals hoffen, daß mit dem Staate selbst auch die Unentbehrlichkeit des Bündnisses für den Staat von den bisher Widerstrebenden nicht mehr in Frage gestellt würde, zumal seitdem die Neuerrichtung eines polnischen Staates durch die Mittelmächte auch den Slawen einen positiven Gewinnanteil an der zukünftigen Gestaltung der Mitte zeigen konnte. Ja, man hätte annehmen dürfen, daß auch die Tschechen, nachdem der verhängnisvolle Zusammenhang ihrer äußersten Bestrebungen mit der Vorgeschichte des Krieges bloßgelegt war, sich endlich überzeugt hätten, daß ihre Träume nur auf den Trümmern des Gesamtstaates eine Verwirklichung erleben konnten. Aber die Erwartung,

[1]) Österreichs Erneuerung. Politisch-programmatische Aufsätze. Wien 1916.

daß die tschechische Nationalität diejenigen ihrer Führer, die trotz alledem ihren Utopien nachjagten, als Verräter ausstoßen würde, sollte sich nicht erfüllen[1]).

Wenn in diesem opferreichen und wechselvollen Kriege die Stimmungen schon manchmal schwankten, so wurde durch den Ausbruch der russischen Revolution ein Umschwung hervorgerufen, der bis in die Tiefen dieser Völker hineinreichte. Da die russische Republik nicht nur Freiheit und Brüderlichkeit, sondern auch nationale Dezentralisation im Gefolge zu führen versprach, so war eine doppelte Wirkung dieses Ereignisses im ersten Augenblicke zu beobachten. Auf der einen Seite schien die große Gefahr von Osten, die die Monarchie zu dem deutschen Bündnis gedrängt hatte, zusammengeschrumpft; auf der anderen Seite berauschten sich einzelne slawische Führer in Österreich-Ungarn, von den freiheitlichen und föderalistischen Ansätzen in Rußland ermutigt, voreilig an dem Gedanken, dieses Vorbild auf ihre eigenen Bereiche zu übertragen: mit diesem unerwarteten Rückhalt hofften sie in der künftigen Neuordnung ihres Staates ganz anders zur Geltung zu gelangen, das Gedächtnis ihrer schweren Verfehlungen auszulöschen und womöglich gar aus dem deutschen Bündnis herauszukommen.

So sind die parlamentarischen Vorgänge der letzten Monate zu erklären, die in steigendem Maße auch auf reichsdeutscher Seite ernste Gedanken ausgelöst haben. Nicht nur bei denen, die die innerösterreichischen Gegensätze vom deutsch-nationalen Standpunkt zu beurteilen gewöhnt sind. Sondern auch bei denen

[1]) Reiches Belastungsmaterial für die verräterische Haltung breiter tschechischer Kreise liefert das Buch „Détruisez l'Autriche-Hongrie" des Dr. Benesch, Dozenten an der Handelsakademie in Prag, der während des Krieges mit Masaryk nach Paris entfloh. Militärische Unzuverlässigkeit, finanzielle Minderleistung, Verbindung mit landesverräterischen Auslandsorganisationen — das ist eine Sündenliste, die nur die Milde eines neuen Monarchen mit dem Mantel der Liebe zudecken kann. Insofern aber diese Machenschaften die Bündniskraft der Monarchie geschädigt haben, sind auch die Reichsdeutschen an der Entwicklung dieser Dinge interessiert.

unter uns, die zugunsten eines starken habsburgischen Gesamtstaates, der nun einmal allen Völkerstämmen ein sie befriedigendes Dasein im Reiche gewähren muß, die schwere Selbstentsagung üben, in solchen Nationalitätengegensätzen nicht Partei zu nehmen, sondern den höheren europäischen Gesichtspunkt aufzusuchen, von dem aus eine weitblickende deutsche Politik diesen Fragen gegenübertreten wird. Aber so viel man auch den Erregungen des Momentes zugute hielt, so mußte man sagen, daß die Verknüpfung dieser parlamentarischen Vorstöße mit gewissen polnischen und tschechischen Aktionsanläufen im Lager der Feinde sie schließlich unerträglich machte, weil sie an das Leben der Monarchie und an das gemeinsame Interesse der Verbündeten rührten. Wir dürfen allerdings hoffen, daß der Höhepunkt dieser unerfreulichen Episode bereits überschritten ist. Sobald die russische Revolution in unvermeidlichem Ablauf wieder in einen gewaltsamen unitarischen und eroberungslustigen Despotismus umschlug, trat die erste Ernüchterung im Lager der österreichischen Slawen ein. Der Erfolg unserer letzten Gegenoffensive, die Befreiung des letzten galizischen Bodens von den russischen Greueln durch vereinte Tapferkeit der Bundesgenossen, mußte vollends mäßigend auf die Hitze dieser Opposition einwirken. Vor allem aber: allen gegnerischen Verführungskünsten zum Trotz erfuhr der Gesamtstaat immer von neuem, was für eine Meute ihm an das Leben wollte. Selbst denen, die es zeitweilig zu vergessen schienen, wurde immer wieder das europäische Gesetz ins Gedächtnis zurückgerufen, auf dem der Bestand der Monarchie nach Lage, Geschichte und Zusammensetzung ruht und in der Zukunft vollends ruhen wird.

Das wird die nächste Zeit schon erweisen. Denn je näher die Möglichkeit des Friedens rückt, um so enger werden auch die beiden Mittelmächte durch die Gemeinsamkeit ihrer Interessen aneinandergeschmiedet werden, die sich aus den durch ihren Sieg der Lösung entgegengeführten Problemen ergibt. In der endgültigen Befestigung der Balkanwelt und in der

Neuordnung des polnischen Staates stehen die beiden Mittelmächte mit ihren Verbündeten als Begründer einer neuen Welt zusammen, und wie diese Ordnung vollzogen werden wird, liegt nicht zuletzt auch im Interesse des österreichischen Slawentums.

3. Die Bündnisse mit der Türkei und Bulgarien: die Achsendrehung des Bündnisblocks nach Südosten

Wenn die Unerbittlichkeit des Krieges alle wahren Werte im Leben der Völker enthüllt, so hat sie vor allem in der Konstellation der Mächte, in deren Mitte das Deutsche Reich steht, die scheinbaren und überlebten Zusammenhänge in ihrer Unwirklichkeit entlarvt und dafür anderen wahrhaft lebensvollen Zusammenhängen zum Durchbruch verholfen. Die Bündniskonstruktion Bismarcks krankte immerhin daran — und er wäre selbst der letzte gewesen, diese Unvollkommenheiten zu verkennen —, daß die Beitrittsmotive von Italien und Rumänien mehr negativer als positiver Natur waren, und daß somit auch der Wert ihrer Bündniszugehörigkeit für die Mittelmächte mehr in dem, was dadurch verhindert wurde, gesucht werden mußte, als in dem, was die Gesamtheit an positiven Kräften von ihnen gewann. Dieses Verhältnis hatte sich im letzten Jahrzehnt unter dem Druck der Einkreisung nur noch verschärft. Wiesen schon die italienischen Irredentapläne höchst peinliche Reibungsflächen mit der Doppelmonarchie auf, so mußten die räuberischen „mare nostro"-Phantasien, wenn sie ernst genommen wurden, vollends für das mitteleuropäische Gesamtinteresse tödlich werden. Wenn sich trotzdem in den Jahren vor dem Weltkriege, solange der Krieg als vermeidlich galt, viel für die Aufrechterhaltung dieses Verhältnisses sagen ließ[1]), so mußte die deutsche Politik nach der

[1]) Ich habe diese Argumente in meiner Darstellung des Abfalls von Italien in „Deutschland und der Weltkrieg" S. 683—685 behandelt.

Lösung doch aufatmen, weil sie einem unwahr und unfruchtbar gewordenen Bunde ein Ende bereitete. Je länger eine ursprünglich lebendige Interessengemeinschaft zu einer mehr taktischen und künstlichen Verbindung entartet, um so mehr wird sie sachlich notwendigeren Kombinationen im Wege stehen und daher auf die Dauer schädlich wirken. So hat das italienische Bündnis mit der Zeit die Zielsicherheit der alten geschlossenen Dreibundpolitik Bismarcks kompromittiert und mit ihrer Verführung zum Fortwursteln ein Moment der Unsicherheit über das andere in unsere eigenen Entschließungen hineingetragen, ja es hat jene Selbsttäuschungen, die in der Politik immer nur eine Wurzel der Schwäche sind, nähren helfen, bis es zu spät war. Erst mit der Lockerung dieses Verhältnisses (es gilt das in verkleinertem Maßstabe auch für Rumänien) wurde der Weg zu einer positiven Bündnispolitik für uns wieder eröffnet. Während die Bündnisse der achtziger Jahre weltpolitisch ziemlich belanglos für uns waren und eher dem Zeitalter einer „saturierten" Auslandspolitik angehörten, gewannen wir in den Bündnissen mit der Türkei und Bulgarien Kombinationen, die trotz eines scheinbar geringeren Machtwertes weltpolitisch unendlich wertvoller für uns werden konnten.

Die Schicksalsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei hatte sich in dem Jahrzehnt vor dem Kriege immer schärfer herausgearbeitet. Die Stufen der gegen uns gerichteten Einkreisungspolitik waren eben so viele Meilensteine auf der Bahn der Zerstörung islamitischer Staaten, und der Balkankrieg, der die Europäische Türkei zerstörte, war von den Gegnern zugleich als eine diplomatische Mobilmachung gegen uns selber gedacht, als deren Ergebnis man im feindlichen Lager einen Machtsieg der slawischen über die germanische Rasse und eine Abriegelung des Südostens für die deutsche Weltpolitik triumphierend verzeichnete[1]). Die nächste Etappe konnte für die Eri-

[1]) Z. B. Frederic Harrison in der English Review, Januar 1913: Das Jahr 1912 scheint einen gewaltigen Machtzuwachs der slawischen Rassen in

stenz der Türkei ebenso verhängnisvoll werden wie für den wichtigsten Kreis der Betätigungen, den das Deutsche Reich sich noch offenzuhalten vermochte. Seitdem die traditionellen und massiven Eroberungsziele der Russen sich mit den geschickter verhüllten, aber nicht minder machtpolitischen Plänen Englands zusammenfanden, die das Empire durch eine große Länderbrücke von Ägypten über Arabien nach Indien ausbauen wollten, mußten die Türken den verzweifelten Ernst ihrer Lage erkennen: unerbittlich kam das Schicksal der kleineren islamitischen Staaten auch über sie, wenn sie nicht rechtzeitig eine starke Stütze fanden. Das konnte nur das Deutsche Reich sein, das mit „der Auslieferung des Orients an Rußland und England", um das Wort Bismarcks von 1882 noch einmal aufzunehmen, auch die eigenen letzten weltpolitischen Möglichkeiten verspielt haben würde. Nicht ein diplomatischer Intrigenkampf, sondern eine tiefe historische Notwendigkeit war die Ursache für den Entschluß der türkischen Staatsmänner, sich nicht an einer papierenen Garantie derer, die sie letzten Endes ausrauben wollten, genügen zu lassen, sondern Partei in der großen Machtprobe zu ergreifen. So kam die lange Entwicklung zum Abschluß, die schon in den Jahren nach dem Berliner Kongreß im Geiste Bismarcks vorausgesehen ward: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen wollten, so wäre die Haltung und die Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig." Im Herbste 1914 wurde ein langfristiges Verteidigungsbündnis zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei auf der Grundlage der Erhaltung des Statusquo abgeschlossen. Mit seiner Hilfe hat die Türkei dem Anprall der vereinten Großmächte, deren Rivalität allein sie früher am Leben zu erhalten schien, heldenmütig standgehalten. Mit seiner

ihrem hunderjährigen Ringen mit den teutonischen Rassen herbeigeführt zu haben. Selbst ein örtlicher und zeitweiliger Sieg Österreichs über Serbien könnte die Tatsache nicht verbergen, daß fortan der Weg nach Südosten, zum Schwarzen Meer und Ägäischen Meer, den Deutschen versperrt ist."

Hilfe wird sie die großen englisch-russischen Räuberpläne, zu denen sich auch die Meute der kleineren Spekulanten gesellt hat, von Frankreich und Italien bis zu den Anhängern des Venizelos, endgültig überwinden können.

Das Bündnis der Mittelmächte mit der Türkei entbehrte zunächst noch eines territorialen Zusammenhanges, vermöge dessen es militärisch, wirtschaftlich und politisch völlig wirksam werden konnte: diese Verbindung ist erst durch den Beitritt Bulgariens im Oktober 1915 geschaffen worden. Auch an dieser Stelle haben die der Vorgeschichte des Krieges angehörigen Ereignisse unmittelbar in das neue Bündnis hinübergeführt. Bulgarien war im Jahre 1913 das Opfer von politischen Kombinationen geworden, die wir geradezu als ein Stück der russischen Vorbereitung zum Weltkriege bezeichnen können: von diesem Augenblick an war die Umgruppierung auf dem Balkan unvermeidlich. Und wenn auch die Bulgaren im Kriege von neuem von der Entente umworben wurden, so konnten sie sich jetzt nicht mehr verhehlen, daß sie an ihrer Seite nur für fremde Kriegsziele zum eigenen Verderben hätten bluten müssen. Zwischen einem Großserbien im Westen und der erdrückenden russischen Hegemonie im Osten und Südosten würden sie niemals aus der russischen Vasallität herausgekommen sein und ihre nationale Selbstbestimmung für immer verscherzt haben. Für die Einheit und Unabhängigkeit ihres Volkes zogen die Bulgaren an der Seite der Mittelmächte in den Krieg. Nachdem ein Vertrag mit den Türken alle Reibungsflächen der inneren Linie beseitigt hatte, führten sie in Mazedonien und ein Jahr später in der Dobrudscha den bulgarischen Freiheitskampf zum siegreichen Ende und erlangten mit Altserbien eine feste territoriale Brücke zu ihren Bundesgenossen. So gewannen sie auf dem Balkan eine beherrschende Stellung: stark genug, um neuem Friedensbruch zu wehren, und gesättigt genug, um selber keiner Verführung zur Friedensstörung zu unterliegen. Damit war ein zweiter Staat, der die Gefahren ungeschützter Mittellage am eigenen Leibe erfahren hatte,

an unsere Seite geführt worden. Diese im Kriege begonnene Neuordnung des Balkans stellt einen Einschnitt von weltgeschichtlicher Tragweite dar, weil sie zum ersten Male nicht von der Konvenienz der Großmächte allein, sondern unter der Mitwirkung autonomer Staaten selbst bestimmt ward. Somit gehen die Balkanvölker, die Bulgaren voran, einer ähnlichen Zeitenwende entgegen, wie sie vor einigen Menschenaltern den Deutschen beschieden war, als sie ihre Geschicke unabhängig von dem Dazwischentreten großmächtlicher Nachbarn nach freiem Ermessen regelten. Die historische Befreierpolitik der Russen, die in diesen Völkern nur den Schemel ihres ungemessenen Erobererdranges sah, hat ebenso kläglich ausgespielt wie die Ära der Intrigen von Ignatieff bis Hartwig samt ihren gefügigen Werkzeugen. Wir dürfen damit rechnen, daß in dem östlichen Wetterwinkel, aus dem so manche friedensgefährliche Entladung über Europa hereingebrochen, die Atmosphäre dauernd gereinigt werden wird. Damit ist das große Befriedungswerk, das seit 1871 von dem Deutschen Reiche und dem Dreibunde geführt wurde, auf den Südosten ausgedehnt worden.

Denn der Charakter des neuen Vierbundes ist ebenso defensiv wie der seines Vorgängers. Er erweitert nur den mitteleuropäischen Sicherungsgedanken, und auch von ihm gilt das Wort des Begründers des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879: „gemeinsame Abwehr gegen gemeinsame Gefahr". Im Gegensatz zu den unsicheren Bedingungen, die der alten Konstruktion anhafteten, ist der Vierbund wesenhaft, auf ein unbedingtes Vertrauen seiner Glieder untereinander gegründet: es gibt keine verschwiegenen Hoffnungen mehr, die eines seiner Glieder auf Kosten eines Genossen auf dem Grunde seiner Seele tragen könnte. Die Denkschrift, in der die bulgarische Regierung ihrem Volke die Wendung von 1915 erläuterte, gipfelte in dem Satze, das Deutsche Reich habe sich als ein so treuer Verbündeter gezeigt, daß man auf ihn bauen könne. Wir werden uns auch in Zukunft dieses Wortes würdig erweisen, aber auch

die andern Bundesglieder werden überzeugt sein, daß sie das, was sie miteinander gewonnen haben, nur durch treues Zusammenhalten behaupten können. Denn wenn nach einem Worte Bismarcks alle Bündnisverträge immer des Unterfutters realer Interessen bedürfen, so dürfen wir es als einen wesentlichen Unterschied des neuen gegenüber dem alten Bunde bezeichnen, daß sein Bestand auch von einer positiven und dauernden Interessengemeinschaft, von einer Gleichheit der Ziele, die nicht von heute auf morgen abgeändert werden kann, zusammengehalten wird. Diese Gemeinschaft wird schon während der Krieges auch auf das wirtschaftliche Gebiet in großem Stile ausgedehnt werden. Hier wird die engere wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn die erste Probe für ihre Wirksamkeit über ihre Grenzen hinaus ablegen können.

Der alte Begriff Mitteleuropa, der durch diesen kriegsgeborenen Block nach Südosten verlängert worden ist, hat damit eine Achsendrehung erfahren, die eines tieferen Sinnes nicht entbehrt. Während der äußerlich geographisch gefaßte Begriff eines Mitteleuropas, in den Italien einbezogen ward, eigentlich mehr der Vergangenheit angehörte, wird in den Mächtegruppierungen der Zukunft eine neue Definition zur Geltung kommen. Denn jene Mittelstellung zwischen West und Ost — die Sphäre eines erhöhten Flankendrucks, die nur durch Konzentration der Kräfte widerstandsfähig bleibt — setzt sich nicht nach Süden, sondern nach Südosten fort, wo die Gefahr des Aufgesogenwerdens von dem russischen oder dem englischen Riesen bestand und fernerhin bestehen bleibt. Alle Bereiche, die sich dieser Gefahr entziehen wollen, sind zur natürlichen Anlehnung an den mitteleuropäischen Kern bestimmt. Vom deutschen Standpunkt aus ist durch diese weltpolitische Verlängerung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Machtsphäre ein dynamisches Element in unsere Weltzusammenhänge hineingetragen, dessen unsere frühere Bündnispolitik mehr und mehr entbehrte. Die Gefahr, nach dem Verlust mancher kolonialen Außenposten vom Welttheater

überhaupt abgeschnitten zu werden, ist zunächst durch unsere Kriegführung beseitigt worden; unserer Politik fällt nach dem Frieden die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß die Elemente, die nach dem Balkankriege von 1912 vorschnell triumphierten, niemals wieder das Haupt erheben können.

Noch ist der endgültige Ertrag der neuen Bündnisbildung von dem ferneren Kriegsverlaufe abhängig, aber die Richtung, in der der Friedensschluß das Fazit ziehen wird, arbeitet sich mit jedem Tage schärfer heraus. Der Abfall Rumäniens im Hochsommer 1916, der diese ganze Entwicklung rückgängig machen sollte, hat nur dazu beigetragen, sie zu beschleunigen und unwiderruflich zu machen. Er stellt die dritte Stufe in dem Jahr für Jahr anschwellenden Rhythmus der Bewegungen dar, aus denen eine neue Welt auf dem Balkan erwachsen wird. Rumänien sollte sich durch seinen Abfall nicht nur an Treu und Glauben, sondern, wie Peter Carp in der Entscheidungsstunde mit schärfster Einsicht voraussagte, an seinen eigenen richtig verstandenen Lebensinteressen schwer versündigen. Schon nach einem Vierteljahr hatte die Schöpfung König Karols, von nationalistischem Größenwahn verführt, als ein selbständiger politisch-militärischer Faktor mit eigenen Lebenszielen zu existieren aufgehört und war in den früheren Zustand der tatsächlichen Abhängigkeit zurückgefallen. Das Wort, das Bismarck im Jahre 1868 zu dem rumänischen Fürsten von dem „südöstlichen Belgien" sprach, hat in einem verhängnisvollen Sinne seine Auferstehung erlebt. Die Rumänen haben vor einem Menschenalter nach einem siegreichen Kriege erleben müssen, daß die Großen sich in ernsten Zusammenstößen auf Kosten der Kleinen vertragen — welcher Zukunft sehen sie entgegen, nachdem sie durch eine vernichtende Niederlage in den großen Zusammenbruch hineingezogen worden sind?

Jedenfalls hat Rumänien seine Bedeutung für die Politik der Mittelmächte im Sinne der „eisernen Barriere" von 1880, zwischen Rußland und den slawischen Balkanstaaten, endgültig

verloren, seitdem jenseits der Scheidewand nicht mehr ein russischer Vasall steht, sondern ein starker Verbündeter der Mittelmächte, zu dem wir das Vertrauen haben, daß er die Wacht an der Donau und auf dem Balkan mit gleicher Treue übernehmen wird. Statt der rumänischen Barriere haben wir jetzt einen positiveren Wert in der bulgarischen Brücke gefunden, die in eine veränderte Ordnung der Dinge hinüberweist. Nur innerhalb dieser neuen Gruppierung kann Rumänien, können die feindlichen Balkanstaaten, nach ihrer Wiederherstellung im Frieden, eine Fühlung mit den Mittelmächten zurückgewinnen. Diese haben bereits zu verstehen gegeben, daß sie einer solchen Wiederherstellung um so weniger widerstreben werden, als es niemals in ihrem Sinne liegen könne, erwachsene Völker ihres nationalen Daseinsrechts zu berauben oder es in empfindlicher Weise anzutasten. Es versteht sich dabei, daß aus den wiederherzustellenden Staaten nicht nur fremdnationale Bestandteile, wie Dobrudscha, Mazedonien, Altserbien zugunsten der natürlichen Verfügung ausgeschieden werden, sondern daß die Wiederherstellung selbst unter Garantien geschieht, die jeden Rückfall in die revolutionierende russische Balkanpolitik ausschließen. Die zukünftigen Lenker dieser Staaten, Rumäniens wie Serbien-Montenegros (deren Vereinigung sich aus verschiedenen Gründen empfiehlt), werden nur durch eine unbedingt loyale Haltung das verscherzte Vertrauen zurückgewinnen können. Nach den Erfahrungen mit der serbischen Verschwörung wird Österreich-Ungarn einen Brandherd vor seiner Tür, von dem jeden Augenblick die Funken in sein Reich hinüberfliegen, nicht mehr dulden: in Belgrad wird man sich zu einer wahrhaft neutralen oder freundnachbarlichen Haltung bekehren müssen. Rumänien und Serbien-Montenegro müssen bereit sein, sich ihrer Autonomie unbeschadet der von den Mittelmächten geführten Gruppe einzuordnen: nur unter dieser Voraussetzung — die schon heute von einsichtigen Bukarester Politikern wie C. Stere anerkannt wird — werden sie auch an den neuen wirtschaftspolitischen Aufgaben der Gemeinschaft teilnehmen

und hoffen dürfen, die furchtbaren Wunden, die eine verfehlte Politik ihren Ländern geschlagen hat, wieder zu heilen.

In dieser Wirtschaftsgemeinschaft der Zukunft spielt vor allem die Donau, die einst Fürst Karl von Rumänien als den größten deutschen Fluß bezeichnete, eine wichtige Rolle. Sie wird allerdings zu dem bedeutendsten Fluß Mitteleuropas werden, wenn sie in ihrem Oberlaufe mit dem übrigen deutschen Flußnetz in organische Kanalverbindungen gebracht und in ihrem Unterlaufe noch energischer als bisher ausgebaut werden wird: für das gesamte Wirtschaftsleben der Mitte, ja noch mehr für ihre politisch-militärische Widerstandskraft, kann durch das System dieser Wasserverbindungen eine gewaltige innere Verstärkung erreicht werden. Um so mehr werden die Mächte der Mitte ihre Donauangelegenheiten fortan allein verwalten wollen. Die im Pariser Frieden von 1856 begründete europäische Donaukommission, ein Produkt der westmächtlichen Intervention des Krimkrieges, hat längst ihre innere Berechtigung, nach dem Ergebnis des Weltkrieges aber vollends ihre allgemeine politische Grundlage verloren. Während es fortan jeden Sinns entbehren wird, daß Großbritannien, Frankreich und Italien in der Kommission einen Sitz haben und in eine ihnen fremde Verkehrswelt hineinreden, haben die Mittelmächte vielmehr dafür zu sorgen, daß — neben dem erneuerten rumänischen Staate — auch Bulgarien als Gleichberechtigter in den Kreis der gemeinsamen Besprechungen aufgenommen wird.

An die neue Gruppierung wird sich hoffentlich in Zukunft auch ein von fremder Vergewaltigung befreites Griechenland anschließen können. Während es in früherer Zeit, solange Italien dem Dreibund angehörte, eben durch diese Rivalität mit Naturnotwendigkeit auf die entgegengesetzte Seite gedrängt ward, hat es nach dem Kriege die Möglichkeit vor sich, unter dem Zeichen: „der Balkan den Balkanvölkern" bei den Mittelmächten und ihren Verbündeten einen Rückhalt zu finden, mit dem es, gleich den Bulgaren, die Schmach der Abhängigkeit überwinden und

das letzte Stadium eines noch nicht beendigten Befreiungskampfes durchschreiten kann. So scheint in den Möglichkeiten der Zukunft, in einem Gebiet des Balkans und des Orients nach dem andern, sich ein Zeitalter anzubahnen, in dem der beherrschende Einfluß der alten Großmächte mit allen seinen korrumpierenden Nachwirkungen auf die Kleinen seinem Ende sich zuneigt und statt dieser überlebten eigensüchtigen Politik wahre Autonomie und Gleichberechtigung in weitgedehnten Bündnisgruppen zu ihrem Rechte kommen.

Mit diesem Ideal treffen wir zugleich Wesen und Aufgaben einer deutschen Weltpolitik. Sie wird auf diesem Schauplatz vor allem den Beweis erbringen können, daß sie anderen Geistes Kind ist als der englische, russische oder amerikanische Imperialismus. In den Anklagen, die von den Staatsmännern Londons und von ihren gelehrigen Schülern in Washington über die Welt verbreitet wurden, ist häufig auch das Schlagwort Berlin—Bagdad als Beweisstück für einen ungehemmten deutschen Erobererwillen ausposaunt worden. Dabei wurde aber geflissentlich verschwiegen, daß diese Formulierung doch nur ganz äußerlich an jene älteren und in London nicht unbekannten Worte: „Vom Kap nach Kairo" und „Von Kairo nach Kalkutta" anknüpft, ihrem Inhalte nach aber einen völlig von jenen verschiedenen Begriff deckt: man kann die Gegensätzlichkeit der deutschen und englischen Weltziele geradezu daran klarlegen. Während der auf afrikanischem Boden gezeugte „Vom Kap nach Kairo"-Imperialismus eines Cecil Rhodes in der Forderung gipfelte: „Ausdehnung ist alles" und kein höheres Ziel kannte als „die Landkarte rot anzustreichen", will die deutsche Weltpolitik eben nicht mit Gewalt erobern, sondern in Freiheit anschließen. Sie erstrebt auf dem Wege Berlin—Bagdad nicht ein deutsches Herrenreich nach englischem Vorbild, sondern eine freie politisch-wirtschaftlich-kulturelle Interessengemeinschaft großer und kleiner Völker, die sich eben durch ihren Zusammenschluß ein Gegengewicht gegen die Erdrückung durch die reinen Eroberermächte

schaffen wollen. Während die gegnerischen Mächte die Türkei zerschlagen möchten, wie sie Marokko, Ägypten, Persien erobert haben, wollen wir sie erhalten; wir haben durch die Aufhebung der Kapitulationen zum Ausdruck gebracht, daß wir der historischen Individualität des osmanischen Staates einen gleichberechtigten Platz unter den selbständigen Staaten sichern wollen, und glauben damit auch vom Standpunkt der politischen Sittlichkeit etwas anderes zu tun, als in den Zeiten der großmächtlichen Intrigen und Raubzüge am Goldenen Horn die Regel war. So setzen die Deutschen jenen Vermessenheiten, die sich die Welt nur in einen angelsächsischen, russischen und japanochinesischen Machtkreis zerlegt vorstellen können, eine auf individuelle Freiheit und freiwilliges Zusammenwirken gegründete Gruppenbildung entgegen.

4. Polen und die Nationalitätenprobleme des Ostens

Seitdem die Heere des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns das ehemalige Königreich Polen erobert haben, hat das mitteleuropäische Problem eine unvermeidliche Erweiterung erfahren. An keiner Stelle der Welt sehen die um ihr Dasein kämpfenden Mittelmächte sich einer Frage gegenüber, die so tief in die Grundvoraussetzungen ihrer Lage hineingreift und daher nur in diesem höchsten Zusammenhange gewürdigt werden kann. Die Eroberer Polens mußten um ihrer selbst willen zu Befreiern eines Landes werden, von dessen Schicksal von jeher die weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Rußland und der Mitte bestimmt worden sind.

Wir dürfen in den historischen Voraussetzungen für die Zukunft Polens um so mehr von Bismarck ausgehen, als gerade an dieser Stelle sich die tiefste Kluft zwischen dem alten und dem neuen Mitteleuropa zu öffnen scheint. Für seine Politik, die bei

aller diplomatischen Bündnisdeckung gegen Rußland doch das Äußerste an die Erhaltung des Friedens mit Rußland setzte, galt als oberstes Gesetz, diesen Frieden niemals durch polnische Liebhabereien zu gefährden, sondern ihm die polnischen Interessen im Inlande und Auslande unterzuordnen. Er war überzeugt, daß das gemeinsame Interesse die alten Teilungsmächte immer wieder zusammenführen müsse, und trug kein Bedenken, selbst die innere preußische Polenpolitik in den Dienst dieser äußeren Notwendigkeiten zu stellen: eine höhere Garantie als diese Verflechtung seines inneren und äußeren Systems konnte den Russen kaum geboten werden. Diese Politik behielt natürlich nur so lange ihre Geltung, als der Friede mit Rußland wirklich gewahrt werden konnte. Mit diesem Vordersatze fielen alle Folgerungen zu Boden. In den sorgenvollen Augenblicken, wo Bismarck die Folgen eines Bruchs mit Rußland zu erwägen hatte, sah auch er das Polenproblem mit anderen Augen an und wies sogar den ihm an sich unwillkommenen Gedanken einer Wiederherstellung Polens zur Verstärkung des mitteleuropäischen Blocks nicht ab. So begründete er im Oktober 1883 dem Fürsten Hohenlohe seine Bedenken gegen einen Krieg mit Rußland: er würde dahin führen,

„daß wir Polen bis an die Düna und den Dnjepr herstellen müßten. Wir zwar würden Polen nicht revolutionieren, aber Österreich gewähren lassen müssen, das dann einen Erzherzog, wenn es einen hätte, zum König von Polen proklamieren würde."

So ironisch er auch den Gedanken sofort zerpflückte, der ja als Argument gegen einen Krieg mit Rußland verwendet wurde, so sieht man ihn doch nach einigen Jahren in einer noch etwas bestimmteren Form wiederkehren. Im Oktober 1887 — also zur Zeit des Rückversicherungsvertrages! — trug er kein Bedenken, sogar einem auswärtigen Staatsmann, es war Crispi, folgenden Gedankengang zu entwickeln:

„Rußland scheint unverwundbar, ist es aber nicht. Polen ist ein schwacher Punkt Rußlands, und Österreich ist in Polen

beliebt. Wenn man den Polen nur ein wenig hülfe, sich zu erheben, könnten sie ihr Joch abschütteln und unter einem österreichischen Erzherzoge einen selbständigen Staat bilden[1])."

Diese nur gelegentlich aufleuchtenden Gedankenblitze, vor denen schon ein neues Mitteleuropa sich zu erhellen scheint, rechnen nur mit einer ultima ratio für einen Notfall, der zu vermeiden ist. Sie bleibt ganz aus dem Spiel, solange die Beziehungen zu Rußland erträglich sind, und wird auch viel widerstrebender von Bismarck erwogen als alle anderen Gegengewichte, die er im voraus aufhing; denn die unvermeidlichen Rückwirkungen auf die preußische Polenpolitik waren ihm ebenso unerwünscht wie ein Zusammenwirken mit dem polnischen Element in Österreich, dessen Zuverlässigkeit ihm nicht über jeden Zweifel erhaben schien. Ebendeswegen widersprach Bismarck auch, als man in der Ära Caprivi zur Deckung gegen das mit Frankreich verbundene Rußland schon vorweg die Polenpolitik anders zu orientieren versuchte. Der Staatsmann, der immer, wenn er eine Gefahr witterte, blitzschnell alle Mittel zur Abwehr überflog, wollte dieses Abwehrmittel nur in der Defensive, wenn Rußland uns einen Krieg aufzwang, verwandt wissen[2]). Für diesen Fall würde

[1]) Bald darauf, im Winter 1887/88, erscheint der Gedanke wieder ganz als Argument gegen einen Krieg mit Rußland geformt. Bismarck sagte damals zu dem Botschafter Prinzen Reuß: „Und was wollen wir denn machen, wenn wir Rußland besiegt haben? Etwa Polen wiederherstellen? Dann können wir ja 20 Jahre später wieder ein Bündnis zwischen den drei Kaiserreichen zum Zweck einer neuen und vierten Teilung Polens abschließen. Aber dies Vergnügen lohnt doch eigentlich nicht einen großen und schweren Krieg."

[2]) Die Voraussetzung bleibt immer die Vermeidlichkeit des Krieges mit Rußland; wenn sie wegfällt, werden alle Folgerungen hinfällig. Mit Recht argumentierte Hans Delbrück i. J. 1894 schon mit gewohnter Klarheit: „Niemals werden wir, das ist gewiß, um der Polen willen, nicht einmal um der so schwer leidenden baltischen Deutschen willen, einen Krieg mit Rußland anfangen, aber wie, wenn Rußland ihn anfängt, und wir, wie zu hoffen, im Bunde mit Österreich Rußland besiegen sollten? Wer es nicht vorzieht, sich um diese Frage mit der Wendung, daß das eine künftige Sorge sei, herumzudrücken, der wird doch wohl zu keiner andern Lösung kommen, als sie der durch die Not geschärfte Ausblick der Polen seit langem erschaut hat: wir müssen

auch er zu diesem revolutionären Mittel gegriffen haben — so gut wie er im Jahre 1866 im Kampfe um die deutsche Hegemonie auch die Unterstützung der rebellischen Ungarn nicht verschmähte. Jeder, der sich im Weltkrieg auf die Polenpolitik des Fürsten Bismarck beruft, muß sich also darüber klar sein, daß alle Werturteile des Kanzlers unter einer bestimmten Voraussetzung gefällt sind und ihre Gültigkeit behaupten, daß sie aber unter veränderten internationalen Vorzeichen sich kraft innerer Logik in ihr Gegenteil verkehren.

Denn der Russe selber war, wie Bismarck schon von seiner Petersburger Botschafterzeit her wußte, auch zu einer anderen Polenpolitik als der herkömmlichen Unterdrückung imstande. Es fehlte unter den russischen Staatsmännern niemals an einer Richtung, die den Polen halbwegs auf eigene Füße stellen wollte, um mit der Idee des polnischen Staates Geschäfte auf Kosten seiner westlichen Nachbarn zu machen. Konnte doch Bismarck schon im Jahre 1861 das offenherzige Wort eines Russen nach Berlin melden: „Polen ist für uns eine magere Kuh, die wir auf die Weide jagen und die uns wieder in den Stall kommt, wenn sie sich in Galizien einen Bauch gefressen hat[1]." Es gab also schon damals eine Art von russischer Versöhnungspolitik, die nach dem Plane ihrer panslawistischen Hintermänner nach außen hin sofort expansiv wurde und im Fall des Gelingens mit ihrer „Befreiung" vielleicht nicht einmal bei Galizien stehengeblieben wäre. Diese Möglichkeiten einer russischen Polenpolitik hat man zumal in Moskau und auch außerhalb der Grenzen des russischen Staats niemals ganz aus den Augen verloren; es ist bezeichnend genug, daß während des Kriegs von 1870/71 auch österreichische Slawen den Gedanken einer „Versöhnung" zwischen Russen und Polen

in diesem Falle die vorgeschobene Bastion Polen den Russen entreißen und auf irgendeine Weise einen vermutlich an Österreich angeschlossenen polnischen Nationalstaat herstellen."

[1]) Bismarck an Schleinitz, 6. April 1861 (nach dem Erlaß des russischen Statuts für Polen).

aufgriffen, um ihn als unentbehrliche Voraussetzung eines siegreichen Kampfes mit den Deutschen zu bezeichnen[1]).

Als Rußland sein Bündnis mit Frankreich schloß, begannen Erwägungen dieser Art wieder aufzutauchen; sobald es vollends durch den Anschluß an die Entente zur Aufnahme einer Offensive nach Westen hin ermutigt wurde, konnte man auch eine veränderte Einstellung in der Polenpolitik beobachten, und die neugebildete Dmowskipartei richtete sich in den Jahren vor dem Weltkriege schon für den Fall ein, daß der Russe diese Karte ausspielen würde. Damit fielen die europäischen Voraussetzungen der amtlichen Polenpolitik Bismarcks zu Boden. Während aber das Deutsche Reich, um den Bruch mit Rußland nicht zu provozieren, in seiner Defensivstellung es sich versagte, rechtzeitig eine entsprechende Umstellung der preußischen Polenpolitik vorzubereiten, die uns schon vor dem Kriege eine Versöhnung der Polen hätte bringen können, war die russische Regierung längst bemüht, den russischen Polen die Möglichkeit einer Wiederherstellung ihres Reiches unter dem Zepter des Zaren vorzutäuschen. Das nach Ausbruch des Krieges erlassene Manifest des Großfürsten Nikolaus mit seinen weitgreifenden, wenn auch ganz unehrlichen Versprechungen war das erste Vorspiel. Wenn der Siegeslauf die russischen Heere nach Krakau und Posen geführt hätte, so würden die Befreier dem Manifest wohl sehr bald eine echt russische Auslegung gegeben haben. Als sie aber Polen verloren hatten, mußten die Geschlagenen auf Drängen der Westmächte wenigstens nachträglich auf ihrem Verwüstungsrückzuge die „Befreiung" aller Welt verkünden und die Maske der Polenfreundschaft und der Selbstbestimmung der Nationalitäten, so fremd sie auch dem Geiste ihres Regierungssystems war, wieder hervorholen; es

[1]) Der Tschechenführer Rieger suchte im März 1871 eine Besprechung mit dem russischen Botschafter Novikow in Wien nach, der darüber berichtet; „Rieger considérait la réconciliation de la Russie et de la Pologne comme une condition indispensable au succès de la lutte avec l'empire germanique, qui fera tous efforts pour s'allier des Polonais." Goriainow a. a. O., S. 303.

mochte ihnen im Augenblick ungefährlich erscheinen, war aber im Rahmen der westmächtlichen Ideologie vom Nationalitätenprinzip unerläßlich geworden. Es lag auf der Hand, daß die wirklichen Befreier, die die russische Gewaltherrschaft in Warschau zerbrachen, gegenüber jenen Verheißungen nicht dauernd mit leeren Händen stehenbleiben konnten. Jetzt war vielmehr der Moment gekommen, die Mittel, die Bismarck in den Jahren 1883 und 1887 nur obenhin prophetisch gestreift hatte, in vollem Umfange zur Anwendung zu bringen. Der Zwang zum Handeln legte sich auf die Mittelmächte, die seit dem Herbste 1915 die Herren des gesamtpolnischen Bodens waren, mit ganz anderem Nachdruck als vordem auf die russischen Politiker, die nur von einer künftigen Eroberung geträumt hatten. Aus der militärisch-politischen Gesamtlage heraus ergab sich die Notwendigkeit, die Zukunft der polnischen Frage, deren Lösung im Sinne der panslawistischen Offensive gescheitert war, nunmehr im Sinne der mitteleuropäischen Gegenwehr zur Entscheidung zu bringen.

Mit dem Manifest vom 1. November 1916 haben die Mittelmächte eine weltgeschichtliche Mission, nach der sie vordem nicht getrachtet hatten, in demjenigen Stile, den einst Bismarck selbst im Kriegsfall für unvermeidlich erklärte, mit Entschlossenheit auf sich genommen. Wer diesen Schritt für verfrüht erklärt, sollte sich die Frage vorlegen, ob ein Staatsmann von der durchgreifenden Enschlußkraft Bismarcks — nachdem der Schritt einmal notwendig geworden war — ihn nicht schon viel früher vollzogen hätte; und weiterhin, ob die Freiwilligkeit dieser Entschließung, die für das Gelingen schlechthin Vorbedingung war, nicht schon wenige Monate später durch die russische Revolution unmöglich gemacht worden wäre. Das ganze westmächtliche Lager unserer Feinde würde es als eine Erlösung begrüßt haben, wenn die Mittelmächte ihre Entscheidung noch einmal wieder vertagt hätten.

Die Motive für den Entschluß der Mittelmächte waren natürlich, und darüber sollen auch keine schönen Worte hinwegtäuschen, von den nationalen Antrieben verschieden, die das älteste slawische

Kulturvolk veranlassen konnten, unsere Hand zu ergreifen. Aber es kommt im politischen Leben nicht darauf an, daß die Motive, wohl aber daß die Endziele und die wohlverstandenen Interessen derer, die zusammengehen wollen, zusammenfallen. Wenn die Mittelmächte das bedrohlich vorgeschobene Stück der geographischen Offensivstellung der Russen[1]) aus deren Körper herauslösen, so entlasten sie ihre Ostgrenzen von Preußen bis nach Schlesien und Galizien von dem Drucke eines Riesenreiches, der sich mit dem Anwachsen seiner Bevölkerungsmassen in den nächsten Menschenaltern immer atembeklemmender auf uns legen müßte: an der entscheidendsten Stelle erleichtern sie durch die neugeschaffene Bastion die für die anderen so verführerische Anfälligkeit der mitteleuropäischen Lage und verbessern damit die Grundbedingungen ihrer politischen Existenz. Zugleich aber gewinnen sie die Möglichkeit, mit der Wiederaufrichtung eines polnischen Staates, in welcher Form sie immer durchgeführt werde, auch positiv den Kreis der Staaten zu verstärken, die an der Erhaltung einer starken Mitte politisch und kulturell interessiert sind; indem sie das vor einem Jahrhundert zerrissene Band von neuem knüpfen, können sie immerhin Kräfte wieder zu uns herüberholen, die andernfalls im weiteren historischen Ablauf unweigerlich gegen uns in die Wagschale geworfen, ja zu einer Vorhut des Angriffs umgebildet werden dürften. Es ist eine Sache von weltgeschichtlicher Tragweite, daß dieser Zweig des Westslawentums unter Führung der Mittelmächte und nicht in einem verhängnisvollen Gegensatz zu ihnen zur Entfaltung gebracht wird. Gelingt es uns, so ist jener eiserne Ring, von dem die russischen Panslawisten träumten, im Osten ebenso zerbrochen, wie es im Südosten schon geschehen ist.

[1]) Diese Offensivstellung war im Sommer 1914 noch nicht so ausgebaut, daß sie uns tödlich werden konnte. Der Ausbau durch ein System strategischer Bahnen, für den die Franzosen im Herbst 1913 eine neue Milliardenanleihe bewilligten, sollte etwa 1917/18 vollendet sein. Diejenigen, die heute Polen an Rußland zurückgeben wollen, mögen diese Möglichkeiten der Zukunft zu Ende denken.

An dieser Stelle begegnen sie sich mit den nationalen Hoffnungen der Polen. Die Polen sind überwiegend überzeugt, daß sie ihre geschichtliche Individualität nur auf dem Boden der westlichen Gesittung entwickeln können, und daß ohne eine Ablösung vom Osten, den die Mehrzahl von ihnen in langer Leidenszeit kennenlernte, sowohl die politisch-wirtschaftliche wie die kirchlich-kulturelle Selbständigkeit unmöglich ist. Sie werden sich daher, wenn sie das Endziel wollen, auch darüber klar werden müssen, daß sie es nur erreichen werden, wenn sie die Hand der Mittelmächte ohne Hintergedanken in bewußter Mitarbeit ergreifen. Es ist ein weltgeschichtliches Gesetz, daß so tiefgreifende Umwälzungen niemals durch passives Ablauern wechselnder Konjunkturmöglichkeiten, sondern allein durch aktives Parteiergreifen herbeigeführt werden. Auch den Völkern wird ohne Einsetzen der letzten Kräfte in der Geschichte nichts geschenkt. Das Endziel der Mittelmächte kann nur ein polnischer Staat sein, der die entscheidende Fühlung rückhaltlos an ihrer Seite sucht, also dem Vierbund als ein selbständiges Bundesglied oder in irgendeiner anderen Form dauernd angeschlossen wird. Die Erfahrungen, die sie schon während des Krieges, bei der Legung der Fundamente für den neuen Staat, mit den Polen machen, werden daher von der höchsten Bedeutung für ihre Entschließungen sein.

Wenn die großen Züge dieser Problemstellung einfach genug liegen, so wird ihre Lösung durch viele Schwierigkeiten kompliziert. Soll der beschrittene Weg mit Erfolg zurückgelegt werden, so müssen vor allem die Deutschen auf der einen und die Polen auf der anderen Seite sich gewöhnen, über ihr zukünftiges Verhältnis in europäischen Zusammenhängen zu denken: denn diese werden über ihr Schicksal entscheiden. Einzig und allein dann werden sie imstande sein, die historischen Erinnerungen und die provinziellen Gesichtswinkel, die ihnen nur die beiderseitigen Reibungsflächen zeigen, mit gutem Willen zu überwinden, das ganze Erbe des Mißtrauens und der Eifersucht, das aus der

Geschichte eines Jahrhunderts zurückgeblieben ist, zu liquidieren. Es kann nicht anders sein, als daß beide Seiten die notwendigen Voraussetzungen für einen solchen Ausgleich zu schaffen haben.

Die Voraussetzung auf der einen Seite besteht darin, daß die Polen mit derselben Ehrlichkeit, mit der die Reichsdeutschen nach der Entscheidung von 1866 sich in die kleindeutsche Lösung gefunden haben, alle großpolnischen Bestrebungen — soweit sie die Grenze des preußischen Staates überspringen möchten — für immer begraben. Das heißt, daß die preußischen Polen sich auch in Zukunft an die Erklärung halten, die der Erzbischof von Stablewski im Jahre 1894 in ihrem Namen abgab: daß sie den bestehenden staatsrechtlichen Zustand vorbehaltlos anerkennten und sich an der freudigen und vollen Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten durch ein Zukunftstraumbild (der Wiederherstellung des ganzen Polens) nicht hindern lassen würden. Es ist der Standpunkt, den der Pole W. Feldman für die Posener dahin formuliert hat: „friedliches Nebeneinanderleben der Polen und Deutschen und ihre Aussöhnung auf Grund der preußischen Staatsidee[1]“. Diese Anerkennung erlegt aber auch den Polen jenseits der deutschen Reichsgrenzen eine Verpflichtung auf. Auch sie müssen sich bewußt sein, daß die geographisch-historische Struktur des preußisch-deutschen Staates unter keinen Umständen ein Übergreifen nationalpolnischer Aspirationen würde dulden können. Diejenigen ihrer Wortführer, die das nicht beachten, würden dem stärksten der Befreierstaaten seine Aufgabe unnötig erschweren, wenn nicht unmöglich machen[2])

[1]) Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich, S. 33. Daselbst eine Reihe von ähnlichen Äußerungen namhafter Polen.

[2]) Zu solchen Vorstößen rechne ich nicht nur gewisse Reden in Krakau. Die Polenkarten in dem geographisch-statistischen Atlas von Eugen v. Romer, in denen deutsche Gebiete mit beinahe 10 Millionen Einwohnern — von denen nicht ganz der dritte Teil aus Polen, Masuren und Kassuben besteht! — als Bereich der preußischen Polen erscheinen und ein Territorium der polnischen Frage auf kleinen Minderheiten aufgebaut wird, erwecken auf der polnischen Seite ebenso schädliche wie leere Illusionen, auf der deutschen Seite aber einen höchst begreiflichen Selbsterhaltungstrieb. Wie die Ententepolitiker mit solchem

und nur den deutschen Politikern in die Hände arbeiten, die aus patriotischer Sorge das Einschlagen dieses Weges überhaupt bedauern. Auch die Deutschen wissen, daß befreite Völker nach dem Worte Bismarcks nicht dankbar sind, und sie verlangen nicht Dankbarkeit, die auf der anderen Seite immer eine innere Unterordnung voraussetzt. Wohl aber müssen sie auf Zuverlässigkeit rechnen, wie man sie von aufrechten und klugen Politikern verlangen kann, die unter den Polen niemals gefehlt haben. Es muß ein Gemeingut polnischer Realpolitik werden, daß das Deutsche Reich in seiner gefährdeten Weltlage, die einem so ungeheuern Drucke hat standhalten müssen, niemals die Hand dazu bieten kann, als Frucht seiner Siege diese Lage an den Ostgrenzen noch weiter in Frage zu stellen.

Wird diese Voraussetzung von allen polnischen Seiten anerkannt, so wird auch die deutsche Politik dazu beitragen können, dem polnischen Volke, das unser europäischer Bundesgenosse werden soll, seine Stellung an unserer Seite zu erleichtern. Soweit die auf den Schutz des Deutschtums in Posen und Westpreußen abzielenden gesetzlichen Maßnahmen den Charakter der Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen tragen, wird man sie einstellen und den ersten Ansätzen eines neuen Kurses auch weitere Schritte folgen lassen müssen. Die bisherige preußische Polenpolitik befolgte — neben berechtigten und erfolgreichen Mitteln — auch Methoden, die äußerlich uns nicht stärkten und moralisch uns schwächten. Heute entsprechen sie weder der Kriegsleistung der loyalen preußischen Polen noch dem Geiste der Zeit, der das alte und immer wieder junge Preußen von innen heraus umbilden wird. Vor allem aber, und das ist das Entscheidende, sie fügen sich nicht in den Rahmen einer weitschauenden Auslands-

Material umspringen, bleibe dabei unerörtert! Mit vollem Recht weist Albrecht Penck darauf hin, wenn man den Regierungsbezirk Breslau mit einer Polenbevölkerung von kaum 3% einbeziehe, so könnten die Russen mit ihren 4,7% Groß-, Klein- und Weißrussen in Kongreßpolen auch dieses Land als ihren Bereich beanspruchen — von den 5,5% Deutschen in Kongreßpolen ganz abgesehen!

politik. Wie wir den führenden slawischen Staat auf dem Balkan in ein dauerndes Bündnis auf unsere Seite herübergezogen haben, wie wir auf das höchste daran interessiert sind, auch das West- und Südslawentum in Österreich-Ungarn auf dem Boden einer mitteleuropäischen Interessengemeinschaft zu verwurzeln, so müssen wir auch in unserem eigenen Hause alles forträumen, was ein Hindernis auf unseren neuen Wegen werden könnte. Wenn wir uns gewöhnen, die nationalen Gegensätze der Ostmark nicht mehr rein aus dem provinziellen Gesichtswinkel zu sehen, sondern von dem höchsten Standpunkt zu beurteilen, der sich aus unserer Weltlage ergibt, so kann die Zugehörigkeit von mehreren Millionen Einwohnern polnischen Bluts zu unserem Staate sogar eine der Klammern werden, die die neue Ordnung der Dinge befestigt. Sobald erst der weltpolitische Hintergrund den beiden Völkern nicht nur Rivalität, sondern vielmehr dauernde Gemeinsamkeit in den Daseinsfragen zeigt, wird der Ausgleich auch der lokalen Interessenreibungen leichter werden.

Lassen wir uns nicht durch leere Schlagworte täuschen: üben wir Stärke, wo Stärke am Platze ist, aber Gerechtigkeit, wo sie schlechterdings das Ideal im staatlichen Leben ist. Vor allem sollte das Volk, das aus dem größten aller Weltkriege siegreich heimkehrt, zu stolz sein, um sich durch eine angebliche „Preisgabe des Deutschtums" ins Bockshorn jagen zu lassen. Ein auf seine eigenen Kräfte gestelltes Deutschtum in der Ostmark kann von seinen Gegnern an mehr als einer Stelle lernen, daß die nationale Selbstbehauptung auch ohne den Rückhalt der nur zu oft problematischen Zwangsmittel des Staates erfolgreich sein kann — oder sollten wir die einzigen sein, die jenes Stabes bedürften, um gehen zu können?

Freilich haben wir inzwischen erfahren müssen, daß mit dem großen Problem, dessen Last der Weltkrieg allzu unvermittelt beiden Völkern auf die Schultern wälzte, seine Lösung noch längst nicht gegeben ist. Wir haben manche der Illusionen, die sich in einem raschen Gelingen wiegten, wieder verflattern sehen. Schon

die inneren Schwierigkeiten in Kongreßpolen erwiesen sich als übergroß, und die polnische Nationalarmee, die der Ausdruck eines bewußten und ehrlichen Willens zur Neuordnung sein mußte, wuchs aus den Legionen viel langsamer hervor, als die Ungeduld hoffte; es war vielleicht, wie Fr. Naumann betont, zuviel verlangt, „von einem Volk, das bisher nur die Politik des Protestes kannte, mit einem Male einen fast übermenschlichen Wirklichkeitssinn zu erwarten". Vor allem war die polnische Frage viel zu tief in die europäische Politik verflochten, als daß die Einwirkungen der wechselnden Kriegslage nicht immer wieder auf das tiefste in die Arbeit des Aufbauens eingegriffen hätten. Schon nach kurzer Zeit regten sich in Polen Stimmen, die als angebliche Realpolitik empfahlen, sich nach keiner Seite hin vorzeitig zu engagieren[1]. Bei einigen Unverbesserlichen, die aus der polnischen Geschichte nichts gelernt hatten, verriet diese Neigung, nicht alles auf eine Karte zu setzen, bereits bedenkliche Anlagen zum Falschspiel: sie meinten sehr klug zu sein, wenn sie ein Kongreßpolen im weitesten Umfange aus der Hand der befreienden Mittelmächte entgegennahmen und dann von den Westmächten die Lieferung des preußischen Anteils, auch diesen wieder im weitesten Umfange genommen, in der Stunde der Abrechnung erwarteten[2]. Diese Illusionspolitiker übersahen nur, daß es kein wirksameres Mittel gab, den deutschen Sieger statt an das bekannte Argument Bismarcks an sein pessimistisches Gegenargument zu erinnern, sich selber aber endgültig zwischen zwei Stühle zu setzen[3].

[1] So schrieb im Februar 1917 der „Glas Lubelski" (Lublin), daß, obwohl der Akt vom 5. November bloß von einer der kriegführenden Parteien vollzogen sei, doch „die Gestaltung Polens nicht einseitig erfolgen, daß sie vielmehr das Resultat des Willens sowie des Interesses beider kämpfenden Seiten" sein werde. Daraus folge die Pflicht eines solchen Aufbaus des polnischen Staates, daß man nicht vorzeitig alles auf eine Karte stelle. (M. Sering, Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas, S. 121.)

[2] „Rok Polski" in Krakau (ebenda S. 122) über die natürlichen Grenzen des polnischen Staates und die für den Bestand des Staates vitale Bedeutung der westlichen Provinzen, besonders des preußischen Anteils.

[3] Was neuerdings über das politische Glaubensbekenntnis Pilsudskis,

Der Ausbruch der russischen Revolution trug vollends dazu bei, den fortschreitenden Prozeß des Sichfindens und Zusammenarbeitens noch weiter zu stören. Denn jetzt gewann es den Anschein, als ob ein zugleich demokratisches und dezentralisiertes Rußland emporsteige: in einem solchen Gebilde aber mochte, so meinte mancher im Lager der Linken, auch für ein demokratisches und national konstituiertes Polen freier Raum sein. Mit einem Schlage schien die zweite Karte sich selber darzubieten. So stieg die Welle der Illusionen, in denen die einstige Politik der Nationaldemokraten wiederauflebte, immer höher, und die Unzuverlässigkeit griff auf Männer über, auf die man bisher hatte rechnen dürfen. Unter der Beihilfe der Entente wurden im feindlichen und neutralen Auslande Programme formuliert, deren Voraussetzung die deutsche Niederlage und deren Erfüllung die Zerstörung des Deutschtums und der Ostmark sein müßte[1]). Es konnte daher nicht ausbleiben, daß auch auf deutscher Seite Zweifel laut wurden, ob die Politik vom 5. November auf dem richtigen Wege sei, und ob es nicht noch ganz andere Möglichkeiten gebe, um nach dem Zusammenbruch des Zarismus mit der vermeintlich friedlichen Republik Rußland ins reine zu kommen — ohne unser Sicherungsbedürfnis nach Osten preiszugeben.

In Wahrheit hat diese Episode rasch einer rückläufigen Bewegung der Dinge Platz gemacht. Der anfängliche Glaube, daß

des Begründers der Polnischen Legionen, bekannt wird (Deutsche Politik vom 31. August 1917, S. 1131/32), beweist, wie tief die Neigung zu einer „doppelpoligen" Politik in der polnischen Seele wurzelt.

[1]) Eine polnische Konferenz in London vom Ende April 1917 (Dmowski, Graf Platow, Graf Samoiski, Dr. M. Seyda) beschloß eine Resolution: „Da Rußland durch die Revolution geschwächt ist und dauernd nach dem Kriege seinen Verpflichtungen als Verbündeter nicht wird nachkommen können, so ist im Interesse der Entente das gegen Deutschland gerichtete feindliche Rußland durch einen großen anderen Staat zu ersetzen." Im weiteren verlangte man Einverleibung von Posen und Ostpreußen. Ein Beschluß bei einer polnischen Feier am Mausoleum Kosziuskos in Rapperswil am 24. Juni 1917 verlangte freien Zugang zum Meere über die polnische Hafenstadt Gdansk (Danzig). Das ist die Sprache der „Ententepolen".

mit dem Falle des Zarismus auch die russische Eroberungslust eingeschlafen sei, ist bald verflogen, und man hat überall erkennen müssen, daß Staatsformen nicht die Individualität des Staates, die sich in seiner auswärtigen Politik äußert, von Grund aus verändern können. Je heftiger das Rußland Kerenskis in die alte Praxis des autokratischen Zwanges zurückfiel, um so schärfer wurde auch den ernüchterten Polen zu Gemüte geführt, was sie für ihre politische Freiheit und ihre nationale Selbständigkeit von dem erneuerten Rußland im Ernstfalle würden zu erwarten haben. Der klägliche Zusammenbruch der russischen Julioffensive mußte auch diejenigen, die ihre Augen gegen die harten Tatsachen der Okkupation verschlossen, auf den Boden der Wirklichkeit zurückführen. Als die Mittelmächte den Rest Ostgaliziens von den Russenhorden säuberten, war die Seifenblase einer „Befreiung Polens vom Osten her" für immer zerplatzt.

So schreitet heute die von ihren siegreichen Waffen getragene Politik der Mittelmächte trotz aller Enttäuschungen auf dem eingeschlagenen Wege fort. Es hatte zeitweilig den Anschein, als ob ein schon vor dem 5. November 1916 erwogener und dann fallengelassener Lösungsversuch noch einmal auftauchen würde: Kongreßpolen mit Galizien unter dem Zepter der Habsburger zu vereinen und die Doppelmonarchie in der Form der Trias umzubauen[1]). Man wird aber diejenige Lösung für die willkommenste halten müssen, welche die Einordnung Polens in das System der Mittelmächte und die Grenzsicherung nach Osten hin mit dem geringsten Aufwand an Reibungen durchführt. Das Manifest der beiden Kaiser vom 5. November 1916

[1]) Diese Lösung würde den Polen, zumal in Galizien, und auch den Deutschösterreichern, aus naheliegenden Gründen, am erwünschtesten gewesen sein. Sie ist an dem Widerspruch der Ungarn gescheitert. Die deutsche Politik hatte gegenüber einer Lösung, die an sich vielleicht nicht unannehmbar gewesen wäre, vor allem die Lebensbedürfnisse der militärischen Grenzsicherung zu vertreten, zugleich aber die wirtschaftlichen Interessen unserer Ostmark, die in einer viel engeren Verbindung mit Kongreßpolen stehen als etwa diejenigen Galiziens und Österreich-Ungarns.

hat die Errichtung eines „selbständigen Staates mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung“ verkündet. Es besteht die Notwendigkeit, über den wogenden inneren Gegensätzen Polens eine von ihnen unberührte Macht, die an die monarchischen Traditionen der Nation anknüpft, als sichtbaren Mittelpunkt der neuen Staatsindividualität zu errichten; wenn der Träger dieser Krone ein österreichischer Erzherzog werden sollte, so würde diejenige Lösung sich verwirklichen, die auch Bismarck im Notfall für unumgänglich gehalten hat. Die Voraussetzung für diesen polnischen Staat ist ein festes Bündnis mit den beiden Befreiermächten, das in einer militärischen und wirtschaftlichen Konvention gipfeln würde; also eine Fortbildung des Werkes von 1879 nach Osten. Die neue Schöpfung, eine politische Tat der Mittelmächte, soll eine weitere dauernde Klammer für deren eigenen Bund sein; ihre Entwicklung in diesem Doppelverhältnis würde ohne die Annahme eines Verfassungsbündnisses oder eines „ewigen Bündnisses“ zwischen den Mittelmächten selber undenkbar sein. Vielmehr muß die Beschaffenheit der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu errichtenden Konvention auf militärischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet das Modell für die Konvention abgeben, die sie mit einem dritten Partner schließen würden. Damit ist zugleich gesagt, daß die völkerrechtliche Unabhängigkeit dieses polnischen Staates nicht angetastet, wohl aber seine weltpolitische Stellungnahme für immer festgelegt werden soll. Wie das Wort des Generals von Beseler es ausgedrückt hat: wir wollen den neuen Staat „geistig und politisch an uns fesseln, nicht mit Sklavenketten, sondern mit dem Band der wirklichen, aufrichtigen und treuen Freundschaft“.

Diese Umdrehung des polnischen Gesichts von Osten nach Westen würde die tiefgreifendste Veränderung sein, die seit hundert Jahren in der Physiognomie der europäischen Staatengesellschaft überhaupt vorgenommen worden ist: man könnte sie als einen weiteren Schritt in der Verlegung des Schwerpunktes nach der Mitte bezeichnen, die mit der Wiedererrichtung des Deutschen

Reiches einsetzt. Es liegt auf der Hand, daß diese Frontveränderung für die Polen eine ungeheuere wirtschaftliche nnd geistige Umstellung bedenten würde; es wäre daher sonderbar, wenn sie ohne heftige Gegenwirkungen nnd Schwankungen durchgeführt werden könnte[1]). Nur die Arbeit von Menschenaltern kann sie befriedigend lösen. Die polnische Gesamtwirtschaft wird durch die Umstellung nach Westen in ein gesünderes Gleichgewicht gebracht werden; wenn die Industrie auch durch unvermeidliche Übergänge hindurch muß, um eine neue Grundlage ihrer Lebensfähigkeit zu gewinnen, so werden sich diese Schwierigkeiten überwinden lassen, und die polnische Landwirtschaft, die bisher rückständig nnd von den Russen niedergehalten war, wird infolge der Neuordnung einen belebenden Aufschwung erfahren, der für die kulturelle Höhenlage des ganzen Landes entscheidend sein wird[2]). Noch sind Grundfragen dieses neuen Staates, wie die Bestimmung der Grenzen, von der Auseinandersetzung mit Rußland abhängig; aber die Grenzfrage selbst ist nicht so wichtig wie die unbedingte Sicherung der Grenze[3]). Wenn manche Polen in ihren Phantasien ihre Grenzen nach Osten nnd Westen maßlos ausdehnen, so ist darauf kühl zu erwidern, daß es nicht im polnischen Interesse liegt, die Deutschen immer wieder daran zu erinnern, daß die Sicherung Ostpreußens gegen russische Einfälle an sich auch auf andere Weise erreicht werden könnte.

[1]) Männer so verschiedener Richtung wie Fr. Nanmann in seiner psychologisch fein einführenden Broschüre „Was wird aus Polen?“ (März 1917) und W. v. Massow in seinem Aufsatze „Die Zustände in Polen“ (Deutsche Politik 13. Juli 1917) stimmen darin überein, die Berechtigung der deutschen Maßnahmen und die Schwierigkeiten in ihrer Durchführnng objektiv zn würdigen.

[2]) Vgl. M. Sering a. a. O. nnd die „Bedeutung Polens für Rußland“ (herausgegeben vom Obersten Polnischen Nationalkomitee), Krakan 1917.

[3]) Der eigenartige Vorschlag von G. Gothein (Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat), ein selbständiges polnisch-litauisch-kurländisches Staatswesen, in dem die Polen nur 50% der Bevölkerung bilden würden, zu errichten, ist halb von wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die hier nicht durchgreifen, halb von Vorstellungen Fr. Nanmanns beeinflußt: wer aber wird die Vorliebe für den österreichischen „Nationalitätenstaat“ so weit steigern, daß er künstlich noch ein zweites Abbild zu schaffen versuchte?

Das Patent vom 12. September 1917 hat inzwischen erneut dargetan, daß die verbündeten Mittelmächte sich stark genug fühlen, auf ihrem Wege voranzuschreiten und den Freiheitsdrang der Polen zur verantwortlichen und selbständigen Mitarbeit aufzurufen. Je näher der Friede rückt, je endgültiger die militärische Entscheidung im Osten besiegelt ist, um so mehr wird auch die polnische Nation erkennen, daß die Wiederherstellung Polens allein an das siegreiche Mitteleuropa geknüpft ist.

Die Lösung der polnischen Frage wird naturgemäß auf den ganzen Problemkreis übergreifen, der das zukünftige Verhältnis der westlichen Fremdvölker in Rußland zu der neuen Republik und zu Mitteleuropa umfaßt[1]). Auf dieser ganzen Linie geht unser Lebensbedürfnis, die Mitte nach Osten zu sichern, Hand in Hand mit dem Selbständigkeitsdrange unterdrückter oder halb erwachter Nationalitäten: so kann die Politik der Mittelmächte auf dieser ganzen Linie sich mit dem Fortschritt der menschlichen Freiheit in der Geschichte verbünden. Nur dürfen wir die praktische Bedeutung dieser schon nach ihrer historischen Rolle höchst verschiedenen Fremdvölker für unsere Politik nicht gleichmäßig bewerten. Eine Nation mit einer so selbständigen Geschichte wie die Polen und ein Land von so geschlossener geographischer und staatsrechtlicher Individualität wie Finnland bilden eine Gruppe für sich; anders schon steht es mit denen, die unserem Herzen am teuersten sind, mit den Balten, die auf schmalster völkischer Grundlage ruhmreiche historische und geistige Traditionen verkörpern; anders mit den kleinen, ohne Anlehnung undenkbaren Völkerschaften der Litauer, Letten und Esten, und vollends mit den noch in den Anfängen eines halb provinziellen, halb nationalen Selbstbewußtseins steckenden Bewohnern der Ukraine. Es scheint eine der im Kriege unvermeidlichen Selbst-

[1]) Gute sachliche Aufklärung in dem von M. Sering eingeleiteten Buche „Westrußland und seine Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas (1917).

täuschungen zu sein, anzunehmen, daß im ganzen Umfange dieser Fremdvölker ein gleichartiger Prozeß der Auflösung das Riesenreich ergreifen würde: dazu liegen die Voraussetzungen in den einzelnen Fällen viel zu verschieden. An manchen Stellen will man sich gar nicht auf eigene Füße stellen, sondern erstrebt nur eine, wenn auch weitgreifende, Dezentralisation im Rahmen des russischen Gesamtreiches; das Bedürfnis, diesen Zusammenhang aufrechtzuerhalten, wird auch von realen Interessen getragen und ist im natürlichen Rückschlage schon zur Geltung gekommen. Vom Standpunkt der Mittelmächte könnte es sogar fraglich erscheinen, ob sie eine Ablösung, die einen geschlossenen Kranz von ganz- oder halbselbständigen Staaten zwischen sie und Rußland schieben würde, unter allen Umständen willkommen heißen müßten. In unserem militärischen Interesse läge es schon. In unserem wirtschaftlichen Interesse ebenso gewiß nicht.

Jedenfalls haben wir eine ganze Stufenleiter von Möglichkeiten vor uns. Sie sind im einzelnen abhängig von der inneren Entwicklung Rußlands, von dem weiteren Kriegsverlauf und von den Umständen, unter denen wir zum Frieden mit Rußland kommen werden. Jeder Schritt vorwärts bedarf der vorsichtigsten Erprobung aller Erfolgsbedingungen, und die Grenze zwischen dem Wünschenswerten und dem Erreichbaren wird von dem Kriegsverlaufe zunächst immer noch wieder hin und her geschoben werden. Begnügen wir uns hier mit der Feststellung, daß jede Dezentralisation, ob sie sich auf provinzielle Verselbständigungen beschränkt oder nationale Autonomien auslöst, mehr oder weniger die von dem großrussischen Eroberungsdrang ausgehenden Gefahren mildern wird. Je mehr die Fremdvölker im künftigen Gesamtreiche mitzuspielen haben, desto weniger werden sie Verlangen danach tragen, noch einmal als Vorhut russischer Millionenheere und vermutlicher Kriegsschauplatz fremde Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Nur an einer Stelle haben wir die Pflicht, ein Ziel unserer Kriegspolitik genauer zu bezeichnen: das ist das Baltenland.

Als die russische Regierung im Herbste 1914 den Krieg nicht nur gegen das Deutsche Reich, sondern auch gegen das Deutschtum, gegen die eigenen loyalen deutschsprechenden oder deutschgeborenen Untertanen zu führen erklärte, verwirkte sie moralisch das Recht, sie im Fall eines unglücklichen Ausgangs des Krieges unter ihrer Herrschaft zu halten. Hier berührt sich das staatliche Bedürfnis unseres Reiches mit seinem nationalen Ehrenpunkt. Man hat neuerdings vorgeschlagen, auch die etwa zwei Millionen deutscher Kolonisten im inneren Rußland in das Baltenland zu überführen und diesem — nachdem die große Siedlungsfrage von der Mitte gegen den Osten, nicht vom Osten gegen die Mitte entschieden worden ist — eine Autonomie in irgendeiner Form zu gewähren. Man könnte sich diese Autonomie im Rahmen des russischen Reiches (nach dem Muster etwa Finnlands), man könnte sie sich aber auch in begrenztem Umfange in einer Verbindung mit dem Deutschen Reiche denken. Die Entscheidung, welche völkerrechtliche Form dafür gefunden werden soll, hängt nicht von unserer Sehnsucht allein ab, sondern zugleich von den Umständen, unter denen wir mit den russischen Machthabern Frieden schließen werden. Jedenfalls käme es darauf an, diese wertvollen und lebenskräftigen Elemente vor dem Schicksal des Völkerdüngers im Osten zu bewahren und sie dem nationalen Mutterschoße wieder zuzuführen oder anzunähern, aus dem sie hervorgegangen sind. Der Jubel, mit dem das Heer der deutschen Befreier in Riga aufgenommen wurde, hat in ganz Deutschland einen Widerhall gefunden, wie er nur in den höchsten Augenblicken dieses Krieges vernommen wurde. Eine kraftvolle nationale Staatsleitung wird sich darüber klar sein, daß diese Stunde niemals wiederkehrt. Wir haben auf den weltgeschichtlichen Umwegen, auf denen wir zum Nationalstaat durchgedrungen sind, schon allzuviel von unserem besten Blute verloren und müssen retten, was zu retten ist. Allein an dieser Stelle der Welt kann der Sieg des Deutschen Reichs auch dem Deutschtum zugute kommen.

5. Das Deutsche Reich und die großen Mächte nach dem Kriege

Indem wir die einzelnen Probleme unserer Bündnispolitik bisher vorwiegend isoliert betrachten, dürfen wir nicht außer acht lassen, daß eine solche isolierende Behandlung in der Theorie wohl erlaubt, nicht aber in der Praxis der politischen Machtzusammenhänge durchführbar ist: hier greift ein Glied ins andere, nichts ist ohne Bedingtsein und Rückwirkung. Erst die politische Synthese, von einem klar erkannten obersten Gesichtspunkt vorgenommen, vermag dem Einzelproblem die Stelle anzuweisen, die es in der Wirklichkeit behaupten kann: das gilt besonders von allen staatlichen Notwendigkeiten, Wünschen und Phantasien, die man unter der höchsten Anspannung der Gemüter als „Kriegsziele" zusammenfaßt. Es wird daher unendlich viel darauf ankommen, wie sich der neue mitteleuropäische Bündnisblock in die allgemeine Mächtegruppierung der Zukunft einordnen wird, inmitten einer Welt, die nach allem wilden Vernichtungshaß uns eines Tages wieder in völkerrechtlichen Verkehrsformen gegenübertreten wird. Wie die einzelnen Glieder dieser Welt uns gegenüber bestimmte und keineswegs gleichartige Interessen vertreten, so haben auch wir ihnen gegenüber bestimmt umrissene nnd im einzelnen sehr verschiedene Interessen zur Geltung zu bringen. In der künftigen Schwergewichtsverteilung in der Welt wird es daher labile Momente genug geben, um der deutschen Politik die freie Hand für den einen oder den anderen Weg zurückzugeben. Denn die Staatengesellschaft nach dem Kriege wird trotz der furchtbarsten aller Erschütterungen nicht so grundverändert sein, daß sie nun nach ganz neuartigen Grundsätzen leben könnte, sondern sie wird die wesentlichen Strukturmerkmale der alten Staatengesellschaft nicht ablegen. Es ist reine Ideologie, nicht einmal in der Sphäre des Wirtschaftslebens zu verwirklichen, daß in diesen Beziehungen die Tatsache der Macht durch das Bedürfnis nach Recht „ersetzt" werden könnte.

Jeder Verständigungsfriede ist zugleich ein Machtfriede, weil die Verständigung nnr auf Grund der *gesamten* in einem Kriege ermittelten Machtverhältnisse zustande kommt und danach ein neues System von Machtbeziehungen begründet, das durch die vertraglichen Befestigungen zu einem nenen Rechte der Völker wird.

Das gilt auch für das Grundproblem der deutschen Auslandspolitik. Wir haben die Zuversicht, daß wir mit unseren Verbündeten gestärkt aus diesem Kriege hervorgehen werden. Nachdem wir der Gefahr des völligen Zerdrücktwerdens ins Auge geschant haben, haben wir das moralische Recht, die Anfälligkeit unserer Mittellage zu verbessern, nnd wir hoffen, dazu imstande zu sein durch die Vertiefung und Ausdehnnng unserer Bündnisse und — von der einzelnen Grenzverbesserung abgesehen — durch die Neugestaltungen im Osten und Südosten. Aber das Problem der Mittellage selber bleibt trotz alledem, damit auch unser Deckungsbedürfnis nach allen Fronten, damit die Aufgabe, für diese schweren Lebensbedingungen nicht nnr eine notdürftige Sicherheit aller Grenzen, sondern auch die Möglichkeit einer freien Kraftauswirkung in der Welt zu schaffen.

Nun wird allerdings nach menschlichem Ermessen die gegen uns gerichtete Offensivkraft unserer unmittelbaren Nachbarn im Osten und Westen so geschwächt aus dem Kriege herauskommen, daß sie für ein von innen heraus verstärktes Mitteleuropa zunächst nicht mehr in dem bisherigen Umfange bedrohlich wirken kann. Ein Frankreich, das im Bunde mit der ganzen Welt Elsaß-Lothringen nicht zu erobern vermochte, sondern sich noch einmal in den Verzicht finden muß, wird vor der Frage stehen, ob es möglich ist, seine ganze Politik noch einmal auf die Revanche einzustellen. Selbst wenn die Don Quichottes dort nicht aussterben sollten, so wird es doch zweifelhaft sein, ob sie für dieses Kampfziel — für das nach dem Kriege nicht ein Schimmer von Resonanz bei den Elsaß-Lothringern zurückbleibt — von neuem eine Gefolgschaft bei der französischen Bevölkerung und

in dem russischen Bündnis wiederum einen leidtragenden Partner gewinnen können. Gewiß wird die anglo-amerikanische Weltpolitik auch in Zukunft den höchsten Wert darauf legen, daß diese Wunde weiterschwärt, aber Frankreich würde seine dienende Stellung zu diesen Riesenkörpern nur verschärfen, wenn es weiterhin den starren Blick in die Vogesen gerichtet hielte — ohne der Hilfe vom Osten so sicher wie früher zu sein.

Denn die Lehre, die Rußland aus dem Kriege heimträgt, ist noch empfindlicher. Im Jahre 1860 schrieb Friedrich Engels: „Mit dem Rußland, das von Peter dem Großen bis Nikolaus I. bestand, fällt auch die auswärtige Politik dieses Rußlands. Wie es den Anschein hat, ist es Deutschland vorbehalten, diese Tatsache den Russen nicht nur mit der Feder, sondern auch mit dem Schwerte klarzumachen"[1]. Das haben die deutschen Siege jetzt besorgt. Sie haben die alte Staatsform zerbrochen, und die Frage wird sein, in welchem Umfange die alte Auslandspolitik hinterherstürzt. Die Umgestaltungen, die in den westlichen Bereichen Rußlands zu erwarten sind — ob sie nun in Dezentralisation oder an einzelnen Stellen auch in tatsächlicher Ablösung bestehen sollten —, werden jedenfalls das eine Gute haben, daß sie den nach Westen gerichteten Erobererdrang schwächen werden. Sie werden eher eine Zone minder offensiver Natur zwischen die mitteleuropäische Staatengruppe und den Kern des russischen Reiches legen, der von jeher der eigentliche Träger der Expansion gewesen ist. Dafür allerdings, daß das natürliche Auswirkungsbedürfnis der russischen Volkskraft nicht einschlummern wird, bürgt der ihr innewohnende elementare Lebensdrang. Die russischen Machthaber werden, sobald ihnen das vom Krieg hinterlassene Chaos freie Hand läßt, diesem Drange neue Wege zu weisen versuchen, schwerlich aber die zu begründende Ordnung sogleich in den Dienst außerrussischer Ziele stellen. Damit würde der bestimmende Anlaß entfallen, sich hinfort der französischen Politik und vollends den hinter sie tretenden anglo-amerikanischen

[1]) Savoyen, Nizza und der Rhein (1860), S. 47.

Interessen zu eigen zu geben. Der Russe kann sich schließlich die Frage, ob er mit Frankreich zusammen in diesem Gespann unerreichbare Ziele verfolgen oder unter neuer Fühlungnahme sich erreichbarere Aufgaben stellen will, mit viel mehr innerer Freiheit als sein bisheriger Bundesgenosse vorlegen. Seitdem er im Westen, von Ostpreußen bis zur Bukowina, auf unüberwindlichen Widerstand gestoßen ist und durch die Neuordnung des Balkans den Weg nach Konstantinopel (so fest wie das Tor im fernen Osten) verrammelt sieht, wird er nach alter Gewohnheit geneigt sein, den Weg eines geringeren Widerstandes zu suchen: entweder über den äußersten Nordwesten nach der Nordsee oder aber nach Südosten, zum Persischen Golf hin.

Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland hängt natürlich von den verschiedenen Möglichkeiten der Friedensgestaltung ab; der Friede selber aber und vor allem die Auslandspolitik nach dem Frieden hängt von dem Grade ab, in dem man sich in Petersburg von dem Willen seiner Bundesgenossen befreien und auf das russische Interesse besinnen wird. Wir haben unsererseits nur dafür zu sorgen, daß der Druck auf die Mitte nicht wiederkehrt, und wenn sich Ablenkungen und Entlastungen nach anderer Seite finden sollten, sie nach Maßgabe unseres Gesamtsystems und unseres Vertrauens zu einem neuen Rußland zu unterstützen. Es ist bekannt, daß eine die russischen wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigende Ordnung des Dardanellenverkehrs sich wohl ermöglichen lassen würde, und man könnte sich unter Umständen denken, daß für das neue Mitteleuropa sogar eine Rückkehr zu der Politik Bismarcks von 1884 auf der Grundlage friedlicher Nachbarschaft wieder ins Auge gefaßt würde; die Erfahrungen, die wir in der russischen Krisis von 1904/5 und zuletzt noch in der zweifelhaften Episode von 1910 gemacht haben, können die deutsche Staatskunst freilich nicht ermutigen, voreilig ihre Hände nach diesem Schemen auszustrecken. Wie die russische Gesamtwirtschaft noch stärker als unsere Industrieausfuhr nach Rußland daran interessiert ist, daß sie nicht restlos von dem angelsächsischen Weltkapital

unterworfen wird, so wird auch das russische Staatsinteresse zunächst sich selber zu befragen haben, ob und wie es die völlige großmächtliche Handlungsfreiheit zurückgewinnen will.

Wenn die West- und Ostfront an Lebensgefährlichkeit für das Deutsche Reich verloren haben, so ist damit schon das mächtigste Ergebnis des Weltkriegs umschrieben. Dieser Sieg Mitteleuropas trifft mittelbar auch die insulare Macht, die, nach ihrer politischen Erfahrung mehr dem Hexenmeister als dem Zauberlehrling zu vergleichen, diese kontinentalen Kräfte gegen uns in Bewegung gesetzt hatte: sie hat das Spiel der Einkreisung verloren. Aber diese Macht selbst steht bis zur Stunde noch aufrecht da, trotz der Niederlagen ihrer Bundesgenossen; sie hat sich in der Stille ein weiteres Stück ihrer Welteroberung, im östlichen Mittelmeer, auf der Linie Suez—Indien und in Afrika gesichert, sie hat in den nun erst auf beiden Seiten mit höchster Schärfe erfaßten Gegensatz auch die Vereinigten Staaten hineingerissen, sie will auf der ganzen Linie des Wirtschaftskampfes mit Hilfe ihres neuen Vorsprungs das Ringen fortsetzen. Je mehr sich die kontinentale Zange, deren sich die englische Politik seit Beginn des Jahrhunderts bediente, als unwirksam im Vergleich zu der Stärke der Bedrohten herausstellte, um so hastiger schleppen ihre Staatsmänner aus dem Arsenal ihrer die ganze Welt umspannenden maritimen und wirtschaftlichen Beziehungen neue Waffen herbei, um auf dem weitesten Schauplatz den großen Rivalitätskampf doch noch zu ihren Gunsten zu wenden. Mit dieser Welt werden wir uns nach dem Kriege vor allem auseinanderzusetzen haben: hier wird, ganz gleich wie wir aus dem Kriege herauskommen, der zweite Angelpunkt unserer zukünftigen Auslandspolitik liegen.

Damit ist schon gesagt, daß die weltpolitische Lage Deutschlands auch nach dem Kriege in einer ähnlichen Mittelstellung zwischen England und Rußland beruhen wird, wie sie in den Jahrzehnten vor dem Kriege bestand. Wir werden unvermeidlich wieder vor demselben Problem stehen, mit dessen Anfängen

schon Bismarck rang, das dann der neue Kurs seit 1890 und die Rückbiegung des neuen Kurses seit 1894 auf verschiedenen Wegen zu lösen versuchten. Diese Alternative wird uns nicht erspart bleiben: aber wir werden gefestigter und in unserer kontinentalen Stellung unbedrohter in sie eintreten. Wir werden uns darüber hinaus bemühen müssen, auch hinsichtlich unserer kolonialen Stellung uns unabhängiger als bisher von den Weltgegensätzen zu halten, zwischen denen uns zu bewegen auch hinfort unser Schicksal bleibt. Dann wird die Alternative wohl die Möglichkeit, aber niemals den Zwang zum Optieren in sich schließen. Man liest schon hin und wieder von Vorschlägen, die uns nach dem Kriege entweder eine englische Orientierung (gewissermaßen als zugelassene Weltmacht zweiter Ordnung) oder eine russische Orientierung (womöglich gar als Partner eines russisch-japanischen Bündnisses) mit gewichtigen Gründen anraten möchten. Es erscheint aber müßig, sich in diesem Stadium über solche Möglichkeiten den Kopf zu zerbrechen, und sehr harmlos, diese Konjekturalpolitik vor der feindlichen Welt wie ein aufgedecktes Kartenspiel durchzurechnen. Wir haben nach unserer Leistung im Kriege weniger als je Veranlassung, uns nach irgendeiner Seite im voraus anzubieten. Je geschlossener unsere Mächtegruppe und ihr Weltprogramm sich nach dem Kriege darstellt, um so eifriger wird sie von denen, die mit ihr zu rechnen haben, gesucht werden. Die Mitte aber hat, weil sie von Haus aus ihre Handlungsfreiheit schwerer behaupten kann, das stärkste Interesse daran, in der Hinterhand des europäischen Spiels zu bleiben und sie ohne Not nicht zu verlassen.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir den jetzt beginnenden letzten Akt unserer Auseinandersetzung mit dem mächtigsten unserer Gegner beurteilen. Großbritannien hat, bei allen seinen Erfolgen, die bis jetzt eingeleitete Neuordnung Mitteleuropas nicht zu hindern vermocht, und wird nach menschlichem Ermessen diesen Teil des Kriegsergebnisses auch im Friedensschluß nicht umstoßen können. Die englischen Staatsmänner sind zwar noch

immer verpflichtet, die kontinentalen Kriegsziele ihrer enttäuschten Verbündeten in Worten so liebevoll wie die eigenen Kriegsziele zu behandeln; und da manche von jenen auch einen den englischen Wirtschaftsinteressen verständlichen Hintergrund haben, so setzen sie das Spiel noch fort; das gilt sowohl vom Erz im Diedenhofener Becken wie vom Kali im Oberelsaß, von den Kohlen im Saarrevier wie von den Petroleumquellen in Galizien! Was Franzosen und Russen hier erobert hätten, würde als Schädigung der deutschen und österreichischen Wirtschaftsmacht auch das englische Interesse befriedigt haben. Wenn England jetzt auf diese Träume verzichten muß, so wird es sich um so mehr bemühen, das neue Mitteleuropa, selbst wenn man eine gewisse Verstärkung hinnehmen müßte, auf sich selber zu beschränken, und zumal das Deutsche Reich aus allen kolonialen Bereichen für immer auszuschließen. Die Aneignung der deutschen Kolonien, die Ausschaltung unserer Schiffahrt und unseres Ausfuhrhandels, die zerstörende Fortsetzung des Wirtschaftskampfes soll den auf den europäischen Schlachtfeldern nicht errungenen Sieg mit anderen Mitteln doch noch heimbringen. Wenn es den Engländern gelingen sollte, auf diese Weise ihren Rivalen um Menschenalter zurückzuwerfen und womöglich gar auf die Dauer wirtschaftlich zu verkrüppeln, so würden sie in weltgeschichtlichem Sinne den auf dem Kontinent verlorenen Krieg doch noch gewonnen haben.

Dieser Teil der englischen Rechnung wird erst zerstört werden, wenn das deutsche Kriegsprogramm, statt sich auf Mitteleuropa zu beschränken, sich auch darüber hinaus ein erreichbares Ziel in festen Umrissen setzt. Dieses Ziel würde nicht in Annexionen nach Westen hin bestehen, die wir auf Grund der Kriegslage zu fordern geneigt sein könnten, sondern in einer *Umrechnung unserer militärischen Erfolge*, die uns in Belgien und Nordfrankreich Faustpfänder jenseits unserer Grenzen in die Hand gegeben haben, in *Kompensationen auf afrikanischem Boden*. Wenn England heute den Kampf mit der höchsten Anstrengung fortführt, so geschieht es, um uns die Faustpfänder

abzunehmen, ohne die es seine koloniale Beute nicht heimbringen und den Wirtschaftskampf nicht zum siegreichen Ende durchfechten kann: es kämpft für ein Kriegsziel außerhalb Europas. Wir aber kämpfen in Flandern und der Champagne zwar in erster Linie gegen einen Vernichtungswillen, der deutsches Land aus dem Leibe des Reiches herauszureißen begehrt, zugleich aber mittelbar für den Rückgewinn und die Erweiterung unseres Kolonialbesitzes: für ein mittelafrikanisches Reich.

Wir haben während des Krieges die Erfahrung machen müssen, daß unsere zerstreuten kolonialen Besitzungen im Kriege gegenüber der englischen Seemacht nicht gehalten werden konnten. Insofern hat das Wort seine Bestätigung gefunden, das Bismarck beim Eintritt in die Kolonialpolitik zu den Engländern sprach: „Wir wissen, daß Ihr unsere Kolonien mit Erfolg angreifen könnt, und daß wir an Euch nicht zur Vergeltung herankommen können, weil Ihr Herren der See seid.“ Wir brauchen also ein Kolonialreich, dessen Besitz uns nicht von den Engländern abhängig macht, das so geschlossen in sich ist, daß es aus seinen eigenen Kräften verteidigt werden kann. Die drei Jahre dauernde Behauptung Ostafrikas durch eine der Zahl nach nur schwache deutsche Heldenschar hat den Beweis erbracht, daß ein bevölkertes größeres Gebiet über See doch mit seinen eigenen Mitteln, trotz der Abschneidung vom Mutterlande, verteidigt werden **kann**. Wir dürfen nach diesen Erfahrungen sagen, daß ein Deutschafrika, das quer über den Leib des afrikanischen Kontinents sich erstrecken würde, noch in viel höherem Maße eine wirkliche Verteidigungsfähigkeit besitzen würde; ja durch eine zweckmäßige Organisation der militärischen Verkehrsmittel und der Eingeborenenkräfte, durch Marine- und Kohlenstationen in Verbindung mit der neuen Waffe der Unterseeboote, könnte ein zusammenhängendes Gebiet größeren Umfangs so gut wie unangreifbar gemacht werden. War die Zersplitterung unseres Kolonialbesitzes eine Schwäche unserer Weltposition vor dem Kriege, so wird seine Zusammenlegung eine Stärkung von innen heraus be-

deuten, die sich auch nach außen hin machtpolitische Geltung verschaffen wird. Es steht demnach nicht so, daß wir ohne die Verfügung über die flandrische Seeküste und ihre maritimen Folgen überhaupt nicht eines sicheren Kolonienbesitzes froh werden könnten: daß wir, um unsere Kolonien gegen England verteidigen zu können, unter allen Umständen die bekannte auf das Herz Englands gerichtete Pistole in die Hände nehmen müßten. Es gibt dazu noch einen anderen und sichereren Weg.

Für ein geschlossenes größeres Kolonialgebiet würden wir an anderer Stelle Opfer bringen können. Solange eine allgemeine Wiederherstellung des Statusquo in Frage steht, werden wir auch unsere Besitzungen in der Südsee und Ostasien zurückverlangen; wenn jene Voraussetzung wegfällt, würden wir uns mit dem Gedanken ihrer Preisgabe vertraut machen können, um den Kern unserer afrikanischen Besitzungen in einen territorialen Zusammenhang zu bringen. Es würde für eine solche Konsolidierung erforderlich sein der Hauptteil des belgischen Kongostaates und der portugiesischen Kolonien, d. h. zum Teil Gebiete, die die Engländer schon vor dem Kriege grundsätzlich uns als Einflußsphäre zuzugestehen bereit waren; örtliche Ausgleiche, bei denen der ruhmreich verteidigte ostafrikanische Besitz nicht preisgegeben werden dürfte, würden dabei nicht ausgeschlossen sein; eine Ergänzung müßte in den wirtschaftlich für uns höchst wertvollen westafrikanischen Gebieten bestehen, mit denen Frankreich die Herausgabe seines von uns besetzten Bodens zu erkaufen hätte. Man darf es aussprechen, daß ein Kolonialreich von solcher Ausdehnung — immer vorausgesetzt, daß es als Abbild unserer eigenen unangreifbaren Machtstellung so gut wie unangreifbar gemacht werden kann — für die Gesamtwirtschaft Mitteleuropas viel wertvoller sein würde als dieses oder jenes Stück östlichen Siedlungslandes, diese oder jene industriell wünschenswerte Grenzverbesserung im Westen. Sein Besitz könnte, in einem größeren Zusammenhange gesehen, zur Lebensfrage für unsere Wirtschaftspolitik werden. Da auch ein verstärktes Mitteleuropa,

wie wir oben betonten, von der Autarkie immer weit entfernt bleiben wird, so bedarf es wenigstens für eine Reihe wichtiger Rohstoffe, Pflanzenfette und Futtermittel, Baumwolle und Gummi, der Ergänzungen, die nicht vom europäischen Boden aus (auch nicht durch ein Hinausschieben der Grenzen nach irgendeiner Seite), sondern nur durch tropische und halbtropische Kolonien ausgeglichen werden können. Nur durch ihren gesicherten Besitz würden wir also wenigstens ein gewisses Maß von Autarkie erlangen; ohne einen solchen Besitz würden wir angesichts der feindlichen Boykottpläne in Gefahr geraten, bei aller militärischen Stärke in eine wirtschaftliche Abhängigkeit und damit auf die Dauer in die zweite Klasse herabgedrückt zu werden.

Unter dieser Bedingung allein könnten wir uns bereitfinden, auf jede Eroberung im Westen zu verzichten und vor allem das belgische Faustpfand unverkleinert herauszugeben — dieses natürlich unter der Garantie, daß es unter keinen Umständen von neuem als ein englisch-französischer Vorposten gegen uns mißbraucht werden dürfte. Denn es ist keine Frage, daß durch den Verlauf des Weltkrieges, in den Belgien nicht ohne Schuld hineingezogen worden ist, die politische Bedeutung des belgischen Problems für Deutschland und Mitteleuropa sich gewaltig verschärft hat. Wenn Belgien wiederhergestellt werden sollte als ein Glied des westmächtlichen Kriegs- und Wirtschaftsbündnisses, wie seine augenblicklichen Lenker es im Auge haben, so würde das sowohl nach der militärischen wie nach der wirtschaftlichen Seite eine unabsehbare Verschlechterung der deutschen Weltlage bedeuten, und man begreift, daß psychologisch die Antwort auf diese äußerste Gefahr von deutscher Seite nur der Gedanke an Annexion oder doch Mediatisierung Belgiens zu unseren Gunsten sein konnte. Das Maß der Garantien, die wir unbedingt brauchen, kann aber nicht von dem Eroberungsgedanken, sondern allein von dem Sicherungsgedanken bestimmt werden: ihn gilt es realpolitisch zu verwirklichen. Gegen die militärische Bedrohung an der in vieler Hinsicht empfindlichsten

Grenzlinie hilft nur ein Verzicht Belgiens auf militärische Machtmittel höherer Ordnung und damit auf die Verführung, sie eines Tages im Dienste der Westmächte gegen uns zu verwenden; sollte es sich trotzdem noch einmal auf diese Bahn drängen lassen, so würde im Notfalle unser Weg nach Lüttich doch noch kürzer sein als der der Franzosen nach Namur oder der englischen Flotte nach Ostende. Unsere wirtschaftlichen Interessen bedürfen nicht minder eines durchgreifenden Schutzes. Man muß bedenken, daß der deutsch-belgische Handel — Spezial- und Durchfuhrhandel— etwa der Gesamthöhe des deutschen Ausfuhrhandels mit Österreich-Ungarn, dem Balkan und der Türkei an Wert gleichkommt (H. Schumacher), um das Gewicht dieses mitteleuropäischen Problems zu würdigen; im besonderen ist die Rolle, die Antwerpen als Aus- und Einfuhrhafen für unser Industriegebiet spielt und unter Führung deutscher Firmen für unsern Handel und unsere Schiffahrt gewonnen hat, ein Stück unserer gesamten wirtschaftlichen Struktur geworden. Nur ein System von völkerrechtlichen wirtschaftspolitischen Sicherungen kann uns hier vor schwerer Schädigung bewahren. Wir glauben, die moralischen Garantien, welche die vertragsmäßigen Garantien stützen müssen, mit der Verwaltungstrennung zwischen Flamen und Wallonen, die im Friedensvertrage anerkannt werden müßte, verstärkt zu haben. Auch hier handeln wir zugleich im Sinne des Nationalitätenprinzips, wenn wir das Belgien der Zukunft vor einer einseitigen und neutralitätswidrigen Festlegung an der Seite unserer Gegner bewahren.

Erst wenn wir die Ergänzung durch ein geschlossenes Kolonialreich gewinnen, werden wir endgültig instand gesetzt sein, uns weltpolitisch und weltwirtschaftlich neben den Riesenreichen zu behaupten. Die von uns geführte Mächtegruppe in Verbindung mit unserem Kolonialbesitz würde eine weltpolitische Betriebsgemeinschaft darstellen, stark und widerstandskräftig genug, um neben einer angelsächsischen, einer russischen und japanisch-chinesischen Weltaufteilung dauernd zu Worte zu kommen.

Sie würde ein natürliches Gegengewicht gegen jene halbeuropäischen oder außereuropäischen Gewalten bilden, die ihre Hand auf den größten Teil der Erde gelegt haben und in den Jahren vor dem Kriege sich vermaßen, mit ihrem gewalttätigen Eigennutz eine Art weltgeschichtlicher Vorsehung zu vollstrecken. Dieses Gegengewicht wird in Anbetracht der Machtverschiebungen, die aus dem Kriege hervorgehen, und der neuen Machtmittel, die der Seekrieg entwickelt hat, ausreichende Schwere besitzen, um die Freiheit der Meere gegenüber den überlebten englischen Machtansprüchen zur Geltung zu bringen. Ja, es vermag vielleicht noch etwas Höchstes und Letztes zu leisten: weil es sich als Machtordnung gegen eine Welt erprobt hat und als solche bestehen bleibt, wird es auch eine neue Rechtsordnung zu tragen und der danach verlangenden Menschheit zu schenken imstande sein.

Daß ein solches Gegengewicht unter Führung des Deutschen Reiches ins Leben tritt, liegt im Interesse nicht nur der Genossen dieser Betriebsgemeinschaft, sondern auch der übrigen kleineren europäischen Staaten, die ihr Selbst gegen die Länder verschlingenden Riesen zu behaupten haben. Mit tiefer Einsicht hat der Schwede Rudolf Kjellen kurz vor dem Kriege geurteilt:

> „Deutschland ist durch seine zentrale Lage solidarischer mit dem eigenen Erdteil als England und Rußland. Mit seiner Lage als ausgleichende Brücke zwischen den Extremen des Erdteils — mit einem Flügel nach der russischen Steppe, mit dem anderen nach der niederländischen Marsch und der Basis in den Alpen — ist es Europas natürlicher Repräsentant vor allen anderen."

Weitblickende Männer in einzelnen Staaten eines weiteren Mitteleuropas, die in verwandter Zwangslage zwischen Ost und West stehen, haben erkannt, daß sie von einer Neugestaltung, wie sie hier umrissen worden ist, nichts zu fürchten und alles zu hoffen haben. Da, wo das Schicksal uns hingestellt hat unter den Völkern der Erde, wird immer der mächtigste Atmosphären-

druck von allen Seiten einwirken: er ist lebensgefährlich — das predigen die bitteren Lehren unserer Vergangenheit — und lebensschöpferisch zugleich — das hat unsere Volkskraft jetzt gegen eine Welt bewiesen —, aber er bewahrt uns auch mehr als andere Großstaaten davor, jemals zu napoleonischen Irrwegen verführt zu werden. Im Jahre 1860 schrieb der Großdeutsche Julius Ficker: „Daß der Deutsche deshalb in der Mitte des Weltteils auf den bedrohtesten und zugleich bedrohlichsten Posten gestellt ist, weil seine Kraft genügt, diese Stellung zu behaupten, weil seine maßvolle Besonnenheit sie ihn nicht mißbrauchen lassen wird, weil nur durch ihn und von hier aus ein überlegenes Machtgebiet, welches die unruhigen und drängenden Glieder unserer europäischen Völkerfamilie auseinanderhält, dem ganzen Weltteile eine Bürgschaft dauernder, friedliche Zustände ermöglichender Machtverteilung bieten wird." Seiner Natur nach wird das Deutsche Reich niemals erobernd sein, sondern ein Hort des Friedens, wie es seit der Thronrede Kaiser Wilhelms vom 21. März 1871 gewesen ist: „ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als ein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren".

Dieses Wort gilt von neuem auch den kleinen Staaten gegenüber, die den Kern des „neuen Mitteleuropa" peripherisch umgeben und in den Jahren vor dem Kriege immer wieder von unsern Gegnern mit dem Gespenst der „deutschen Welthegemonie" geängstigt wurden. Wir aber achten auch hinfort die unbedingte Selbständigkeit aller dieser kleinen staatlichen Individualitäten, ihre historischen und kulturellen Eigenwerte, ihr Recht auf nationale Freiheit und Selbstbestimmung. Die Zeit wird lehren, ob sie von einem wahren Gleichgewicht in der Welt, das unser Sieg maßvoll und planmäßig begründen soll, nicht mehr zu erwarten haben als von dem vermeintlichen Gleichgewicht Europas, das seit Jahrhunderten das Schlagwort der englischen Welteroberung war.

Inhalt

Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha



